

Migration ist das große Thema unserer Zeit. Nicht nur in Europa, wo Notverordnungen vorbereitet und Zäune hochgezogen werden. Lateinamerika ist immer schon Schauplatz großer Migrationsströme gewesen. Früher vor allem aus Europa in die boomenden Staaten des *Cono Sur* oder wohin auch immer, wenn man politischer Verfolgung entkommen wollte. Heute ist es die Armutsmigration, aber auch die Flucht vor Gewalt, die Menschen zu Zigtausenden Richtung USA treibt. Doch auch innerhalb des Subkontinents hat sich die Armut- und Arbeitsmigration in den vergangenen Jahren verstärkt. Rassismen und Angst vor dem Verlust des eigenen Jobs werden dadurch genährt. In Mexiko und Zentralamerika konnte sich eine regelrechte Industrie der Menschenhändler etablieren,

die aus der materiellen Zwangslage ihrer Opfer ein boomendes Geschäft macht.

Was in Mexiko passiert und was die Einwanderung für die USA bedeutet, hat Robert Lessmann in seinen Beiträgen

EDITORIAL

anschaulich zusammengefasst. An den Beispielen Chile, Nicaragua und Mexiko versuchen wir aber auch schlaglichtartig die weniger bekannten Dramen, die sich in vielen Ländern abspielen, zu beleuchten.

Die hauchdünne Ablehnung des Friedensabkommens in Kolumbien hat viele schockiert und wohl die meisten unvorbereitet getroffen. Ex-Präsident Álvaro Uribe, die treibende Kraft hinter dem

„Nein“, ist zu einer Schlüsselfigur geworden. Aber die Zivilgesellschaft, die vorher wohl unzureichend mobilisiert hat, ist jetzt auf der Straße und will den Kräften der Rechten nicht allein die Neuformulierung der zukünftigen Friedensordnung überlassen. Hintergründe und Reportagen aus verschiedenen Regionen Kolumbiens haben wir in der Schwerpunktnummer vom April gebracht. In diesem Heft daher nur der Versuch einer Analyse der jüngsten Ereignisse zwischen Plebiszit und Nobelpreis.

Besonders hingewiesen sei noch auf den ausgezeichneten Text von Jürgen Kreuzroither zu den Panama Papers, der erklärt, wie viele Staaten aus kurzsichtigem Eigennutz die Steuerumgehung begünstigen und sich damit ins eigene Fleisch schneiden. **Ralf Leonhard**

INHALT

THEMA: FLUCHT AUS DER SPIRALE VON ARMUT UND GEWALT

Mauern im Kopf – die Südgrenze der Vereinigten Staaten 4
Von Robert Lessmann

Flucht ist kein Verbrechen 7
Von Federico Barahona

Latinos in den USA. 9
Von Robert Lessmann

Xenophobie: Selbstverschuldete Unmündigkeit 10
Kommentar von Robert Lessmann

„Nicht Homosexualität ist krank, sondern Homophobie“. Interview mit Bischof Raúl Vera 12
Von Ralf Leonhard

Mexiko: Mitgefangen–mitgegangen. 13
Von Leo Gabriel

Nicaragua: Repression gegen Flüchtlingshelfer. 14
Von Ralf Leonhard

Chile: Schikanen und Rassismus 15
Von Ralf Leonhard

AKTUELLES & ANALYSE

Mexiko: Ayotzinapas Botschaft an die Welt. 16
Von Laura Carlsen

Nicaragua: Rosario Murillo, die Strippenzieherin 18
Von Ralf Leonhard

Der **kolumbianische** Brexit 19
Von Acuerdo Ya! Mesa Viena
Noch ist **Kolumbien** nicht verloren. 20
Von Ralf Leonhard

Brasilien: Wir haben Fehler begangen 21
Von Frei Betto
Lektionen nach Dilma Rousseffs Absetzung. 22
von Leonardo Boff

Lateinamerika: Verpasste welthistorische Chance 23
Von Ulrich Brand

Peru: Todesschwadron aufgedeckt. 25
Von Jürgen Kreuzroither

Venezuela: Die unvollendete Revolution. 26
Von Christian Cwik

Bolivien: Gewaltsamer Tod eines Vizeministers 28
Von Robert Lessmann

Im Labyrinth der Steuervermeidung 30
Von Jürgen Kreuzroither

Kurznachrichten 32

Buchbesprechungen 35

Splitter 38



MAUERN IM KOPF – DIE SÜDGRENZE DER VEREINIGTEN STAATEN

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“, sagte Walter Ulbricht, der Staats- und Parteichef der DDR auf einer Pressekonferenz vom 15. Juni 1961. Keine zwei Monate später, am 13. August, wurde mit ihrem Bau begonnen. Ein Vierteljahrhundert nach dem Fall des Eisernen Vorhangs am 9. November 1989 – und zwei Jahrzehnte nach der Umsetzung des Schengen-Abkommens – haben Obergrenzen, Grenzschutz, Zäune und Mauern in der politischen Debatte wieder ungeahnte Bedeutung.

Von Robert Lessmann

Auch im US-Wahlkampf spielte das Thema Flucht und Migration eine wichtige Rolle, angeheizt durch den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump, der Flüchtlinge und Migranten aus dem Süden schon mal pauschal als Diebe, Vergewaltiger und Drogenhändler verunglimpft – und gelegentlich ein generelles Einreiseverbot für Muslime fordert. Trump erklärte in seiner Rede zur Einwanderungspolitik vom 30. August, dass die bevorstehende Wahl die letzte Chance sei, die Grenze zu sichern, illegale Migration zu stoppen, die Gesetze zu reformieren und „das Leben aller Amerikaner damit besser zu machen“. Anstelle einer Politik der offenen Grenzen von Obama und Clinton wolle er eine unüberwindliche Mauer bauen und Mexiko die erforderlichen acht bis zehn Milliarden US-Dollar (USD) dafür bezahlen lassen. Am ersten Tag seiner Amtszeit wolle er damit beginnen und zusätzlich 5000 neue Grenzschützer einstellen.

Dabei blieb unerwähnt, dass es diese Mauer ja längst gibt. Nicht im Sinne einer durchgehenden Mauer freilich, doch mit der gleichen Logik. Die 2000 Meilen lange Grenze zwischen Mexiko und den USA ist eine der am besten „gesicherten“, überwachten und militarisierten. Ziel war es, die illegale Einwanderung und nicht zuletzt den Drogenhandel zu stoppen. Im letzten Vierteljahrhundert entstand dort eine wahre Phalanx von Mauern, Zäunen, Türmen, Radarüberwachungssystemen und Patrouillen zu Lande und per Hubschrauber: Das Personal der *Border Patrol* hat sich von 4000 auf 21.000 mehr als verfünffacht. Das jährliche Budget zur Grenzkontrolle stieg von 1,5 auf 19,5 Milliarden US-Dollar. Der Eckpfeiler der Grenzkontrolle, *Operation Streamline*, ist ein Teil dieser Maschinerie zur Abschreckung,

Verhaftung, Verurteilung und Abschiebung illegaler MigrantInnen. Seit Beginn der Operation im Jahr 2005 wurden 750.000 Gefängnisstrafen zwischen 30 und 180 Tagen wegen illegalen Grenzübertritts verhängt – neben kleinen Drogendelikten ein nicht unwesentlicher Beitrag zur US-Gefängnisstrafe.

Im Jahr 1994, fünf Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, begann das Ingenieurcorps der US-Armee damit, aus rostigen Landungsbrücken aus dem Vietnamkrieg und dem Golfkrieg eine Mauer zu bauen, um Nogales (Sonora/Mexiko) und Nogales (Arizona/USA) zu trennen. Das war der Anfang – und diese Mauer trägt die Fingerabdrücke des 42. Präsidenten, Bill Clinton. Sie war eine flankierende Maßnahme zum NAFTA-Freihandelsabkommen, das im gleichen Jahr in Kraft trat. Freizügigkeit von Waren und Dienstleistungen, ja! Freizügigkeit von Personen, nein!

Bauern und Kleinhändler in Mexiko waren der plötzlichen Konkurrenz von Billigimporten durch US-Landwirtschaftskonzerne und Supermarktketten häufig nicht gewachsen. Der Strom der Arbeitsmigranten schwoll an. Doch sie mussten nun den gefährlichen Weg durch die Wüste Arizonas nehmen. In den 20 Jahren danach hat man allein dort die sterblichen Überreste von 6000 Menschen, wahrscheinlich Migranten, gefunden. Nach 9/11 und dem *Secure Fence Act* von 2006 baute das *Department of Homeland Security* das System von Mauern und Zäunen auf insgesamt rund 700 Meilen aus.

Auch Senatorin Hillary Clinton stimmte für dieses Projekt der Bush-Regierung, doch anders als ihr Widersacher setzt sie heute nicht auf den Bau einer Mauer, sondern auf noch bessere Überwachung der gefährlichen Gebiete dazwischen durch ein mehrschichtiges System von High-Tech-

Überwachung, etwa durch Drohnen und Patrouillen. Sollte sie gewinnen, so befürchteten Kritiker, würde an die Stelle von Trumps nebulöser Mauer ein stärker bewaffnetes, privatisiertes, bis zu 100 Meilen ins Landesinnere der USA reichendes High-Tech-Kontrollregime treten. Für sie waren, jenseits aller rhetorischen Entgleisungen, die Positionen der beiden Kandidaten im Grundsätzlichen nicht allzu unterschiedlich.

Vorverlagerung der Außen- grenzen: Plan Frontera Sur

Mit der dramatischen Verschlechterung der Sicherheitslage in Mexiko, vor allem aber im sogenannten Nördlichen Dreieck (El Salvador, Guatemala, Honduras) im letzten Jahrzehnt, änderte sich der Charakter der Migration. Es handelt sich nun mehr und mehr um Flüchtlinge, die zu Hause um ihr Leben fürchten. Im vergangenen Jahr waren es geschätzte 300.000, die versuchten, von Zentralamerika über Mexiko in die USA zu gelangen; besonders stark zugenommen hat dabei die Zahl der unbegleiteten Kinder und Jugendlichen. Von diesen Flüchtlingen wurden fast 200.000 in Mexiko aufgehalten und 140.000 zurück in ihre Herkunftsländer deportiert.

Im Juni 2014 verabschiedete die mexikanische Regierung den *Plan Frontera Sur*, mit dem Flüchtlinge bereits an der Südgrenze Mexikos oder spätestens im Landesinneren gestoppt werden sollen. Während sowohl die mexikanische Regierung als auch Washington eine US-Beteiligung daran dementieren, steht der Plan im Kontext der milliardenschweren Mérida-Initiative, mit der Washington seit 2007/2008 Mexiko im Drogenkrieg unterstützt. Im Jahr 2015 stellte Washington zusätzlich zu den regulären Mérida-Mitteln 79 Millionen US-Dollar für den Plan Frontera Sur bereit.

Das Ganze ist eingebettet in die *Central American Regional Security Initiative* (CARSI), mit der seit acht Jahren in ganz Zentralamerika Programme der Polizei- und Militärhilfe für den Kampf gegen den Drogenhandel finanziert werden. Seither gibt es Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch die „Elite“-Polizei- und



Migration an der Grenze zwischen Mexiko und Guatemala

Militäreinheiten, die im Rahmen von CARSI geschaffen oder unterstützt werden.

Der Plan Frontera Sur spiegelt die repressive Strategie an der US-Grenze wider, die damit praktisch nach Süden verlegt werden soll. Ein kleinerer Teil der CARSI-Mittel geht in den Bereich der institutionellen Entwicklung, etwa von Justizreformen. Sie sind an die Bedingung geknüpft, dass die Empfängerländer Anstrengungen unternehmen, um zu verhindern, dass ihre Bürger das Land verlassen. Durch die Aufächerung von CARSI in verschiedene Länder- und Teilprogramme ist es schwierig bis unmöglich zu sagen, wofür welche US-Mittel nun jeweils konkret verwendet werden, zumal ein wichtiger Teil der Unterstützung über das Pentagon läuft und damit ohnedies der Geheimhaltung unterliegt.

Ein eine Milliarde US-Dollar schweres Hilfspaket der Obama-Regierung (*Alliance for Prosperity for the Northern Triangle*) wurde jedenfalls im letzten Jahr vom Kongress rigoros zusammengestrichen. Gekürzt wurde vor allem bei den fast 500 Millionen, die für Entwicklungsfinanzierung vorgesehen waren, während das darin vorgesehene Budget für militärische Komponenten von den Abgeordneten verdoppelt wurde. Seit der Implementierung des Plan Frontera Sur haben Festnahmen von Flüchtlingen aus den Ländern des Nördlichen Dreiecks in Mexiko um 40 Prozent zugenommen und die Zahl der Abschiebungen hat sich im Jahr 2015 verdoppelt, bei weiter steigender Tendenz.

Diese Abschiebungen widersprechen internationalen Rechtsnormen, die Personen vor Abschiebungen schützen, wenn sie in ihren Herkunftsländern Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt sind. Kritiker in den USA bemängeln, dass die Obama-Regierung weiterhin auf repressive Maßnahmen setzt, während der Kongress die ursprünglich intendierten Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtursachen blockiert. Roberta Jacobson, im State Department zuständige *Assistant Secretary for Western Hemisphere Affairs*, nahm es bereits vorweg, als sie im Juni 2015 vermutete: „Ich fürchte, der Kongress wird den Sicherheits-Teil (unseres Vorschlags) bewilligen und sagen: ‘Den Rest brauchen wir nicht.’ Und das ist das Rezept für ein Desaster. Wenn wir nicht beides tun, scheitern wir und die Flüchtlingskrise wird größer.“ Dabei vergisst sie zu sagen, dass diese „Sicherheitshilfe“ dazu beigetragen hat, die Krise überhaupt erst auszulösen.

Die Ernte des Imperiums

Wolfgang Schäuble nannte die europäische „Flüchtlingskrise“ lapidar „unser Rendezvous mit der Globalisierung“. Der Hochschullehrer und Buchautor Joseph Nevins bezeichnet die amerikanische als „*harvest of the empire*“. Migration und Flucht aus Süd- und Mittelamerika hätten vielfältige Gründe. Zu den wichtigsten gehörten „... die Verheerungen des täglichen Lebens, die Washingtons Außenpolitik – in ihrer militärischen, kommerziellen und diplomatischen Gestalt – sowie multinationale Konzerne mit Stammhaus

in den USA dort zu produzieren geholfen haben, und die das Leben dort für Viele unerträglich machen.“ Doch nach der Möglichkeit zu bleiben, verwehre man ihnen nun auch das Recht zu gehen. Nevins fordert daher ein Menschenrecht auf Freizügigkeit.

Von den „Bananenrepubliken“ der *United Fruit Company* über zahllose Interventionen, die Unterstützung diktatorischer Regimes, den Sturz fortschrittlicher Regierungen wie der von Jacobo Arbenz in Guatemala 1954, die Unterstützung der Contra-Rebellen nach der sandinistischen Revolution von der „USS Honduras“ aus in den 1980er Jahren, bis zum Sturz von Manuel Zelaya als Präsident von Honduras im Jahr 2009 sei Washington in hohem Maße mitverantwortlich für die Entwicklung im „Hinterhof“ der USA, dafür, dass Zentralamerika ist, wie es ist.

Zum aktuellen Status dieser Länder, die zu den gefährlichsten der Welt zählen, hat Washington unter anderem durch seine Drogenpolitik und seine Politik gegenüber Jugendbanden entscheidend beigetragen. Im Zeitraffer: El Salvador etwa, das Land mit der weltweit höchsten Mordrate pro Kopf der Bevölkerung, litt nach der Ermordung von Erzbischof Óscar Romero (1980) ein Jahrzehnt lang unter einem blutigen Bürgerkrieg, bei dem Washington die Militärdiktatur aktiv mit Waffen und Militärberatern gegen die FMLN-Guerilla unterstützte. Tausende Menschen flohen nach Norden. Entwurzelte und nicht selten traumatisierte Jugendliche bildeten in US-Großstädten wie Los Angeles Jugendbanden, deren bekannteste die *maras* sind. Sie wurden gewalttätig und kriminell. Nach dem Friedensabkommen von Chapultepec 1992 wurden sie in großer Zahl einfach nach El Salvador abgeschoben, wo ihre nächste Generation heute mit der Verlagerung des Drogenhandels von Mexiko nach Zentralamerika infolge des Drogenkriegs eine neue Geschäftsgrundlage findet. El Salvador, so Nevins sarkastisch, gelte als sicher genug, um Flüchtlinge dorthin zurückzuschicken, aber zu gefährlich für das Peace Corps, das im Jänner 2016 seine Aktivitäten dort aus Sicherheitsgründen einstellte.

Die Illegalisierung und Kriminalisierung von Flüchtlingen hat verheerende Konsequenzen. Durch die verschärften Kontrollen an und hinter der mexikanischen Südgrenze weichen sie auf abgelegene Regionen und gefährlichere Routen aus. Nicht selten werden sie so zum Opfer

⇒ von Seite 5: MAUERN IM KOPF

von Verbrechen (vgl. Reportage, S 7). Das Fußvolk von „Drogenkartellen“ wie der *Zetas* ist für regelrechte Massenentführungen zur Erpressung von Lösegeld verantwortlich. So entführten sie mehrmals den Güterzug *La Bestia*, auf dem Flüchtlinge von Süd nach Nord mitfuhren. Der Plan Frontera Sur kommt so paradoxerweise denen zugute, die mit der Mérida-Initiative bekämpft werden sollen.

Mauern und Waffenschaden nur

Im März 2016 legten die Migrationsforscher Douglas Massey, Jorge Durand und Karen Penn eine Aktualisierung* ihres Standardwerks „*Beyond Smoke and Mirrors: Mexican Immigration in an Era of Economic Integration*“ aus dem Jahr 1992 vor. Grundlage ihrer Forschungen sind unter anderem eine Datenbank über mexikanische Immigration seit 1982 und Interviews mit 151.000 Betroffenen.

Sie sehen eine Stimmungsmache gegen die „Latino-Bedrohung“ schon seit der Ära Nixon in den 1970er Jahren und machen dafür eine De-facto-Koalition aus Migrationsbehörden und Sicherheitsorganen auf der Suche nach Reputation und höheren Budgets, Politikern auf Stimmenfang und Medien auf der Jagd nach gesteigerten Auflagen und Einschaltquoten verantwortlich, die eine „moralische Panik“ verbreiten. Donald Trumps verbale Entgleisungen sind demnach nur die Spitze eines großen Eisbergs.

Wenig überraschend ist für die Autoren die totale Ineffizienz dieser Grenzpolitik, da sie von falschen Annahmen ausgehe. Ein Migrationsmanagement durch Mauern und Polizei ignoriere einige der wichtigsten Ursachen für diese Wanderung: Bevölkerungszuwachs und niedrige Löhne im Süden, gepaart mit einer andauernden Nachfrage nach Arbeitskräften in den USA. Dazu kommt heute eine unerträgliche Menschenrechtssituation in einigen Ländern Zentralamerikas, die Menschen zur Flucht zwingen wie aus Kriegsgebieten. Historisch lässt sich das an sinkenden Migrationszahlen in Zeiten ablesen, wo es in Mexiko eine wirtschaftliche Erholung gab, beziehungsweise wo geburtschwächere Jahrgänge auf dem Arbeitsmarkt aktiv wurden. Und vor allem an verbesserten Möglichkeiten für eine legale Einreise ab 2005. Eines der wichtigsten

Ergebnisse der Studie lautet: Die enorme Steigerung der Ausgaben für Grenzsicherung hatte so gut wie keine Auswirkungen auf die Bereitschaft, erstmals einen „undokumentierten Einreiseversuch“ in die USA zu wagen. Grenzkontrollen sind kein abschreckender Faktor für diese Gruppe. Mehr noch: Massive Grenzkontrollen hatten so gut wie keinen Effekt auf die Erfolgsquote solcher Versuche – freilich oft erst nach mehreren Versuchen.

kommen. Mit den größeren Schwierigkeiten und Gefahren einer erneuten Einreise sank diese Rate nach 2010 auf praktisch Null. Die Zahl der geschätzten in den USA ansässigen Migranten ohne Dokumente stieg von rund drei Millionen (1992) auf elf Millionen (2010), die Hälfte davon ist mexikanischer Herkunft. Sie wurden nicht aus-, sondern eingesperrt!

Die Autoren der Studie plädieren anstelle von Mauern und Waffen für verbes-



Gedenken an ein nicht identifiziertes Opfer der Migration am Grenzzaun zu den USA

Was diese verschärften Grenzkontrollen allerdings bewirkten, war eine Umleitung der Bewegungen weg von den Städten wie El Paso oder San Diego, wo früher die meisten illegalen Grenzübertritte stattgefunden hatten, hin zu ländlichen und gefährlicheren Zonen, wie die Wüste von Sonora in Südarizona. Man ist dort heute fast zu 100 Prozent auf *coyotes* (Schlepper) angewiesen, deren durchschnittliches Honorar sich zwischen 1989 (550 US-Dollar) und 2010 (2700 US-Dollar) mehr als verfünffacht hat. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Todesopfer bei versuchten illegalen Grenzübertritten mehr als verdoppelt. Die Behörden hatten fälschlicherweise angenommen, die Zahl der Übertrittsversuche würde zurückgehen, sobald sich herumgesprochen habe, wie hart der Weg durch die Wüste ist. Das Gegenteil war der Fall.

Doch die Politik der „hohen Hürden“ hatte noch eine andere unerwünschte Konsequenz: Das traditionelle Muster der Migration von Wanderarbeitern änderte sich. Zwischen 1970 und 1999 waren 30-50 Prozent der illegalen Migranten im Laufe des ersten Jahres wieder in ihre Heimat zurückgekehrt, um eventuell in der nächsten oder übernächsten Saison wiederzu-

serte legale Einreise- und Arbeitsmöglichkeiten und für stärkere Investitionen in die soziale Infrastruktur im Süden: Gesundheit, Bildung, Transport, Zugang zu Krediten – und man muss hinzufügen: öffentliche Sicherheit. Mit der Bewilligung von jährlich rund 500.000 befristeten Arbeitsbewilligungen (ab 2005; im Jahr 1995 waren es noch 27.000) haben die Vereinigten Staaten einen großen Schritt in die richtige Richtung getan. Dringend notwendig wäre nun die Legalisierung der „Undokumentierten“, die schon länger in den USA leben, die aber vom republikanisch dominierten Kongress im Jahr 2013 verhindert wurde. Das Gerede von Mauern und Zäunen ist dagegen so hilfreich und zeitgemäß wie der Satz Walter Ulbrichts. ■

* Massey/ Durand/ Penn: *Why Border Enforcement Backfired*, University of Chicago Press Journals, Vol. 121, No. 5, March 2016

Dieser Beitrag speist sich ferner aus den hervorragenden Arbeiten der US-Kollegen und Kolleginnen Tomothy Dunn, Todd Miller, Joseph Nevins und Laura Weiss, die im Laufe dieses Jahres auf der Seite von NACLA veröffentlicht wurden (<https://nacla.org>). Ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

FLUCHT IST KEIN VERBRECHEN

Zur neuen Flüchtlingskrise in Mexiko und Zentralamerika

Der erste ging im Alter von 17 Jahren mit ihrem Segen. Der zweite fragte nicht, er ging einfach. Beide sind vermisst. Irgendwo in Mexiko, auf dem Weg von Honduras in die Vereinigten Staaten. An einem kalten Dezembermorgen geht Clementina Murcia González durch die Straßen von Coatzacoalcos, einer Hafenstadt im Staat Veracruz, im Süden Mexikos. Mit Fotos vor der Brust und zitternden Händen sucht sie ihre Söhne, Jorge und Mauro.

Von Federico Barahona

Wir sind nichts wert“, sagt sie. „Für viele Leute sind wir nichts wert.“ Sie ist eine von 40 zentralamerikanischen Müttern, die als Karawane durch Südmexiko ziehen. Sie besuchen Gefängnisse, Schutzunterkünfte und andere Orte entlang der Flüchtlingsroute, um nach ihren vermissten Söhnen und Töchtern zu suchen. Priscila Rodríguez Cartagena, eine Großmutter aus Honduras, sucht nach ihrer Tochter Yesenia Marleni, die schon 2008 verschwand, als sie 19 war.

Während die Aufmerksamkeit sich auf Tausende konzentriert, die aus Syrien, Libyen und dem Irak fliehen, warnt das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) vor einer neuen Flüchtlingskrise in Zentralamerika. Es berichtet, dass sich in den USA die Zahl der Asylsuchenden aus dem „nördlichen Dreieck“ (El Salvador, Guatemala und Honduras), einer Region, die die höchsten Mordraten hat, vervielfacht hat.

Im Sommer 2015 waren laut UNHCR 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht vor politischer Verfolgung, Gewalt, Konflikten und Menschenrechtsverletzungen, mehr als 700.000 davon in den Amerikas. Die Not der Zentralamerikaner ist besonders schlimm. Zwar existieren keine offiziellen Zahlen dazu, doch man rechnet mit wenigstens 70.000 Migranten und Flüchtlingen, die seit 2006 in Mexiko verschwunden sind. Es ist eine mühsame Suche, sagt Rubén Figueroa vom *Movimiento Migrante Mesoamericano*, der Organisation, die die Karawane der Mütter organisiert, „weil niemand die Toten zählt oder identifiziert. Es gibt Gräber entlang



Foto: Federico Barahona

Clementina Murcia González mit Fotos ihrer in Mexiko vermissten Söhne

der ganzen Route, aber keine Statistik oder Datenbank. Für ihre Familien sind diese Menschen verschwunden. Niemand weiß, was mit ihnen passiert ist. Es ist eine Politik des Nichtzählens, des Nichtwissenwollens. Es ist sehr schwer zu verstehen, aber es ist eine Realität.“

Die Flüchtlingsunterkunft La 72 in Tenosique in Tabasco an der Grenze zu Guatemala quillt an jenem sonnigen Morgen über von Menschen: Familien, kleine Kinder, Babies, verzweifelte Frauen und Männer, die sich fragen, wie es weiter geht, wie sie auf den Güterzug springen können, den sie *La Bestia* nennen, das Biest, wie sie um die vielen Kontrollpunkte herum kommen – nach Norden. Ich sprach mit einem Mann, der sagte, er sei gefesselt und ausgeraubt worden, gleich nachdem er die Grenze passiert hatte. Drei Frauen waren auf einer Erdstraße vergewaltigt worden, nur ein paar Minuten von La 72 entfernt.

Der Personentyp, der hierher kommt, hat sich in den letzten Jahren drastisch verändert, erklärt Ramón Márquez, der La 72 koordiniert. „Sie laufen vor dem Tod davon, sie sind, was wir Flüchtlinge nennen, nicht einfach Menschen, die ihr Glück versuchen wollen. Ganze Familien, Mütter mit Kindern, junge schwangere Frauen, unbegleitete Kinder und Teenager, sogar alte Menschen.“

Eines der Kinder in La 72, der neunjährige Brian Jair, floh mit seiner Mutter aus Honduras, nachdem sie Todesdrohun-

gen von einer Gang erhalten hatten, die eine „Kriegssteuer“ von ihnen verlangte. Der Vater und zwei ältere Söhne hätten sich in Honduras versteckt, sagte er. Als sie eines Morgens nach ihrem Maisfeld sahen, fanden sie es mit Macheten abgeschnitten. „Sie sagten, wenn wir nicht zahlen, bringen sie uns um“, erzählt der Kleine: „Sie waren tätowiert mit Schlangen, aus deren Mündern Drachen kamen. Sie hatten Waffen.“

Die Zahl der Mütter, die mit ihren Kindern vor der Gewalt in El Salvador, Honduras und Guatemala flüchten, steigt nach Auskunft des UNHCR. Im Jahr 2014 waren es mehr als 66.000 Familien, die von Mexiko und dem „nördlichen Dreieck“ in die USA kamen. „Geschichten wie diese hören wir immer öfter“, sagt Ramón Márquez. Gegen Ende des Jahres 2015 waren bereits 8500 Flüchtlinge, darunter 750 Kinder, nach La 72 gekommen. Und Márquez erinnert sich an eine Mutter mit zwei Kindern, die mitten in der Nacht gekommen war. Sie waren von einer Gang bedroht und ihr Haus niedergebrannt worden. „Sie mussten von einem Tag auf den anderen fliehen“, sagt er. Und eine Woche später kamen weitere Familienangehörige, nachdem die Gang die Drohung auf die ganze Verwandtschaft ausgedehnt hatte.

„Ein unerklärter Krieg“

Schmerzliche Schicksale. Viele fliehen, weil sie erpresst oder bedroht werden.

weiter Seite 8 ➔

➔ von Seite 7: FLUCHT IST KEIN VERBRECHEN

Sie haben keine andere Wahl, als zu fliehen, meint Rodríguez Cartagena, die Mutter aus Honduras: „Doch es gibt keine Rettung. Sie kommen durch Mexiko und finden hier den Tod.“

Die Welt schaut auf Syrien, den Irak und Libyen, sagt Figueroa, aber die Flüchtlinge aus Zentralamerika verdienen auch Schutz: „Der Gewaltkontext ist vergleichbar. Hier fallen keine Bomben, aber das Blutvergießen ist dasselbe. Das ist ein unerklärter Krieg.“

Politik der Verfolgung“, sagt Figueroa. „Sie zwingt Flüchtlinge, sich zu verstecken, in die Berge und Wälder zu gehen – und macht sie verwundbarer gegenüber dem organisierten Verbrechen.“ Tatsächlich ist die Zahl der Zentralamerikaner, die die USA erreichen, gesunken, doch die Beschwerden über Missbräuche durch die mexikanischen Behörden sind um 40 Prozent gestiegen. „So lange wir Migranten dazu zwingen, sich einzeln durchzuschlagen, sind sie schutzlos allem ausgeliefert, was ihnen unterwegs begegnet“, meint Marta Sánchez Soler, die Leiterin von *Movimiento Migrante Mesoamericano*.

mala und Honduras. „Der Zwangsvertriebene stellt einen neuen Typ menschlicher Ware dar“, sagt Figueroa: „Migranten sind eine Ware für Regierungen und für die organisierte Kriminalität. Von dem Moment an, da sie ihre Heimat verlassen, werden sie Opfer von Menschenhändlern, Entführern, von Aktivitäten, die Gewinn abwerfen. Und wenn sie es bis in die USA schaffen, arbeiten sie und überweisen Geld an ihre Familien, aber auch andere profitieren von ihrer Arbeit, sei es in Form von Steuern oder Transfergebühren.“

„Der amerikanische Traum bedeutet Tod“

Trotz allem sagen viele, sie hätten keine andere Chance, als zu versuchen, die USA zu erreichen. In einer Unterkunft in Palenque im mexikanischen Bundesstaat Chiapas weint Dina del Carmen Ramos, als sie erzählt, wie ihr Mann und ihr Kind bei einem Raubüberfall in Puerto San José in Guatemala ermordet wurden: „Der amerikanische Traum bedeutet Tod.“

Draußen steht Jorge Eduardo Molina Mancía (16) und erzählt, dass er mit seiner Schwester unterwegs ist. Der Tod sei um die Ecke, stimmt er zu, aber er jage auch seinen eigenen amerikanischen Traum: „Ich denke, der amerikanische Traum bedeutet Tod. Aber ich glaube auch, dass es einen Gott gibt, der auf mich aufpasst, und Er ist mein bester Führer, und wenn Er nicht will, dass uns etwas passiert, dann wird auch nichts passieren.“

Beim Besuch in einem Gefängnis in Tabasco traf Murcia González einen honduranischen Migranten, der für sechs Jahre eingesperrt wurde, ohne Möglichkeit seine Familie zu kontaktieren: „Ich kenne die Gegend, aus der er kommt, und ich werde persönlich zu dieser Familie gehen. Stell' dir vor: Was wird diese Mutter denken? Mein Sohn ist tot, wird sie denken, und dann froh sein: Gott sei Dank ist er im Gefängnis, denn wenigstens ist er am Leben.“

Trotz zweier vermisster Kinder sagt Murcia González, sie könne den Flüchtlingen nicht wirklich von dem Trip abraten, doch sie wolle den Menschen in den Vereinigten Staaten sagen: „Für euch mag Flucht ein Verbrechen sein, aber für uns nicht! Migration ist kein Verbrechen.“ ■



Ana Claribel Mendoza aus El Salvador sucht ihren in Mexiko verschwundenen Sohn

Tatsächlich habe die Regierungspolitik die Flüchtlinge zur Beute krimineller Gangs gemacht, sagen Aktivisten und nennen Mexikos „Frontera Sur“-Programm als Musterbeispiel. Mit dem Ziel, den Zustrom von Zentralamerikanern in die USA einzudämmen, im Juli 2014 von Präsident Peña Nieto verabschiedet, wurden Grenzkontrollen verschärft, die Zahl der Kontrollpunkte erhöht und sogar Truppen eingesetzt um zu verhindern, dass Flüchtlinge *la bestia* benutzen. Im Jahr 2015 deportierte Mexiko 178.254 Menschen, meist Zentralamerikaner, die in die USA unterwegs waren, die höchste Zahl seit 2006. Die mexikanischen Behörden schätzen die Gesamtzahl der Migranten, die 2015 durch das Land kamen, auf 300.000.

Weil sie den Zug oder die mit Kontrollpunkten versehenen Highways nicht mehr benutzen können, müssen sich die Flüchtlinge Alternativrouten suchen, wodurch sie noch leichter zum Opfer von Geiselnahmen und Erpressung, Vergewaltigungen und Mord werden. „Es ist eine

„Am meisten leiden die Frauen“, sagt Ana Claribel Mendoza, deren Sohn 2013 in Mexiko verschwunden ist: „Wenn jemand weggeht, hinterlässt er eine Mutter, Großmutter, eine Ehefrau und Kinder – und wir sind die, die allein kämpfen. Und ich sage ihnen, dieser Schmerz wird zu Zorn, wenn du auf die Suche nach denen gehen musst, die vermisst werden.“ Mendoza glaubt, dass Migranten und Flüchtlinge letztendlich eine Einkommensquelle sind, und solange der Fluss von Überweisungen in ihre Heimatländer nicht gestört wird, ändert sich auch nichts. „Unsere Regierungen sehen nur die Überweisungen“, sagt Mendoza und fügt hinzu, dass es Aufgabe der Regierungen sein sollte, nach Vermissten zu suchen, und nicht die alternder Mütter.

Überweisungen nach Lateinamerika erreichten nach Schätzungen der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) im Jahr 2014 ein Allzeithoch von 65,38 Milliarden Dollar; die Hälfte dieser Summe entfällt auf Mexiko, El Salvador, Guate-

ZWISCHEN INTEGRATION UND ZURÜCKWEISUNG: LATINOS IN DEN USA

Migration und Integration waren jenseits der Schlammschlachten ein wichtiges Thema im US-Wahlkampf. Republikaner und Demokraten unterschieden sich hier deutlich. Der Programmkoordinator der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington, Michael Czogalla, hat dazu kürzlich ein Papier* vorgelegt.

Von Robert Lessmann

Hillary Clinton kündigte eine umfassende Einwanderungs-Reform an, die auch Wege zu einer vollen und gleichwertigen Staatsbürgerschaft eröffnet: Fortführung der Einwanderungspolitik Obamas, Familienzusammenführung, Zugang zu Krankenversicherung schaffen, den Weg zur Erlangung der Staatsbürgerschaft erleichtern, Integration verbessern und – last but not least – eine menschenwürdige Abschiebungspolitik. Die Republikaner haben Obamas Vorstoß zur Legalisierung der rund zwölf Millionen Migranten, die ohne Papiere in den USA leben, erst 2013 im Kongress abgewiesen und schlugen den Bau einer Mauer vor sowie die härtere Umsetzung der bestehenden Migrationsgesetze, eine verpflichtende Überprüfung des Aufenthaltsstatus durch Arbeitgeber, die Abschaffung des Rechts auf die Staatsbürgerschaft für in den USA geborene Kinder „illegaler“ MigrantInnen und ein Einwanderungsmoratorium. Die Chancen für eine praktische Umsetzung der demokratischen Linie stehen auch nach einem Wahlerfolg Clintons nicht gut. Ein republikanisch dominierter Kongress droht sie wieder zu blockieren.

Beachtlicher Einfluss

Der hispanische Einfluss in den USA ist groß und auch in historischer Perspektive größer, als man gemeinhin denkt. Das Vizekönigreich, *Virreinato de Nueva España*, bestand von 1535 (lange bevor 1621 die Briten kamen) bis 1821 und umfasste unter anderem die heutigen Bundesstaaten Kalifornien, Arizona sowie Neu Mexiko. Nicht nur Ortsnamen wie Los Angeles, Santa Fe oder San Diego legen davon Zeugnis ab. Jeder sechste US-Bürger hat süd- oder mittelamerikanische Wurzeln, ihre Zahl liegt bei 55 von insge-

samt 320 Millionen Einwohnern. Latinos stellen 52 Prozent der Einwanderer in die USA, gefolgt von Asiaten (26%); allein 28% sind aus Mexiko. Sowohl ihr Anteil an der Bevölkerung als auch ihr wirtschaftliches, gesellschaftliches und politisches Gewicht steigen. Weiße US-Amerikaner stellten bis in die 1970er Jahre 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung. Nach einer Volkszählung von 2010 lag ihr Anteil nur mehr bei 64% und dürfte bis Mitte dieses Jahrhunderts unter die 50% sinken. Besonders in Bereichen wie Pflege, der Bau- und der Landwirtschaft stellen Latinos dringend benötigte Arbeitskräfte.

Latinos und Latinas haben eine Kaufkraft von 1,1 Billionen US-Dollar (1100 Milliarden) und tragen 1,6 Billionen US-Dollar jährlich zum Bruttoinlandsprodukt bei. Während das Durchschnittsalter der weißen US-Amerikaner bei 42 Jahren liegt und das der Afroamerikaner bei 32, leisten sie mit einem Durchschnittsalter von 28 einen Beitrag zur Verjüngung der Gesellschaft.

Besonders viele leben in den südlichen Bundesstaaten. Nach Zahlen von 2014 lebten in Kalifornien fünf Millionen Einwanderer, 27 Prozent der Bevölkerung und 35 Prozent der Erwerbstätigen des Bundesstaats. In ihrem Besitz befindliche Gewerbe generierten Einnahmen in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar und beschäftigten 1,5 Millionen Menschen. Sie zahlten knapp 50 Milliarden an Sozialleistungen und hatten gemeinsam eine Kaufkraft von 240 Milliarden US-Dollar. Zusätzlich gab es in Kalifornien schätzungsweise fünf Millionen „Illegale“, die dem Bund 2,7 Milliarden und Kalifornien 1,6 Milliarden US-Dollar an Steuern einbrachten. Ihre Kaufkraft wird auf 35 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Politisch relevanter Faktor

Auch die Politik, selbst die republikanische, trägt der dynamisierenden Wirkung von Migranten Rechnung: So haben nach dem Scheitern von Obamas Einwanderungsreform 2013 zahlreiche Bundesstaaten, aber auch Städte eigene Initiativen ergriffen, wie die Möglichkeit für „Illegale“, eine *driver's license* zu bekommen (in den USA eine Kombination aus Führerschein und Personalausweis), verminderte Studi-

engebühren (um ihnen Universitätszugang zu ermöglichen) oder auch Möglichkeiten, arbeitsrechtliche Bestimmungen für sich in Anspruch zu nehmen. Städte wie Dayton (Ohio) locken mit Integrationsprogrammen und erleichterten Bestimmungen für Unternehmensgründungen, um zerfallende Stadtzentren zu revitalisieren sowie sinkenden Einwohnerzahlen und der Deindustrialisierung entgegenzuwirken.



Demo in Oakland, Kalifornien, Mai 2014

Latinos und Latinas sind ein wichtiger politischer Faktor. Stellten sie im Jahr 2012 noch elf Millionen Wahlberechtigte, so dürfte ihre Zahl im Jahr 2030 bei 40 Millionen liegen. Dabei sind sie keineswegs ein monolithischer Block. Spanisch sprechende Migranten der ersten Generation neigen zu 70-75 Prozent Hillary Clinton zu, in den USA geborene und englisch sprechende weit weniger. Trump erreicht hier in Umfragen bis zu 29 Prozent. Auch bei ihnen zeigt sich das Phänomen, dass sie eifersüchtig auf Neuankommlinge blicken, die womöglich ihre Position in der Gesellschaft gefährden könnten. Der Umstand, dass in den USA geborene Kinder automatisch die US-Staatsbürgerschaft bekommen, ihre Eltern aber nicht, schafft eine besondere Situation im Hinblick auf Familienzusammenhalt/-zusammenführung. Wer die Abschiebung von illegal im Land lebenden Familienangehörigen fordert, dürfte bei Latinowählerinnen und -wählern keine Chance haben. ■

* Michael Czogalla: „Immigrant_innen aus Lateinamerika in den USA: Jobmotor und Jungbrunnen?“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Oktober 2016

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/12841.pdf>

XENOPHOBIE: SELBSTVERSCHULDETE UNMÜNDIGKEIT

Ein Kommentar von Robert Lessmann

Xenophobie, schreibt die angesehene Wissenschaftszeitung *New Scientist* in ihrer Ausgabe vom 9. April dieses Jahres, ist tief im Menschen verwurzelt. Wir sind von Konkurrenzdenken und Ängsten durchdrungen, ein Relikt aus Zeiten, in denen das Überleben ein Nullsummenspiel war. Das Auftauchen einer konkurrierenden Horde bei der Mammutjagd oder der Suche nach Beeren und Pilzen stellte womöglich eine existenzielle Bedrohung dar. Auch die Vermeidung einer Ansteckung durch unbekannt Infektionskrankheiten mag bei dieser Ausprägung der Evolution eine Rolle gespielt haben. (Die Indigenen der „Neuen Welt“ konnten ihnen nach ihrer „Entdeckung“ trotzdem nicht entgehen.) Schließlich mögen Ängste vor einer Veränderung der Regeln des Zusammenlebens und -arbeitens dazu beigetragen haben, könnten sie doch zu einer Gefährdung der Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens führen.

Immanuel Kant (1724-1804): „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen.“

In modernen Gesellschaften, wie sie sich zunächst in Europa seit der Aufklärung und der Französischen Revolution entwickelten, sind diese Wurzeln xenophoben Verhaltens längst obsolet. Sie sind komplex und dynamisch. Der Wandel von Normen und Werten ist für diese Gesellschaften eine konstante Herausforderung, unter dem Strich aber stets eine Bereicherung, ja geradezu eine Überlebensbedingung. Stagnation bedeutet Rückschritt. Doch die Ausprägung dieser Gesellschaften ist gerade einmal 200 Jahre her – keine zehn Generationen.

Seit meiner Kindheit sind mir Misstrauen und Ablehnung gegen das Andersartige im öffentlichen Diskurs vertraut: Die „Itaker“, die „Tschuschn“, die Türken, Warnungen vor „Scheinasyllanten“, vor einer „durchmischten und durchrassten

Gesellschaft“ und zuletzt vor einer „Flüchtlingskrise“, der mit „Notverordnungen“ begegnet werden müsse. Und nicht nur dies: Angstpublizistik und Angstpolitik verkaufen sich gut: Fukushima, die „Griechenlandkrise“, der Rinderwahnsinn, die Vogelgrippe, die Schweinegrippe – immer neue Nahrung für eine Angstgesellschaft. Aber sind das wirklich die bedrohlichen Themen unserer Zeit?

Mit den xenophoben Relikten aus der Evolution lässt sich trefflich Politik machen. Gesellschaftliches Unbehagen und Ängste lassen sich damit in politische Sackgassen kanalisieren. Gerade die Protagonisten des Neoliberalismus tun sich heute am lautesten hervor, wenn sie „Überfremdung“ für die zunehmende Zerklüftung und Spaltung der Gesellschaft verantwortlich machen, für die eigentlich ihre Politik verantwortlich ist. Selbst das kritiklose „Ernstnehmen“ entsprechender „Ängste“ ist gefährlich. Nach dem xenophob aufgeladenen „Brexit-Referendum“ haben Gewaltdelikte gegen Fremde auf der Insel in erschreckendem Ausmaß zugenommen: die Entfesselung des Mobs. Doch nicht nur die Dümmeren lassen sich zu Fremdenfeindlichkeit und Fremdenhass hinreißen. Und beide sind nur scheinbar paradoxerweise dort häufig besonders groß, wo es am wenigsten Fremde gibt.

Heinrich von Kleist, dem die Bundesrepublik zum 200. Jahrestag seines Selbstmords im Jahr 2011 ein Gedenkjahr widmete, dichtete nach der Niederlage Preussens gegen Napoleon vaterländische Verse, in denen er lustvoll zur Vernichtung der „Franzmänner“ aufrief: „Dämmt den Rhein mit ihren Leichen“ (1809). Bei seinem Hass auf Napoleon und die Franzosen solle man nicht nach dem Grund fragen, erklärte der Dichterstürm. Es gehe allein um die Intensität, die umso größer sei, je weniger Grund sie hat. Der Philosoph Rüdiger Safranski dazu: „Der Hass ist bei Kleist wie die Liebe, eine Ekstase der Hingabe“.

Die Operationalisierung solcherlei „Ekstase der Hingabe“ dauerte am Rhein bekanntlich anderthalb Jahrhunderte an – und ist nach 1945 hoffentlich für alle Zeiten vorbei. Aus ihren Trümmern ging ein

großartiges und historisches Friedensprojekt hervor, auch wenn dessen konkrete Ausgestaltung allzuoft von Krämerseelen und Geldverleihern dominiert wird. Heute steht es vor einer Zerreißprobe: Autoritäre Regimes an seinen Grenzen, religiös verbrämte Neonationalismen und Rechtspopulisten im Inneren bedrohen es. Finden wir die richtigen Antworten darauf? Statt ihnen auf dem Fundament der europäischen Werte- und der Nachkriegsordnung entgegenzutreten (mit der gerade wir Mitteleuropäer gut gefahren sind), stellen wir ebendiese im Diskurs je nach tagespolitischer Opportunität leichtfertig zur Disposition: Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 insbesondere.

Wenn man Innenministerinnen und Polizisten die Außenpolitik überlässt, muss man sich nicht wundern, wenn die Staatsklugheit beim Grenzzaun endet. Das Resultat der lautstarken koalitionsären Kakophonie und Aufgeregtheit in Sachen „Flüchtlingskrise“ ließ sich unter anderem am Ergebnis der Wahlen zum Bundespräsidenten (Teil 1) ablesen. Ähnlich ging es dem vermeintlich sozialdemokratischen Präsident Robert Fico, der mit einem sehr xenophoben Wahlkampf an die Wand fuhr, was ihn um ein Haar sein Ministerpräsidentenamt in der Slowakei kostete. Wer mit der Fremdenfeindlichkeit spielt oder das Konzept der Rechtspopulisten ernst nimmt, Probleme oder „Notstände“ herbeizureden, um sich selbst dann als vermeintlicher Retter zu profilieren, der spielt ihnen in die Hände, der arbeitet an der Verbreitung selbstverschuldeter Unmündigkeit. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden sich dann doch gleich für das populistische oder das rechtsextreme Original.

Unlängst fragte ein entwicklungspolitisches Magazin, wie man denn den xenophoben Krakeelern entgegenzutreten solle. Argumente und Fakten haben es schwer (siehe Kleist), aber sie sind der einzige Weg. Weltweit lassen sich drei Ursachen für Migration und Flucht ausmachen, die sich gegenseitig bedingen können: die ungleiche Verteilung des Reichtums, Gewalt und Konflikte, der Klimawandel.

Die Weltgemeinschaft hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen bereits 1970 das Ziel gesetzt, dass die Industrienationen 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen; im Jahr 2000 wurde dieses Ziel im Rahmen der Millenniumsziele bekräftigt. Erfüllt haben es Norwegen, Schweden, Dänemark und die Niederlande (2013 auch Großbritannien) – und sonst niemand. Österreich liegt bei 0,35 Prozent. Übrigens: Migranten schickten nach Auskunft des UNHCR im letzten Jahr 432 Milliarden US-Dollar an ihre Familien in den Heimatländern; das Volumen der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit lag bei 132 Milliarden.

Man könnte fragen, welche politischen Kräfte sich mehr oder weniger für das 0,7-Prozent-Ziel eingesetzt haben. Man könnte weiter fragen, welche Kräfte für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung einschließlich Umweltstandards eintraten und welche nicht. Wer setzte sich für internationale Klimaschutzbestimmungen ein und welches waren die politischen Kräfte, die entsprechende Abkommen jahrzehntelang blockierten? Wer schließlich interveniert mit oder ohne Sicherheitsratsbeschluss in Konfliktgebieten und mit welchen Ergebnissen? Deckungsgleichheiten mit den wichtigsten Herkunftsländern von Flüchtlingen sind alles andere als zufällig.

Apropos: Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) warnt in seinem letzten Bericht vor einer humanitären Katastrophe im Jemen und einer damit möglicherweise verbundenen neuen Welle von Flüchtlingen. Wer ist durch Waffenexporte nach Saudi Arabien und Qatar, die im Jemen Krieg führen, zur aktuellen Nummer drei der Waffenexporteure aufgestiegen? Statt der wohlfeilen Kritik an Frau Merkels „Wir schaffen das!“ könnte man im Falle dieser deutschen Waffenexporte fordern: „Lassen wir das!“

Wer schließlich unterstützt das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen bei seiner Arbeit und wer nicht? Das Flüchtlingsproblem ist ja neben einer großen Herausforderung zu Bewältigung einer humanitären Krise auch ein Testfall für die Suche nach gemeinsamen Lösungen für globale Probleme. Ein Blick auf die Zahlen und Fakten ist ernüchternd. ■

Daten und Fakten aus: United Nations High Commissioner on Refugees (UNHCR): „Global Trends Forced Displacement in 2015“, Genf, Juni 2016

FLÜCHTLINGE IM ÜBERBLICK

Im Jahr 2015 waren weltweit 65,3 Millionen Menschen vertrieben (durch Verfolgung, Konflikte, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen inkl. Binnenflüchtlinge), davon kamen 12,4 Mio. in jenem Jahr neu hinzu.

□ 21,3 Millionen waren Flüchtlinge, die ihr Land verlassen hatten; 3,2 Millionen davon haben einen Asylantrag gestellt.

Von den 21,3 Mio. Flüchtlingen fallen 5,2 Millionen in den Zuständigkeitsbereich des Palästinenserhilfswerks UNRWA.

□ 16,1 Millionen sind Flüchtlinge im Sinne des UNHCR, 54% davon kommen aus nur

drei Ländern: Syrien (4,9 Mio.), Afghanistan (2,7 Mio.) und Somalia (1,1 Mio.).

□ Lateinamerika spielt dabei gemessen an der Gesamtzahl der Flüchtlinge eine geringe Rolle, doch beunruhigt der rasante Anstieg der Flüchtlinge aus El Salvador, Guatemala und Honduras, deren Zahl sich in nur drei Jahren um das Fünffache gesteigert hat.

□ Kolumbien ist mit 6,7 Millionen Vertriebenen im eigenen Land die traurige Nummer 1 – noch vor Syrien! Im Laufe des vergangenen Jahres kamen dort 113.700 neue Binnenflüchtlinge hinzu.

LÄNDER, DIE FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN (IN MIO.)

1. Türkei	2,5
2. Pakistan	1,6
3. Libanon	1,1
4. Iran	0,9
5. Jordanien	0,6
gefolgt von Kenia, Uganda, Kongo und dem Tschad.	
Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay beteiligen sich am Voluntary Resettlement Programme des UNHCR zur Ansiedlung von Flüchtlingen.	

ASYLANTRÄGE, STAND 2015

1. Deutschland	441.000
2. USA	172.700
(darunter Mexiko	19.300
El Salvador	18.900
Guatemala	16.400
und Honduras	14.300
zusammen	68.900;
aber auch Chinesen (15.100) sind in großer Zahl vertreten.	
3. Schweden	156.400

UNHCR-BUDGET 2015 (STAND 31.12.)

Gesamtbudget: 3,4 Milliarden US-Dollar (das entspricht ungefähr einem Viertel des Budgets der Stadt Wien von 12,5 Mrd. Euro)

(in Mio. US-Dollar)

1. USA	1300
2. UK	262
3. EU	191
4. Japan	173
5. Deutschland	142
zusammen mehr als 60 Prozent des Budgets.	
...	
39. Österreich	4,1 Mio.

Die Visegrad Staaten:

Tschechien Platz 43 mit	2,6 Mio.
Ungarn Platz 44 mit	2,5 Mio.
Polen Platz 48 mit	1,2 Mio.
Slowakei Platz 99 mit	45.354 Euro

Immerhin haben sich Tschechien und Polen etwas bewegt: Deren Beitrag war 2012 noch bei 337.052 respektive 694.900 US-Dollar gelegen.

Die Lateinamerikaner:

52. Brasilien	743.133 US-Dollar (knapp vor Island mit 600.000)
72. Mexiko	150.000 US-Dollar
87. Chile	70.000 US-Dollar (knapp vor dem Heiligen Stuhl mit 68.187)
97. Peru	48.479 US-Dollar
109. Costa Rica	16.459 US-Dollar
111. Uruguay	15.000 US-Dollar

Quelle Budgetzahlen: unhcr.org/partners/donors/558a639f9/contributions-unhcr-budget-year-2015-31-december-2015.html

„NICHT HOMOSEXUALITÄT IST KRANK, SONDERN

Interview mit Bischof Raúl Vera, Mexiko

Von Ralf Leonhard

Die Stadt Saltillo im mexikanischen Bundesstaat Coahuila liegt nur etwa 300 Kilometer von der texanischen Grenzstadt Laredo entfernt. Dreieinhalb Stunden sind das über die Autobahn, das letzte Teilstück einer langen Reise mexikanischer oder zentralamerikanischer Auswanderer, die in den USA ihr Glück versuchen wollen. Raúl Vera steht seit 16 Jahren als Bischof der Diözese Saltillo vor und ist dort täglich mit dem Leid der Migranten befasst. In der *Casa del Migrante*, dem Haus des Migranten, das Pater Pedro Pantoja in der Diözese eingerichtet hat, werden täglich hunderte verzweifelte Menschen unterstützt. Nicht nur mit Nahrung, Kleidung und einem Dach über dem Kopf, sondern auch mit Rechtsberatung. Allein in ersten Halbjahr 2016 haben 130 dieser Migranten Anzeige erstattet, weil sie auf ihrem Weg durch Mexiko überfallen und ausgeraubt oder verschleppt und erpresst worden seien. Die mexikanische Regierung sei korrupt und helfe den USA, die Migranten zu stoppen, sagt Bischof Vera. „Wenn sie auf die Güterzüge klettern, werden sie von der Polizei hinuntergestoßen. Viele sterben oder verlieren Arme oder Beine“. Besonders brutal sei die Bundespolizei. Für Raúl Vera lässt sich der Migrantenstrom auch durch eine Mauer, wie der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump sie bauen will, nicht aufhalten, „solange nicht die Ursachen beseitigt werden: nämlich das Wirtschaftsmodell, das die Armen der Welt vom Konsum ausschließt“. Da weiß er sich einer Meinung mit Papst Franziskus, der von für das System entbehrlichen „Wegwerfmenschen“ spreche.

Vera hält es für das Problem der Massenmigration in die USA für völlig irrelevant, ob Donald Trump oder Hillary Clinton die Wahlen im November für sich entscheidet: „Beide sind Populisten“. Selbst Barack Obama, der als „neuer Franklin D. Roosevelt antreten wollte“, sei gescheitert. Das System sei stärker als er.

Mexiko sieht der Bischof als völlig zerstörtes Land, „wo die Menschenrechte



nicht mehr existieren“. Unter der Präsidentschaft von Enrique Peña Nieto seien bereits 74.000 Menschen ermordet worden. „Nur drei Prozent der Morde kommen zur Anzeige und nur zwei Prozent werden untersucht“. Vor allem die Korridore der Migration seien gesetzlose Zonen, wo das organisierte Verbrechen freie Hand habe.

Im Bundesstaat Guerrero hat sich die Zusammenarbeit von korrupten Funktionären, Drogenbanden und Sicherheitskräften für alle Welt sichtbar gezeigt, als vor zwei Jahren bei Ayotzinapa 43 Lehramtsstudenten verschleppt und vermutlich ermordet wurden. Sie waren bei einer Demonstration festgenommen und dann angeblich auf Befehl des Bürgermeisters an eine Drogenbande ausgeliefert worden. So die offizielle Version. Bischof Vera erzählt, dass eine Abordnung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission kürzlich herausgefunden habe, dass einer der Busse, die die Jugendlichen für ihre Demonstration gekapert hatten, voll mit Heroin gewesen sei. Die Ladung sei bereitgestanden, um in die USA transportiert zu werden. Es werde von den Behörden weiterhin vertuscht, sagt Vera: „Als die Kommission den Bus untersuchen wollte, wurde ihr ein anderer untergeschoben, und als sie den Chauffeur befragen wollten, schickte die Regierung einen anderen“. Der Fall der 43 Verschwundenen von Ayotzinapa hat eine landesweite Protestbewegung ins Leben gerufen, die nicht locker lasse, bis die Wahrheit über das

Verbrechen ans Licht kommt. „Wir werden nicht zulassen, dass diese Bewegung aufgibt“, versichert der Bischof von Saltillo.

Für die Rechte der Homosexuellen

Raúl Vera ist aber auch im Bemühen um eine Erneuerung der Kirche engagiert. So hatte er in seiner Diözese eine Pastoral für Homosexuelle eingerichtet. „Homosexuelle Christen halfen mir, an weitere Homosexuelle heranzukommen. Sie verbreiteten in ihren Kreisen christliche Botschaften“. Die LGBT-Gemeinschaft San Elredo, die sich im Bistum ansiedelte, rief bald konservative Aktivisten auf den Plan. So beschuldigte die Organisation *Familias Mundi* den Bischof, die Homoehe und Adoptionen durch homosexuelle Partner zu fördern. „Sie warfen mir Förderung der Promiskuität vor“, sagt Vera, der den damaligen Papst Benedikt XVI. vergeblich um Unterstützung bat und die Gemeinschaft schließlich 2011 hinauswerfen musste. „Jesus Christus hieß die Sünder willkommen und warf die Pharisäer hinaus. Das zeigt, dass es unchristlich ist, andere auszugrenzen“, sagt Vera: „Wir wollen die Homophobie aus den Herzen der Menschen löschen.“

Seine eigene Haltung der Homosexualität gegenüber hat der Bischof trotz des Rückschlags nicht geändert: „Die Kirche betrachtet sie als krank. Aber was krank ist, ist diese Einstellung. Zehn Prozent der

HOMOPHOBIE“ MEXIKO: MITGEFANGEN—MITGEHANGEN

Menschen kommen mit homosexuellen Veranlagungen auf die Welt“. Mit dieser wissenschaftlichen Tatsache müsse man umgehen. Man könne Homosexualität nicht wie eine Krankheit behandeln „und erreichen, dass die Menschen dann Hetero werden“. Man müsse ihre Rechte respektieren.

Das Problem der Kirche sei ihr Umgang mit der Sexualität insgesamt: „Als wir im Priesterseminar auf den Zölibat vorbereitet wurden, hörten wir frauenfeindliche Argumente. Das ist eine Schande“. Die Sexualität werde nicht gewürdigt. Der Verzicht auf eine Familie müsse mit der eigenen Identität vereinbar sein. Homosexuelle würden durch die scheinheilige Sexualmoral gezwungen sich zu verstecken.

Vera vergleicht die Homosexuellen mit den Indigenen in Mexiko. Sie seien auch eine besonders verwundbare Gruppe. Als Koadjutor von Bischof Samuel Ruiz im südlichen Bundesstaat Chiapas habe er viel über den Umgang mit Minderheiten gelernt. „Samuel Ruiz hat die Sprachen der indigenen Völker gelernt und die Messe auf Tzeltal oder Tzotzil gelesen“. Auch als der Papst vor kurzem auf seiner Mexikoreise in San Cristóbal de las Casas gewesen sei, sei das Evangelium in indigenen Sprachen gelesen worden.

Raúl Vera wurde 2010 für sein Engagement für die Menschenrechte mit dem seit 1987 jedes Jahr vergebenen *Rafto Prize* ausgezeichnet. Denn er scheut auch nicht davor zurück, sich mit den Mächtigen anzulegen. So feierte er eine Messe für den indigenen Professor Alberto Patishtán, der zu 60 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er im Jahr 2000 an einem Hinterhalt beteiligt gewesen sein soll, bei dem sieben Polizisten getötet wurden. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen haben allerdings schwere Unregelmäßigkeiten bei Untersuchung und Prozess aufgedeckt und halten den Mann für unschuldig.

Über Papst Franziskus ist Bischof Vera sehr glücklich. Er sei wie ein Frühling gekommen und habe neue Hoffnung gebracht. ■

Bischof Raúl Vera López OP war Mitte September auf Einladung des Instituts Dominique Chenu und der Dominikaner anlässlich einer wissenschaftlichen Tagung in Wien.

Die Gemeindepolizei von Chiapas erpresste zentralamerikanische MigrantInnen. Soziale Organisationen Mexikos setzen sich für die Rechte interner Vertriebener ein.

Laut mexikanischen Medienberichten wurden Mitte Oktober 19 ZentralamerikanerInnen – unter ihnen Frauen und Kinder – von Polizisten der Gemeinde Chiapa de Corzo aus einem Touristenbus gefischt und zunächst unbekanntes Aufenthalts verschleppt. Sie tauchten erst wieder auf, nachdem die Staatspolizei und die Staatsanwaltschaft von Chiapas eingeschritten waren.



Nicht nur die Fahrt auf „La Bestia“ birgt Gefahren

Die Flüchtlinge gaben bekannt, dass die Gemeindepolizisten unter dem Kommando des Bruders des Bürgermeisters von Chiapa de Corzo Namen und Telefonnummern ihrer Angehörigen in Guatemala, Honduras und El Salvador gefordert hatten, um für jeden ein Lösegeld von 3000 Pesos (rund 150 Euro) zu erpressen.

Dass es sich dabei um keinen Einzelfall handelt, beweist die von der *Casa de Migrantes* in San Cristóbal herausgegebene Studie: „MigrantInnen auf der Durchreise: das Gesicht der Menschenrechtskrise“, die auf der Grundlage von Interviews mit 30.000 MigrantInnen erstellt worden ist. Darin wird festgestellt, dass im Jahr 2015 insgesamt 7000 Durchreisende festgenommen und zum Verschwinden gebracht wurden. Während im gleichen Zeitraum die Zahl der Erpressungen und Morde an hauptsächlich zentralamerikanischen Flüchtlingen abgenommen hat, erhöhte sich die Zahl derer, die von den

Behörden zum Verschwinden gebracht wurden, um 180 Prozent.

Aus diesem Grund fordern auch eine Reihe mexikanischer sozialer Organisationen mehr Unterstützung für die Opfer interner erzwungener Abwanderung. Sie äußerten damit ihr Missfallen über die geplanten Reformen am Opfergesetz (LGV).

Bei einem Gespräch mit der Präsidentin der Menschenrechtskommission des Senats, Angélica de la Peña, bestanden Vertreter einiger Gruppen auf einer umfangreichen Anerkennung der Rechte interner Vertriebener. In einer Liste mit neun Punkten schlugen sie eine Ausweitung mehrerer Gesetzesartikel vor, um deren Schutz zu verbessern.

Die Gründe für erzwungene Abwanderung in Mexiko reichen von der Bedrohung durch das organisierte Verbrechen über Naturkatastrophen bis hin zu Menschenrechtsverletzungen. Den tausenden Opfern solle Unterstützung zukommen, so Brenda Pérez Vázquez, Vertreterin der mexikanischen Kommission zur Verteidigung und Förderung der Menschenrechte. Dazu

müsse im Gesetz klarer definiert werden, was mit „interner gewaltsamer Vertreibung“ gemeint sei. Zudem sei eine Registrierung der Vertriebenen dringend von Nöten, damit man gezielter helfen könne.

Um sich bei der Kommission für die Betreuung von Opfern (CEAV) als Vertriebener erfassen zu lassen, ist derzeit eine Klage vor der Generalstaatsanwaltschaft nötig. Dieses Verfahren schließt im Besonderen Menschen aus, die präventiv fliehen, um beispielsweise der Gewalt in ihrem Wohnort zu entkommen.

In Mexiko ist die Gewalt von kriminellen Gruppierungen einer der Hauptgründe für die erzwungene Abwanderung von Menschen. Während die Menschenrechtskommission 1784 Vertriebene dieser Art identifiziert, sprechen Menschenrechts- und Opferorganisationen von 35.433.

Leo Gabriel

(Quellen: *Amerika 21*, *la Jornada*, *Zorayda Gallegos*)

NICARAGUA: REPRESSION GEGEN FLÜCHTLINGSHELFER

Christlich, solidarisch und sozialistisch zu sein beansprucht die Regierung Daniel Ortegas in Nicaragua. In ihrer Flüchtlingspolitik zeigt sie sich aber weder christlich noch solidarisch. Menschen, die solidarisch helfen, werden kriminalisiert.

Von Ralf Leonhard

Nicaragua hat eine neue Heldin. Die 54jährige Schullehrerin Nilamar Alemán war am 28. Juli früh aufgestanden, um *buñuelos* – eine Art fettiger Krapfen – zu backen, die sie an die Schüler in einem Gymnasium in San Juan del Sur verkaufen wollte. Die Sonne war noch nicht aufgegangen, als plötzlich in ihrem Badezimmer eine schwarze Frau auftauchte und ihr ihre kleine Tochter in die Arme legte. Das Kind litt offensichtlich an Lungenentzündung, war von Insektenstichen übersät und bedurfte dringend der Pflege. „Wie hätte ich mich weigern können, diesem Kind zu helfen?“ fragte sich die Frau in einem Interview. Schließlich konnte sie sich auf die an die Schulen verteilten Lehrbehelfe berufen, die sagen, man müsse Kindern helfen.

spie, bekam Naomi von Angehörigen in den USA Geld für die Reise dorthin. Mit Hilfe von Schleppern war sie bis San Juan del Sur gekommen und dort am Pazifikstrand ausgesetzt worden. Nach drei verregneten Nächten im Freien fasste sie sich ein Herz und suchte Hilfe. Nilamar wollte die Frau und das kranke Kind nicht der Polizei ausliefern, die sie mit Sicherheit in ein Abschiebelager gesteckt hätte. Sie pflegte das Kind gesund und gewährte den beiden Schutzsuchenden 17 Tage Unterkunft.

Dann bot sie sich an, sie an die Grenze zu Honduras zu begleiten. San Juan del Sur liegt unweit der Grenze zu Costa Rica. Sie mussten also das Land von Süden nach Norden in öffentlichen Bussen durchqueren. Vor der letzten Station wurden sie am 13. August von der Polizei gefasst. Ein Chauffeur hatte sie verpiffen. Nilamar Alemán wurde in einen Kerker in Ocotal gesperrt und wegen Menschenhandels vor Gericht gestellt und verurteilt. Der Besitz von 70 US-Dollar wurde ebenso als Belastungsmaterial ausgelegt wie ihr FSLN-Parteiausweis und die Sozialversicherungskarte. Das Strafmaß zwischen drei und fünf Jahren hätte am 5. Oktober verkündet werden sollen.

als ungerecht empfundene Urteil nicht hinnehmen. Sie marschierten nach Managua, mobilisierten die Presse und machten mit allen möglichen Mitteln Druck, um ihre *profe* aus dem Gefängnis zu bekommen. Mit Erfolg. Am 30. September wurde sie überraschend freigelassen. Der Richter verhängte zwar die Mindeststrafe von drei Jahren, setzte sie jedoch auf freien Fuß, weil sie keinerlei Vorstrafen hatte. Vom Schuldienst bleibt die Frau aber suspendiert. In San Juan del Sur wurde *la profa solidaria* begeistert empfangen.

Jeder weiß, dass die nicaraguanische Justiz auf Zuruf von Daniel Ortega funktioniert. Nilamar Alemán wirft daher der Regierung Pharisäertum vor. Sie schmückte sich zwar mit dem Schlagwörtern „christlich, sozialistisch, solidarisch“, doch in der Praxis würde solidarisches Verhalten bestraft. Sie glaubt, dass sie ihre Freiheit den bevorstehenden Wahlen vom 6. November zu verdanken hat. Im Wahlkampf seien Daniel Ortega, der seine zweite Wiederwahl in Folge anstrebt, die Mobilisierungen besonders lästig gewesen.

Mit der Polizei gegen Flüchtlinge

Vor einem Jahr hatte die Regierung Antiaufhrupolizei an die Grenze geschickt, um 1100 Kubanerinnen und Kubaner unter Einsatz von Tränengas und Prügel nach Costa Rica zurückzutreiben. Sie waren auf dem Landweg Richtung USA unterwegs. Ähnliche Erfahrungen machten die Einwohner der kleinen Gemeinde *El Tamarindo* im Departement Carazo, die afrikanische Migranten am Strand auflasen, verpflegten, einkleideten und in einer Kirche unterbrachten. Laut Berichten in der lokalen Presse schritt die Polizei mit Knüppeln und Schusswaffen ein. Auch schwangere Frauen und Kinder sollen geprügelt worden sein. Das online-Nachrichtenportal *Confidencial.com.ni*, das über die Repression berichtet hatte, machte bald darauf einen Spionageversuch des militärischen Geheimdienstes öffentlich. Ein Offizier hatte versucht, einen Mitarbeiter anzuwerben und über ihn an die Passwörter der Redaktion zu kommen. Die Armee, die bisher einen guten Ruf genossen hat, kommt damit ins Zwielficht, verbietet ihr die Verfassung doch politische Spionage. ■



Nilamar Alemán: bestraft für Menschlichkeit

Es stellte sich heraus, dass die Frau Naomi hieß und aus Haiti kam. Ihre Tochter Francisca war in Brasilien geboren worden, wo Naomi und ihr Mann während des Baubooms für die Fußballweltmeisterschaft 2014 Arbeit gefunden hatten. Als der Arbeitsmarkt nach dem Großereignis die zahllosen Wanderarbeiter wieder aus-

der Revolution verteidigt. Sie war stolz darauf, Enkelkinder von Präsident Daniel Ortega unterrichtet zu haben. Die Behandlung von Flüchtlingen, die in Lagern interniert werden, fand sie falsch.

Ihre solidarische Haltung wurde zwar nicht von der Justiz gewürdigt, aber die Einwohner ihrer Heimatstadt wollten das

CHILE: SCHIKANEN UND RASSISMUS

Migration gibt es in Lateinamerika nicht nur einseitig Richtung Norden, also USA, sondern auch innerhalb des Subkontinents. Früher war oft politische Verfolgung der Grund. Tausende flohen während der Diktaturen aus Chile, Argentinien und Uruguay, später während der Bürgerkriege aus El Salvador, Guatemala und Nicaragua. Ziel waren Nachbarländer oder Mexiko, das damals für die Gegner der Militärregimes eine offene Tür hatte.

Von Ralf Leonhard

Heute stehen wirtschaftliche Motive im Vordergrund. Weitgehend unbemerkt haben zehntausende Haitianer ihr Land nach dem bis heute nicht verkräfteten Erdbeben vom Jänner 2010 verlassen, weitere werden nach dem Hurrikan Matthew folgen. Auch die meisten KubanerInnen, die sich auf einen beschwerlichen Weg über Ecuador, Kolumbien und Zentralamerika Richtung USA aufmachen, werden in erster Linie von wirtschaftlichen und nicht politischen Motiven getrieben. Kriegsvertriebene gibt es vor allem in Kolumbien, dem Land, das mit mehr als sechs Millionen Binnenvertriebenen einen traurigen Rekord hält.

Chile war früher traditionell für Arbeitsuchende aus den Nachbarländern Peru und Bolivien ein Magnet. Inzwischen hat sich die Zuwanderung diversifiziert.

Der jüngst veröffentlichte Bericht der chilenischen Ausländerbehörde (DEM) aus dem Jahr 2014 gibt die Zahl der legal in Chile lebenden AusländerInnen mit 573.731 an. Über die nicht legalisierten Zuwanderer macht er keine Angaben. Schätzungen aus dem Jahr 2016 gehen von insgesamt 1,2 Millionen aus. Mit mehr als 354.000 Menschen macht die peruanische Community etwa ein Viertel der in Chile lebenden AusländerInnen aus. Es folgen Argentinier (158.000), Bolivianer (154.000) und Kolumbianer (132.000).

PeruanerInnen gelten als fleißig und zuverlässig und sind vor allem in Sektoren beschäftigt, für die einheimische Arbeitskräfte schwer zu finden sind: Bau, Bergbau, Handel, Landwirtschaft und Kleinbetriebe. In den letzten Jahren haben sich aber auch hoch qualifizierte Peruaner in

Chile niedergelassen. Sie kamen mit den steigenden Investitionen peruanischer Unternehmer im südlichen Nachbarland. Diese Investitionen wurden 2013 auf zehn Milliarden US-Dollar geschätzt.

Die HaitianerInnen konzentrieren sich in Quilicura, einer Satellitenstadt von Santiago. Obwohl der Anblick von schwarzen Menschen dort inzwischen alltäglich geworden ist, sehen sich Haitianerinnen und Haitianer in der Schule, in der Arbeit und auf der Straße immer noch rassistischen Bemerkungen oder Aggressionen ausgesetzt.

Rolando Poblete, Professor am *Instituto de Asuntos Públicos* der *Universidad de Chile* schätzt die haitianische Zuwanderung auf 0,8 Prozent der MigrantInnen, die in den letzten Jahren ins Land gekommen sind. Er sieht ein Problem in der Gesetzeslage, die auf die Diktatur zurückgeht: „Die Gesetze sind restriktiv und fördern das Misstrauen gegenüber Fremden. Die Bürokratie hat große Hindernisse für die Zuwanderung aufgerichtet. Die stehen im Widerspruch zu internationalen Konventionen, die Chile ratifiziert hat.“ ■

ANIDE – EINSATZ FÜR KINDERRECHTE

Horacio Wood, Direktor der Stiftung ANIDE (*Apoyo a la Niñez y sus Derechos*) schätzt allein die Zahl der Haitianer auf über 40.000. ANIDE setzt sich seit mehr als einem Vierteljahrhundert für die Rechte von Kindern in Chile ein. Mehrere ihrer Projekte werden von der österreichischen Kindernothilfe (KNH) unterstützt. Ein Schwerpunkt gilt aber auch der Betreuung und Unterstützung von Kindern aus Migrantenfamilien. Horacio Wood und ANIDE-Programmkoordinatorin Claudia Vera waren Anfang September auf Einladung der Kindernothilfe in Wien.

Wie sieht Eure Arbeit aus?

Wir arbeiten in verschiedenen Programmen für Kinder und Jugendliche. Eine Organisation, die wir unterstützen, nennt sich *Colectivo sin fronteras* und befasst sich mit Migrantenkinder. Chile hat in den vergangenen Jahren eine große Anzahl

von MigrantInnen aufgenommen. Früher sind die Menschen aus politischen Gründen geflohen. Das Land ist auf diese neue Situation nicht vorbereitet. Es kamen Menschen aus Bolivien, Peru und Kolumbien, aber auch aus Haiti nach dem verheerenden Erdbeben von 2010.

Inwiefern ist Chile nicht vorbereitet?

Das Problem ist die Gesetzeslage. So war es nicht erlaubt, dass Kinder in die Schule gehen, wenn sie ihren schulischen Fortschritt aus dem Ursprungsland nicht nachweisen können. Auch medizinische Behandlung war ihnen verwehrt. Die Organisation hat den Staat auf diese Missstände aufmerksam gemacht.

Das betrifft vor allem Kinder, deren Familien noch keinen legalen Aufenthaltsstatus hatten. Viele hatten Angst, mit den Behörden in Kontakt zu treten, weil sie fürchteten, abgeschoben zu werden. Sie

haben daher praktisch keinen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Die Organisation *Colectivo sin fronteras* hat daher auf verschiedenen Ebenen versucht, den Staat auf das Problem aufmerksam zu machen, vor allem in den Gemeinden, wo die meisten Flüchtlinge und Zuwanderer leben.

Welche sind das?

Natürlich gibt es in der Hauptstadt Santiago die meisten MigrantInnen. In Ica im Norden sind es vor allem Peruaner, in Antofagasta Kolombianer. Die Arbeit geschieht einerseits durch Einfluss auf die Behörden, andererseits durch Betreuung von Familien. Sie müssen sich besser in die Gesellschaft integrieren. Das ist nicht einfach, da es aus historischen Gründen gegen Bolivianer und Peruaner große Vorbehalte gibt. Wir bieten etwa Rechtsberatung, damit die Leute sich legalisieren und einer Arbeit nachgehen können.

Interview: Ralf Leonhard

AYOTZINAPAS BOTSCHAFT AN DIE WELT:

Am 26. September jährte sich zum zweiten Mal das gewaltsame Verschwinden der 43 Lehramtsstudenten von Ayotzinapa. Dieses von mexikanischer Polizei und Drogenkriminellen gemeinsam verübte Verbrechen hat die mexikanische Gesellschaft nachhaltig erschüttert.

Von Laura Carlsen

Am Jahrestag marschierten 30.000 zum Gedenken an die Verschwundenen in Mexiko Stadt, aber auch zur Erinnerung an zwei Jahre Straflosigkeit und Lügen. Nach zwei Jahren unermüdlicher Suche durch AktivistInnen der Zivilgesellschaft und die Eltern der Studenten selbst gibt es von 42 der Verschwundenen weiterhin keine Spur; die Leiche jenes Studenten, der gefunden wurde, weist Folterspuren auf. Ein Student liegt bis heute im Koma.

Bisher wurde kein in das Verschwinden verwickelter Polizist oder Militärangehöriger angeklagt und Präsident Enrique Peña Nietos Regierung unterbindet weiterhin die Ermittlungen hinsichtlich ihrer möglichen Beteiligung. Der kürzlich erfolgte Rücktritt von Chefermittler Tomás Zerón wurde zwar positiv aufgenommen, doch ist unklar, ob er zu einem Kurswechsel führen wird.

Trauer und Wut vermischten sich in den Gesichtern der DemonstrantInnen in Mexiko-Stadt und anderen mexikanischen Städten. Die Mütter und Väter der Verschwundenen versichern, dass sie nicht aufgeben werden, ehe ihre Söhne wieder auftauchen. Doch nach unzähligen Treffen, Protestmärschen und Pressekonferenzen haben sie und die mit ihnen solidarischen Studenten eine zentrale Botschaft: Organisiert euch!

Omar García, ein Student von Ayotzinapa, der die Angriffe überlebt hat und zu einem wichtigen Sprecher der Bewegung geworden ist: „Wir brauchen eine stärkere Beteiligung, mehr ernsthafte und verlässliche Organisation“. Die Basisorganisation der Familienmitglieder und Überlebenden hat die Erinnerung an die Verschwundenen am Leben erhalten und nachdrücklich Strafe für das Staatsverbrechen gefordert.

Die Macht des Wandels

Die Nachricht über die Entführung der Studenten in Iguala war für MexikanerInnen im ganzen Land ein einschneidendes Erlebnis. Sie reagierten mit Demonstrationen, an denen Ende 2014 Hunderttausende teilnahmen. Ihr Slogan „Es war der Staat“ änderte die Art und Weise, wie die Menschen die mexikanische Regierung, ihr Verhältnis zum organisierten Verbrechen und zum Krieg gegen die Drogen

sehen, der in den letzten neun Jahren über 140.000 Menschenleben gefordert hat. Das Verbrechen von Ayotzinapa hat die Nation von Grund auf verändert. Als Reaktion auf die Proteste hat die Regierung ihre Reihen geschlossen und versucht, den Fall abzuschließen.

Im November 2014 erzielte die Bewegung einen wichtigen Erfolg: Die Interamerikanische Menschenrechtskommission entsandte eine interdisziplinäre Gruppe unabhängiger ExpertInnen (GIEI), um das Verbrechen von Ayotzinapa zu untersuchen. Ihr Schlussbericht, der im Mai 2016 in Mexiko-Stadt präsentiert wurde, wies nach, dass die Beteiligung des Staates daran weit über die Zusammenarbeit der Gemeindepolizei mit einer lokalen Drogenbande hinausging.

Er bewies, dass die Ereignisse des 26. und 27. September 2014 zwischen verschiedenen Regierungsinstanzen koordinierte Aktionen waren, mit direkter Beteiligung der Polizei auf Staats-, Provinz- und Gemeindeebene sowie des organisierten Verbrechens. Er stellte die Präsenz der Armee am Ort des Verbrechens fest und betonte die Wichtigkeit der Einvernahme von Armeeingehörigen, um den Ablauf der Ereignisse und die Rolle der Armee dabei zu klären. Diese verweigerte jedoch wiederholt die Erlaubnis, in der Nacht des Verbrechens involvierte Militärs direkt zu vernehmen.

GESCHEITERTE SICHERHEITSPOLITIK

Die heutigen Beziehungen zwischen Mexiko und den USA stehen im Zeichen der Reaktionen auf Trumps Xenophobie sowie dessen für Präsident Peña Nieto politisch kostspieligen Besuch in Mexiko. Substanzvolle Diskussionen über die humanitären Kosten der militarisierten Grenze, des Drogenkriegs und zum Thema Menschenrechte sind in beiden Ländern Mangelware.

Auch wenn sich die Kosten der auf internationaler Ebene gesunkenen Reputation einer Regierung schwer messen lassen, hat jene von Peña Nieto sicher gelitten. In den USA, die Mexiko seit 2008 im Rahmen der Mérida-Initiative 2,5 Mrd. USD an bilateraler Hilfe zukommen ließen, haben kritische Berichte relevanter Medien wie der *New York Times* besonders nach der Veröffentlichung des zweiten Berichts der internationalen ExpertInnengruppe zugenommen.

Kürzlich haben 69 Kongressabgeordnete das Außenministerium aufgefordert, dem Thema Menschenrechte in den Beziehungen zu Mexiko Vorrang einzuräumen. Aus Menschenrechtsgründen haben die USA 2015 fünf Millionen US-Dollar (15%) an für den Kampf gegen den Drogenhandel vorgesehenen Mitteln zurückgehalten. Im Juni hat ein Kongressausschuss empfohlen, wegen Besorgnis über „das Verschwinden von Personen und andere ungeklärte Verbrechen, in welche die Sicherheitskräfte verwickelt sind“ Teile der Militärhilfe zurückzuhalten. Es handelt sich dabei jedoch jeweils um eher symbolische Beträge, deren (drohender) Verlust den engen US-Verbündeten bisher lediglich zur Vorlage eines Entwurfs für ein Gesetz gegen das Verschwindenlassen, jedoch zu keiner grundlegenden Änderung seiner Menschenrechtspolitik bewegen konnte.

Immerhin stellt der Kongress-Bericht vom Juni die Erfolge des militarisierten Herangehens der Mérida-Initiative bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens in Frage. Das ist zwar ein wichtiger erster Schritt, doch es bleibt abzuwarten, ob diese Rhetorik zu einer tatsächlichen Neuorientierung führen wird.

Die Mérida-Initiative hat zwar keine Abnahme des Handels mit illegalen Drogen bewirkt, sie hat aber wiederholt Geld für den korrupten mexikanischen Sicherheitsapparat bereitgestellt, der sich als unfähig zur Respektierung internationaler menschenrechtlicher Standards erwiesen hat. Das Verschwinden der 43 Studenten – und die mangelnde Bereitschaft des mexikanischen Staates, diesen Fall aufzuklären – ist ein Beleg für das Scheitern der aktuellen US-mexikanischen Sicherheitspolitik – und für die gravierenden Folgen dieses Scheiterns.

hekl

ORGANISIERT EUCH!

Darüber hinaus widerlegte der GIEI-Bericht die Regierungsversion, die Studenten seien auf der Mülldeponie von Coacuala verbrannt worden. Als die Regierung ihre Darstellung modifizierte, zeigte eine kritische Analyse der ExpertInnen auf, dass auch das den Fakten widersprach, es sich bei der Version der Regierung also um eine Lüge handelte. Damit wuchs der Verdacht, dass der Angriff auf die Studenten aus politischen Gründen erfolgt war und dass Regierungsbeamte auf allen Ebenen versuchten, schwere Korruption, Komplizenschaft und Gewaltakte zu verbergen.

rikanische Menschenrechtskommission zu diesem Zweck zwei technische Berater ernennen.*

Der Druck von der Basis, die Studenten zu finden und einen Wandel in Mexiko zu bewirken, wird sicher anhalten. Ayotzinapa ist zu einem Symbol für den Widerstand gegen jene Kräfte geworden, die versuchen, die so nötige Rebellion der Jugend zu unterbinden. Omar García: „Unsern ernsthaft zu organisieren, heißt für uns, alle für das Individuum und das Kollektiv verfügbaren Ressourcen zu nützen. Auch wenn es sich um kleine Schritte handelt,

Nachforschungen selbst: Was geschah z.B. mit dem fünften Bus, der von Staatspolizisten vom Ort des Verbrechens weggebracht wurde? In die Ereignisse involvierte Militäranghörige müssen verhört und nötigenfalls angeklagt werden. Weitere Interviews mit ZeugInnen müssen verlangt, fehlende Anruferverzeichnisse vorgelegt und analysiert werden. Regierungsbeamte, die Beweismaterial manipuliert, zerstört oder verloren haben, müssen belangt, aufgetauchte Hinweise auf Folter weiter untersucht werden.

Sehr wichtig ist auch herauszufinden, warum die Studenten angegriffen, getötet und zum Verschwinden gebracht wurden, wobei es darum geht, die Drahtzieher zu finden und nicht nur die Ausführenden. Und wir müssen uns alle ernsthaft dafür einsetzen, die anderen 28.000 Verschwundenen zu finden: für die Anklage der dafür Verantwortlichen sowie für die Sicherheit ihrer Familienangehörigen sowie von VerteidigerInnen der Menschenrechte. Dafür ist zwar der Staat zuständig, doch im Kontext eines kriminellen Staates muss die Gesellschaft selbst diese Verantwortung übernehmen. Niemand darf sich davon ausnehmen. In Mexiko hat dieser Prozess begonnen, was zu einem guten Teil auf die Tragödie von Ayotzinapa zurückgeht.

Es wächst die Forderung nach Wahrheit und Gerechtigkeit. In Coahuila, Veracruz, Guerrero, Morelos und anderen Bundesstaaten gedenken Familienangehörige ihrer Verschwundenen und durchsuchen die Felder mit Schaufeln und Spitzhacken. In aller Welt gibt es Solidaritätsgruppen. Darin liegt, bei allem Schmerz, auch Hoffnung: „Wir müssen teilnehmen, einen Teil unserer Zeit Initiativen zur Umgestaltung unseres Landes widmen“, erklärt García. „Es gibt bereits Beispiele auf nationaler Ebene und in anderen Ländern Lateinamerikas, die uns zeigen, wie es gehen kann, dass ein positiver Wechsel möglich ist.“ Wenn die vom Schmerz gezeichneten Eltern und Freunde der Verschwundenen diese Herausforderung annehmen können, dann können wir anderen das auch. ■

* *Erster Besuch der Delegation vom 9. bis 12. November 2016*

Laura Carlsen ist Direktorin des Programms CIP Americas. Dieser – von Hermann Klosius übersetzte und gekürzte – Beitrag ist der letzte von drei Teilen einer auf <https://nacla.org> rund um den zweiten Jahrestag des Verschwindens der Studenten von Ayotzinapa veröffentlichten Serie.



Graffiti der Solidarität mit den verschwundenen Studenten

Da die Regierung sich weigerte, ihr Mandat zu verlängern, und ihr andauernd Steine in den Weg gelegt hatte, verließ die ExpertInnengruppe Mexiko verärgert und enttäuscht, ohne die Wahrheit – und die Studenten – gefunden zu haben. Viele MexikanerInnen, die bei der Präsentation des Berichts anwesend waren oder davon erfahren hatten, waren einerseits dankbar, fühlten sich aber auch im Stich gelassen. Anstelle der Kommission wird es künftig einen schwächeren Mechanismus geben, durch den die internationale Gemeinschaft Einblick in den Fortgang der Ermittlungen erhalten soll. Laut einer am 9. September erzielten Vereinbarung wird die Interame-

kann man etwas tun: sich informieren, die Information, die etwa über soziale Netze verfügbar ist, analysieren. Dazu sind wir nicht auf *Televisa* und all die anderen Massenmedien angewiesen.“

Zwei Jahre nach Ayotzinapa steht Mexiko vor riesigen Herausforderungen. Eine der dringlichsten Aufgaben bleibt es, die verschwundenen Studenten zu finden, aber auch die anderen mehr als 28.000 Verschwundenen im Land. Ayotzinapa hat eine Bewegung für diese Verschwundenen ausgelöst und Bewusstsein dafür, dass tausende Familien – und täglich mehr – davon betroffen sind. Andere Punkte betreffen Aufgaben im Zusammenhang mit den

PORTRAIT:
ROSARIO MURILLO, DIE STRIPPENZIEHERIN

Rosario Murillo, 65, First Lady Nicaraguas und omnipräsente Erscheinung in den staatlichen und partei-eigenen Medien Nicaraguas, steht vor ihrem entscheidenden Schritt an die Macht. Am 6. November, wenn sich Präsident Daniel Ortega der zweiten Wiederwahl in Folge stellt, wird seine Ehefrau Rosario Murillo zur Vizepräsidentin gewählt. Der 70jährige Ortega, dessen Gesundheit schon lange angeschlagen ist, stellt damit die Weichen für eine Machtübergabe innerhalb der Familie. So sieht es jedenfalls die Opposition, die nach jüngsten Manövern keine realistischen Chancen hat, dem Langzeitpräsidenten gefährlich zu werden. Die Weichen für eine dynastische Nachfolge sind damit gestellt.

Von Ralf Leonhard

elitären Kulturverständnis Kulturminister Ernesto Cardenal zum Feind, der die Verbreitung der Künste an der Basis förderte.

In die Schlagzeilen kam sie erst, als Zoilamérica Narváez, ihre Tochter aus erster Ehe, 1998 öffentlich machte, sie sei von ihrem Stiefvater Daniel Ortega seit ihrem elften Lebensjahr missbraucht worden. Ortega nahm zum Vorwurf nie inhaltlich Stellung. Als Abgeordneter genoss er Immunität und die zuständige RichterIn legte den Fall schließlich als verjährt ad acta. Rosario Murillo entschied sich für ihren Mann und gegen die Tochter, der sie „unerfüllte Machtgelüste“ vorwarf. Seither wird ihr Einfluss auf ihren Mann immer größer. „Das ist eine sehr teure Rechnung, die sie mit ihm offen hat“, meinte Dora María Téllez, eine prominente Guerillakommandantin und Ex-Gesundheitsministerin, die später mit Ortega brach und die Oppositionspartei Sandinistische Erneuerungsbewegung (MRS) gründete.

Rosario, die Macht hinter dem Thron

Auf Rosarios Betreiben beschloss das Parlament 2006 mit den Stimmen der Sandinisten ein absolutes Abtreibungsverbot. Wenige Tage später gelang Ortega der Wahlsieg. Seither hat die wegen ihrer esoterischen Allüren umstrittene Frau ihre eigenen Seilschaften aufgebaut und kontrolliert inzwischen den Verwaltungsapparat. Sie fungiert als Regierungssprecherin und gibt zu allen Ereignissen ihre Meinung ab. Wenn unabhängige Journalisten sie vors Mikrofon bitten, macht sie sich allerdings rar. Auch Terminanfragen an Minister oder andere Funktionäre müssen über ihren Schreibtisch. Die Bürgermeister erscheinen regelmäßig bei ihr zum Appell.

Mit Daniel Ortega hat Murillo sieben Kinder, von denen die meisten heute TV-Kanäle leiten oder sich in der staatsnahen Wirtschaft auf Höheres vorbereiten. In der FSLN hat die *Primera Dama* allerdings nicht nur Freunde. Die Ortega-Getreuen aus den Guerillatagen, so heißt es, hätten ihre Kandidatur zur Vizepräsidentin verhindern wollen, sind damit aber gescheitert. ■

Die gelernte Sprachlehrerin (Englisch, Französisch) wurde politisiert, als sie dem streitbaren Zeitungsverleger Pedro Joaquín Chamorro in den 1970er Jahren als Sekretärin diente. Nach ersten lyrischen Gehversuchen schloss sie sich einer Künstlergruppe an, die gegen Diktator Somoza mobilisierte. Um der zunehmenden Repression zu entgehen, floh sie ins Exil, noch bevor ihr Chef im Jänner 1978 ermordet wurde. In Costa Rica lernte sie Daniel Ortega kennen, der mit der sandinistischen Befreiungsbewegung (FSLN) den Umsturz plante. Dank eines Volksaufstandes und einer breiten nationalen und internationalen Allianz gegen den Diktator übernahmen die Sandinisten 1979 die Macht. Murillo leitete die Vereinigung der Kulturschaffenden (ASTC) und machte sich mit ihrem



ORTEGA: KANDIDAT OHNE KONKURRENZ

An der Wahl des Ehepaars Ortega ist nicht zu zweifeln, da die Opposition nach und nach ausgeschaltet wurde. Die von Dora María Téllez 1994 mitbegründete Sandinistische Erneuerungsbewegung (MRS) wurde vor acht Jahren unter einem fadenscheinigen Vorwand für aufgelöst erklärt und kann seither zu Wahlen nur als Teil einer Allianz antreten. Zuletzt in der *Coalición Nacional por la Democracia* mit der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI), die einst in Opposition zu Diktator Anastasio Somoza entstanden war. Jetzt ist auch die PLI nicht mehr handlungsfähig. Denn der Oberste Gerichtshof hat im Juni einen alten Streit um den Parteivorsitz zugunsten eines Ortega-freundlichen Politikers entschieden. 28 Abgeordnete, die dem gewählten Parteivorsitzenden Eduardo Mon-

tealegre treu bleiben wollten, wurden auf Anordnung des Obersten Wahlrates aus dem Parlament geworfen. Es handelt sich um 16 Mandatsträger und zwölf Stellvertreter. Insgesamt hatte die PLI vor fünf Jahren 24 der 90 Sitze gewonnen. Die Sandinistische Front von Daniel Ortega hält mit 64 Abgeordneten die absolute Mehrheit und besetzt sechs der sieben Posten im Parlamentsvorsitz. Sowohl die Justiz als auch der Oberste Wahlrat sind mit Ortega-Getreuen besetzt.

Der PLI, als zweitstärkster Kraft bei den letzten Wahlen, stehen Beisitzer in allen Wahllokalen zu. Die werden jetzt von der regimiefreundlichen Parteiführung entsandt. Die Opposition spricht daher von einer Wahlfarce. Unabhängige Wahlbeobachtung wird nicht zugelassen. rld

DER KOLUMBIANISCHE BREXIT

Das Ergebnis des Plebiszits in Kolumbien über das Friedensabkommen mit der FARC-Guerrilla hat die Welt überrascht. Am 2. Oktober hat sich das NEIN mit dem knappen Vorprung von 53.894 Stimmen durchgesetzt. Angesichts einer Wahlbeteiligung von 38% muss jedoch gesagt werden, dass die Gleichgültigkeit der kolumbianischen Bevölkerung gesiegt hat.

Von **Acuerdo Ya!**
Mesa Viena*

Bemerkenswert ist, dass die Menschen in den Gebieten, in denen der Krieg die meisten Opfer forderte, mehrheitlich mit JA stimmten. Im Ort Bojayá im Departement Chocó haben im Jahr 2002 74 Personen das Leben verloren, die sich während eines Angriffs in einer Kirche verschanzt hatten. Hier haben 96 Prozent mit JA gestimmt. Im September dieses Jahres gab es einen Versöhnungsakt zwischen den EinwohnerInnen Bojayás und FARC-Kommandanten, die um Vergebung baten.

Größter Gegner des Friedensprozesses ist Expräsident Álvaro Uribe, der für sein Naheverhältnis zu paramilitärischen Gruppen bekannt ist. Stark unterstützt wurde er vom ultrakonservativen Ex-Volksanwalt Alejandro Ordóñez, der sich damit wohl schon als zukünftiger Präsidentschaftskandidat profilieren wollte. Die Partei um Uribe (*Centro Democrático*) war von Beginn an gegen das Abkommen und eine treibende Kraft der Nein-Kampagne.

Zu den umstrittensten Punkten zählen die politische Beteiligung der FARC, die Übergangsgerechtigkeit und die Landrückgabe für Vertriebene. Im Prinzip lassen diese Punkte eine politisch-ethische Debatte zu, es wurde hier jedoch mit Verkürzungen, Verzerrungen, Übertreibungen und Unwahrheiten gearbeitet. Der Leiter der NEIN-Kampagne, Juan Carlos Vélez, machte am Tag nach dem Plebiszit die Strategie in einem Zeitungsinterview publik: „Unser Ziel war es, das Abkommen nicht zu erklären, sondern die Botschaft auf die Empörung zu fokussieren. (...) Wir wollten, dass die Menschen wütend zur Abstimmung gehen“.

Unter der ärmeren Bevölkerung wurde eine Neiddebatte rund um die finanzielle Starthilfe für die wieder eingegliederten KämpferInnen geschürt, gegenüber der Mittelklasse und Oberschicht konzentrierte man sich auf die vermeintliche Straflosigkeit und die politische Beteiligung. In der Karibikregion, wo die

Menschen die Ver-

sorgungsgengässe in Venezuela hautnah miterleben, wurde das Gespenst des „Castrochavismus“ beschworen.

Das wohl dreisteste Gerücht war jenes um den Gender-Fokus des Abkommens. Es steht außer Zweifel, dass Frauen und die LGBT-Community unverhältnismäßig vom Krieg betroffen sind. Diesem Umstand und der Rolle der Frauen für den Frieden wurde im Abkommen Rechnung getragen. Die GegnerInnen des Abkommens behaupteten, es würde eine Gender-„Ideologie“ installiert werden, die sich gegen die traditionelle Familie richte und Homosexualität propagiere. Die kolumbianische Verfassung sieht die Gleichstellung aller Menschen vor, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion und Ethnie. So erweist sich dieses Gerücht als Ausdruck einer rückwärts gewandten Politik, die sich gegen die Verfassung und viele internationale Abkommen, die von Kolumbien ratifiziert wurden, stellt.

Wie soll es jetzt weitergehen?

Für Kolumbien steht momentan viel auf dem Spiel. Es gibt eine reelle Chance, dem jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt jetzt ein Ende zu setzen, oder langsam, aber sicher wieder in den Krieg zu schlittern, wenn die erstarkte Nein-Front unrealistische Forderungen stellt. Durch diese ungewisse Situation könnte auch der Paramilitarismus in Kolumbien einen neuen Aufschwung erfahren.

Seit dem Nein-Votum herrscht Unge-
wissenheit über die Zukunft des Friedens-



Foto: Ralf Leonhard

Todesstoß für den Friedensprozess?

prozesses. Es machte sich zunächst eine Art Schockstarre im Land breit, auf die aber bald eine große zivilgesellschaftliche Mobilisierung für den Frieden folgte. Fast täglich formieren sich landesweite Protestmärsche, einen Höhepunkt bildete der Marsch am 12. Oktober in Bogotá, zu dem über 5.000 VertreterInnen indigener Gruppen und weitere Opfer aus allen Ecken des Landes anreisten und von der lokalen Bevölkerung herzlich empfangen wurden. Insgesamt nahmen über 40.000 Personen aus allen Gesellschaftsschichten an dieser Veranstaltung teil. Mittlerweile kampieren auch in unmittelbarer Nähe des Präsidentenpalastes an die 150 Menschen in Zelten für den Frieden. Weltweit bilden sich Solidaritätsgruppen von AuslandskolumbianerInnen und UnterstützerInnen. Sie alle arbeiten daran, dass die zu Jahrzehnten Krieg und Gewalt verurteilten Menschen in Kolumbien eine zweite Chance auf Frieden bekommen. ■

* **AutorInnen:** Huem Otero García, Peter Musch, Ruth Sierra León, Diana Chacón Torres

Auch in Wien gibt es regelmäßige Treffen (jeweils montags um 19:30 Uhr im Amerlinghaus). Für 10. bis 12. November sind unter dem Titel „**Encuentro de paz por Colombia**“ bereits mehrere Veranstaltungen geplant (siehe <http://friedensabkommen.blogspot.co.at>). Die Gruppe hat sich den Namen „**Acuerdo ya! Mesa Viena**“ (Abkommen jetzt! Arbeitsgruppe Wien) gegeben, ist auf Facebook zu finden und freut sich über Zulauf.

NOCH IST KOLUMBIEN NICHT VERLOREN

Es ist keine gewagte Vermutung, dass das Referendum über das Friedensabkommen in Kolumbien anders ausgegangen wäre, wenn die Befürworter schon vorher ähnlich mobilisiert hätten wie nach dem überraschenden „Nein“ am 2. Oktober.

Von Ralf Leonhard

Die Plaza Bolívar im Zentrum von Bogotá ist seither Schauplatz von Demonstrationen und Märschen. Am 12. Oktober, der als Tag der „Entdeckung“ Amerikas gefeiert wird, füllte sich der Platz zwischen Kathedrale, Parlament und Justizpalast mit zehntausenden Studierenden, die Volksorganisationen, Vertreter der Kriegsoffer und die Abgeordneten der 102 indigenen Völker mit einem Meer von weißen Blumen begleiteten. Die Organisation der indigenen Völker Kolumbiens (ONIC) hält alle vier Jahre an diesem Tag ihren Jahreskongress ab. Diesmal wurde er zu einer Manifestation für den Frieden.

Die Ablehnung des fast 300 Seiten starken Friedensabkommens, das die Regierung von Präsident Juan Manuel Santos mit den Comandantes der FARC in vier Jahren ausgehandelt hatte, kam in den Abendstunden des 2. Oktober wie ein Schock. Alle Umfragen waren von einem deutlichen Erfolg des „Sí“ ausgegangen. Die Truppen der FARC waren in den verschiedenen Landesteilen bereits unterwegs zu Sammelpunkten, wo sie bis zur Entwaffnung von neutralen Organisationen versorgt werden sollten. Die Regierung hatte keinen Plan B in der Tasche. Eine Rückkehr zum bewaffneten Kampf erschien niemandem vorstellbar.

In der Tat: weder die Generäle noch die FARC-Führung, nicht einmal die Anführer der „Nein“-Kampagne wünschen sich mehr Blutvergießen. So beteuern sie zumindest alle. Erklärungen für das seltsame Abstimmungsverhalten eines Volkes, in dem die letzten drei Generationen im Krieg aufgewachsen sind, wurden viele versucht. Da war einmal das Wetter. Besonders im Norden und Osten, wo schwere Regenfälle ungepflasterte Straßen unpassierbar machten, waren Tausende, die mehrere Stunden vom Abstimmungslokal entfernt wohnten, schlicht nicht in der Lage, die beschwerliche Reise anzutreten. Und das „Sí“ hatte

überall dort eine deutliche Mehrheit, wo die Menschen den bewaffneten Konflikt am eigenen Leib erfahren hatten. In den Städten, wo man in den vergangenen Jahren nur mehr aus den Nachrichten vom Krieg im eigenen Land wusste, siegte das „No“. Ausnahme Bogotá, wo Kriegsvertriebene die Elendsgürtel um mehrere Millionen anwachsen ließen. Das Ergebnis als Reich gegen Arm, Stadt gegen Land oder Unbeteiligt gegen Beteiligt zu deuten, greift aber zu kurz.

Plebiszite, wenn sie auf nationaler Ebene abgehalten werden, laufen immer Gefahr, von interessierter Seite manipuliert zu werden. Und niemand ist dabei geschickter und skrupelloser als die politische Rechte. Die Kampagne für das „No“ wurde angeführt von Ex-Präsident Álvaro Uribe, der mit Juan Manuel Santos noch eine Rechnung offen hat. Sein ehemaliger Vize und Verteidigungsminister war mit der Aufnahme der Friedensverhandlungen von der lange Zeit selbst mitgetragenen Politik der harten Hand abgegangen und wurde mit einem erfolgreichen Abkommen belohnt. Diesen Erfolg wollte ihm Uribe nicht gönnen, wie viele Polit-Analysiker in Kolumbien meinen. Die niedrigen Beliebtheitswerte von Santos dürften zusätzlich eine Rolle gespielt haben.

Das gewichtigste Argument gegen den Frieden war immer die relative Straffreiheit für die Guerillakommandanten und die zehn Sitze im Parlament, die ihnen bis zu den nächsten Wahlen eingeräumt werden sollen. Der kolumbianische Autor Luis Eslava sieht offene und verborgene Motive für das „Nein“. Die offenen sind die, die die Abkommensgegner vor und nach dem Votum als Erklärung angaben: zu viele Zugeständnisse an die Guerilla, zu wenig Einbeziehung der Bevölkerung.

Bei den verborgenen Motiven macht Eslava die Sehnsucht nach einem starken Mann aus, der mit der Unsicherheit aufräumt und eine klare Sprache spricht. Diesen Mann erkennen sie in Álvaro Uribe, der das Abkommen verteufelt hat und die Gefahr des „Castro-Chavismus“ an die Wand malte, wenn man die kommunistischen Guerilla-Chefs in den Kongress lasse. Uribe wusste auch die Reichen auf seiner Seite, wenn er sich gegen die – sehr limitierte – Argrarreform und die stärkere Besteuerung von Vermögen wandte, die im Abkommen vorgesehen sind. Nicht zu-

letzt verstand er es, die religiöse Rechte zu mobilisieren. Sowohl die Evangelikalen als auch der konservative Flügel der katholischen Kirche sahen das Abkommen als moralisch verwerflich an, weil es ausdrücklich auf die Rechte der LGBTI-Community Bezug nimmt und rechtliche Gleichstellung einfordert. Vor allem der kürzlich wegen Unregelmäßigkeiten bei seiner Wiederbestellung abgesetzte ehemalige Generalinspektor Alejandro Ordóñez, der einen Kreuzzug gegen den Verfall der „Familienwerte“ führt, sah durch die „Gender-Ideologie“ die christliche Ehe bedroht.

Das Logo der „Sí“-Kampagne wurde von diesen Leuten mit den Köpfen von Präsident Santos und FARC-Kommandant Timochenko auf ein schwules Pärchen beim Analverkehr umgedeutet.



Das Abstimmungsergebnis hat die Gesellschaft gründlich aufgerüttelt. In Antioquia, dem Heimat-Departement von Uribe, gehen junge Leute auf die Straße mit dem Spruch: „Nicht ganz Antioquia ist Uribe“. Mehrere indigene Gemeinden haben bereits beantragt, dass das Abkommen in ihrem Gebiet Gültigkeit haben soll. Vor allem Jugendliche sehen sich um ihre Zukunft betrogen. Präsident Santos war klug genug, den Friedensnobelpreis dem ganzen Volk, speziell den Opfern des Konflikts, zu widmen und ist damit etwas aus der Defensive gekommen, in die ihn Uribe gedrängt hatte. Und mit der Aufnahme von Verhandlungen mit dem ELN, der einzigen noch verbliebenen großen Guerillabewegung, hat die Friedensbewegung eine neue Dynamik bekommen. ■

WIR HABEN FEHLER BEGANGEN

Ich schließe mich dem Ruf „iFora Temer!“ an und betrachte die Machtübernahme durch Dilmas Vizepräsident Michel Temer als parlamentarischen Putsch. Die progressiven politischen Kräfte, die der Arbeiterpartei in vier Parlamentswahlen zum Sieg verholfen haben, sollten allerdings Selbstkritik üben.

Von Frei Betto

Die 13 Regierungsjahre der PT waren zweifellos – außer für die kurzsichtigen Teile der Opposition – die besten in unserer Geschichte als Republik. Das gilt aber nicht für den Weltwährungsfonds, dem die rote Karte gebührt; auch nicht für die großen Korrupten, die von Staatsanwaltschaft und Polizei überführt wurden; noch für die Vereinigten Staaten, die es mit einer unabhängigen Außenpolitik zu tun bekamen. Es stimmt nicht für die Befürworter der Finanzierung von Wahlkampagnen durch Unternehmen und Banken und nicht für die Invasoren indigenen Landes.

Die letzten 13 Jahre waren die besten für 45 Millionen Brasilianer und Brasilianerinnen, die mit Hilfe sozialer Programme dem Elend entkommen sind; für Empfänger des Mindestlohns, der Jahr für Jahr stärker als die Inflationsrate angehoben wurde; für jene, die dank eines Quotensy-

stems (*ProUni, Fies*) Universitätszugang hatten; für den durch die Bekämpfung der Inflation gestärkten Inlandsmarkt; für Millionen von Familien, die in den Genuss von Programmen wie „Licht für alle“ und „Mein Haus, mein Leben“ gekommen sind, sowie für alle PatientInnen, die im Zuge des Programms „Mehr Ärzte“ behandelt wurden.



Wird auch die Losung „Fora Temer“ Erfolg haben?

Und doch haben wir Fehler begangen. Auch diese Fehler haben den Putsch ermöglicht. 13 Jahre lang haben wir die politische Alphabetisierung der Bevölkerung nicht gefördert. Wir haben nicht versucht, die Menschen an der Basis zu organisieren. Wir haben die Bedeutung der Medien, die hinter der Regierung standen, nicht ge-

würdigt und keine wirksamen Initiativen zur Demokratisierung der Medien gesetzt. Unsere Wirtschaftspolitik war nicht auf den Binnenmarkt ausgerichtet.

Als es Probleme gab, riefen wir die Brandstifter zu Hilfe, um den Brand zu löschen, das heißt die neoliberalen Ökonomen, die mit dem Kopf der Wohlhabenden denken. Wir haben keine Strukturreformen durchgeführt, wie Agrar-, Steuer- und Rentenreform. Jetzt sind wir Opfer des Umstands, dass wir politische Reformen unterlassen haben. In welchen schamhaft versteckten Koffer haben wir jene Autoren weggesperrt, die zeigen, wie die Wirklichkeit aus der befreienden Perspektive der Unterdrückten zu analysieren ist? Wo sind die Basisorganisationen, die Zusammenhänge der Bevölkerung, der kritische Geist in Kunst, Kultur und im Glauben? Weshalb haben wir die peripheren Gegenden sich selbst überlassen, weshalb behan-

deln wir die sozialen Bewegungen als etwas Unwichtiges und warum haben wir die Schulen und Zentren für die Ausbildung von AktivistInnen geschlossen?

Wir ließen uns vom Denken der Rechten anstecken. Wir haben es zugelassen, ihre Unternehmer zu hofieren, und haben ihre kleinen Geschenke angenommen; wir nutzten die Macht als Sprungbrett für den sozialen Aufstieg. Aus dem Projekt eines neuen Brasilien wurde ein Projekt der Macht. Es wurde wichtiger, Wahlen zu gewinnen, als durch die Mobilisierung der sozialen Bewegungen Änderungen zu erreichen. In unserer Verblendung gehorchten wir einer bürgerlichen Vorstellung vom Staat, als könnte dieser kein Werkzeug in Händen der fortschrittlichen Kräfte sein und müsse stets der Elite dienen.

Wir haben nun die Rechnung für unsere Fehler erhalten. Die Reaktion in den Straßen auf den Putsch war zu schwach, um ihn zu verhindern. Doch lassen wir den Pessimismus beiseite: Es ist an der Zeit, dass wir praktische Selbstkritik üben und die Hoffnung neu organisieren. ■

Frei Betto ist brasilianischer Theologe und einer der bedeutendsten Vertreter der Befreiungstheologie. Seinen am 29.9. auf www.alainet.org veröffentlichten Kommentar hat Hermann Klosius übersetzt.

PROTESTE GEGEN HAUSHALTSBREMSE

Als Teil zunehmender Mobilisierungen gegen geplante Maßnahmen der Regierung Temer bereiten acht brasilianische Gewerkschaften für den 11. und den 25. November Generalstreiks vor. Die Kampfmaßnahmen richten sich vor allem gegen den geplanten Verfassungszusatz PEC 241, durch den die Staatsausgaben für die nächsten 20 Jahre eingefroren werden sollen.

Kritiker schätzen, dass die PEC 241 innerhalb von 20 Jahren Einschnitte von bis zu 40 Prozent in den Bereichen Gesundheit und Bildung bedeutet, sowie Kürzungen der Sozialprogramme und eine Verringerung des Mindestlohns zur Folge haben würde. Demnach wären die ärmsten Teile der Bevölkerung am stärksten von den Haushaltseinschränkungen betroffen. Der Protest wendet sich auch gegen Regierungsprojekte wie die

Reform des Arbeitsrechts und die diskutierte Erhöhung des Pensionsantrittsalters auf 70 Jahre.

Bereits am 17. Oktober haben in São Paulo rund 10.000 DemonstrantInnen gegen die drohende Haushaltsbremse demonstriert. Dazu aufgerufen hatte die Anfang des Jahres entstandene Bewegung „Reale Demokratie“, die sich als horizontale, autonome und parteilose Bewegung versteht.

Auch Schülerinnen und Schüler protestieren gegen die PEC 241 und das damit drohende Einfrieren der Kosten für öffentliche Bildung. Rund 500 Schulen der Sekundärstufe wurden besetzt, der Großteil davon im Bundesstaat Paraná, aber auch in São Paulo, Rio Grande do Sul, Rio Grande do Norte, Goiás, Minas Gerais und Brasília.

hekl (Quellen: *Alai-amlatina, amerika21*)

LEKTIONEN NACH DILMA ROUSSEFFS ABSETZUNG

Sicher ist es noch früh, um aus dieser fragwürdigen Absetzung, die eine neue Art von Putsch auf parlamentarischem Weg geschaffen hat, Lehren zu ziehen. Diese ersten Lektionen können jenen von Nutzen sein, welche die Demokratie lieben und den in freien Wahlen zum Ausdruck gekommenen Willen der Bevölkerung respektieren, nicht zuletzt der PT und ihren Verbündeten. Die hinter den Putschisten verborgenen reichen Inhaber von Macht und Wissen zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Demokratie geringerschätzen und die enorme soziale Ungleichheit in Brasilien beiseite schieben.

Die erste Lehre besteht darin, die Widerstandsfähigkeit zu fördern, also sich zu wehren, aus den Fehlern und Niederlagen zu lernen und sie zu überwinden. Das schließt eine ernsthafte Selbstkritik ein, wie sie die PT nie wirklich geübt hat. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, welche Art von Land wir anstreben.

Zweite Lektion: Stärkung jener Demokratie, die auch auf den Straßen und Plätzen agiert, im Gegensatz zur Demokratie niedriger Intensität, deren Repräsentanten mit wenigen Ausnahmen von den Mächtigen gekauft werden, um deren Sonderinteressen zu verteidigen.

Dritte Lektion: Sich darüber klar werden, dass eine auf eine Koalition gestützte Präsidentschaft scheitern muss, da sie das politische Projekt verzerrt und zur Korruption führt. Die Alternative ist eine Koalition der Regierenden mit den sozialen Bewegungen und Teilen der volksnahen Parteien, um so auf die Abgeordneten Druck auszuüben.

Vierte Lektion: Erkennen, dass der neoliberale Kapitalismus – in der aktuellen Phase höchster Konzentration des Reichtums – den Gesellschaften der reichen Länder Schaden zufügt, unsere aber zerstört. Der gemäßigte Neoliberalismus, wie er von der PT und ihren Verbündeten praktiziert wurde, erlaubte die größte soziale Transformation in Brasiliens Geschichte und ermöglichte annähernd 40 Mio. Personen ein besseres Leben (höhere Löhne, leichtere Kredite, Steuererleichterungen), erwies sich aber letztlich als ungenügend. Die PT beging den Fehler, nie erklärt zu haben, dass diese Sozialleistungen Ausdruck einer staatlichen Politik waren. Sie hat so eher Konsumenten als bewusste Bürgerinnen geschaffen. Sie ermöglichte den Kauf von Produkten, hat aber kaum das soziale Kapital – Bil-

Von Leonardo Boff

dung, Gesundheit, Transportwesen, Sicherheit – vermehrt.

Wie Frei Betto richtig sagte, entstand ein „populistischer Paternalismus“, als das emanzipatorische Programm *Fome Cero* durch das kompensatorische Programm *Bolsa Familia* ersetzt wurde. Die neoliberale Politik der aktuellen Regierung – verschärft durch scharfe Einschnitte und ohne Rücksicht auf soziale Rechte – wird sicher jene, die davon befreit wurden, wieder in Hunger und Elend zurückstürzen.



Foto: Ueslei Marcelino

Am 31.8. setzte der Senat Dilma mit 61:20 Stimmen ab

Fünfte Lektion: Bildung und Gesundheit müssen zentralen Stellenwert haben. Lulas und Dilmas Regierungen gründeten Universitäten und technische Schulen. Ein krankes und unwissendes Volk wird nie den Sprung zu nachhaltigem Wohlstand schaffen.

Sechste Lektion: Es gilt, mutig den Opfern der neoliberalen Gier zur Seite zu stehen, deren Perversität zu geißeln, ihre ausschließende Logik auszuschalten, Demonstrationen und Streiks der sozialen Bewegungen und anderer Schichten zu unterstützen.

Siebente Lektion: Skepsis gegenüber allem, was von oben kommt, handelt es sich doch in der Regel um Ergebnisse einer

Kompromisspolitik hinter dem Rücken und auf Kosten der Bevölkerung. Diese Art von Politik bedeutet ein Mehr vom Gleichen und zieht es vor, die Menschen in Unwissenheit zu belassen, um Herrschaft und Geldvermehrung zu erleichtern. Sie schwächt jeden kritischen Geist.

Achte Lektion: Dringend sollte die Utopie eines anderen Brasilien propagiert werden, die sich auf andere Pfeiler stützt, in erster Linie die Originalität und Kraft unserer Kultur, mit dem Leben – der Menschen wie der Natur und von Mutter Erde – als zentralem Wert. Die Entwicklung und das Wachstum, die nötig sind, um die menschlichen Bedürfnisse (und nicht ihre Wünsche) zu befriedigen, dürfen nicht im Dienste des Marktes stehen, sondern müssen dem Leben dienen und unseren ökologischen Reichtum bewahren. Zugleich sind grundlegende Reformen der Politik, des Steuersystems, der Bürokratie etc. dringend nötig.

Neunte Lektion: Für die Umsetzung dieser Utopie ist eine Koalition politischer und sozialer Kräfte unverzichtbar (Volksbewegungen, Teile von Parteien, nationale Unternehmer, Intellektuelle, Künstler und Kirchen), die daran interessiert sind, das machbare Neue in Angriff zu nehmen, das der Utopie eines anderen Brasilien Gestalt verleiht.

Zehnte Lektion: Dieses Neue ist die Radikalisierung der Demokratie, verkörpert im Sozialismus ökologischen Zuschnitts, also Ökosozialismus: in dem alle, auch die Natur, nach ihren Fähigkeiten beitragen und bekommen, was sie brauchen.

Dieses Projekt gilt es ab sofort umzusetzen. Wie es in der alten chinesischen Weisheit heißt, die Mao wiederholt hat: „Wenn du tausend Schritte machen willst, beginne jetzt mit dem ersten Schritt“. Andernfalls werden wir nie den Weg zum gewünschten Ziel zurücklegen. Die aktuelle Krise bietet uns dazu eine besondere Gelegenheit, die wir nicht ungenützt lassen dürfen. Es gibt sie nur selten in der Geschichte, und heute ist einer dieser Momente. ■

Der Beitrag des brasilianischen Befreiungstheologen ist am 26.9. auf www.alainet.org erschienen und wurde von Hermann Klosius übersetzt.

VERPASSTE WELTHISTORISCHE CHANCE

Die Krise der Linken in Lateinamerika ist eine Krise ihres Entwicklungsmodells, aber nicht nur.

Von Ulrich Brand

Vor einigen Jahren noch färbte sich Lateinamerika immer stärker rot ein, in immer mehr Ländern regierten linke oder Mitte-links-Regierungen. Wenn sie nicht schon abgewählt sind, können diese heute kaum noch Hoffnung verbreiten. Zu wenige strukturelle Reformen haben sie umgesetzt, zu weit haben sich viele von ihnen von den sozialen Bewegungen, aus denen sie einst entstanden sind, entfernt.

Viele Länder Lateinamerikas stecken derzeit in einer politischen oder wirtschaftlichen Krise, oder beides. Die Ursachen dieser Krise sind vielfältig und von Land zu Land unterschiedlich. In Brasilien etwa hat die politische Rechte die Konfrontation mit der von der Arbeiterpartei PT (*Partido dos Trabalhadores*) geführten Regierung unter Dilma Rousseff verstärkt, nachdem ab März 2014 Korruptionsanklagen insbesondere gegen konservative Politiker eingeleitet wurden. Auch viele Konzerne, etwa das halbstaatliche Erdölunternehmen *Petrobras* oder das Bauunternehmen *Odebrecht*, sind in die Korruptionsskandale verwickelt und kündigten ihre Unterstützung für die Regierung Rousseff auf. Ende August kam es zur Amtsenthebung.

In Argentinien war der ab 2003 regierende Kirchnerismus, benannt nach dem Präsidenten Néstor Kirchner und seiner Frau und späteren Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner, kaum mehr sensibel für gesellschaftliche Stimmungen und politische Erfordernisse. Im November 2015 gewann daher der rechte Kandidat Mauricio Macri die Präsidentschaftswahl und führt seit Beginn seiner Amtszeit im Dezember 2016 einen regelrechten Krieg gegen die sozialpolitischen Errungenschaften des Kirchnerismus. Ende Februar 2016 verlor der bolivianische Präsident beziehungsweise die ihn stützenden Kräfte ein Referendum, das den neuerlichen Antritt von Evo Morales bei der Präsidentschaftswahl 2019 sichern sollte. Doch an dem Land mit der aktuell dramatischsten politischen und wirtschaftlichen Krise,



Massendemonstration der venezolanischen Opposition (2014, Caracas): Ausdruck der im Zuge der Krise wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung

Venezuela, lässt sich am ehesten verdeutlichen, was eine zentrale Ursache der Krise ist, die auch für andere Länder gilt: Seit etwa 2012 fallen die Preise vieler Rohstoffe, die für die lateinamerikanischen Ökonomien wichtig sind.

Die Krise des Entwicklungsmodells, das als Neo-Extraktivismus bezeichnet wird, ist ein Hauptgrund für die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen in den „fortschrittlich“ regierten Ländern des Kontinents. Der staatliche Handlungsspielraum, der in den letzten Jahren in der Sozialpolitik spürbar ausgeweitet wurde, nimmt deutlich ab, wenn die Einnahmen nicht mehr sprudeln. Allen Warnungen zum Trotz gab es keine Überwindung des jahrhundertealten Modells des Rohstoffexports. Wirtschaftsstrategien wie der Aufbau einer pluralen Wirtschaftsstruktur und die Förderung der solidarischen und stärker an den Interessen der Bevölkerung orientierten Ökonomie blieben meist Rhetorik. „Integration durch Konsum“ hieß das Motto. Zu den Dynamiken, Schwächen und der Krise des neo-extraktivistischen Entwicklungsmodells hat sich inzwischen eine breite internationale Debatte entwickelt.

Gründe für die Legitimitätskrise der Linksregierungen

Doch es sind auch andere Faktoren dafür verantwortlich, dass die Legitimität der progressiven Regierungen merklich nachgelassen hat. Erstens hat sich in vie-

len Ländern die politische Rechte, die weiterhin neoliberal und an den Eliten orientiert ist, reorganisiert. Sie kann Vorteile aus der Schwäche und dem Legitimationsverlust der Linken ziehen. In Argentinien hat etwa die Präsidentenfamilie Kirchner während ihrer Amtszeit ihr Vermögen schätzungsweise versiebenfacht, einige den Präsidenten nahestehende Unternehmer wurden zu Multimillionären. In Brasilien flogen die Korruptionspraxen und -vorwürfe der Regierung Rousseff buchstäblich um die Ohren. Die halbstaatliche *Petrobras* war eine zentrale Stütze der PräsidentInnen Lula da Silva und Rousseff. Das spielte den Rechten in die Hände, zumal in Zeiten der Krise. Dass der neue argentinische Präsident Macri – bekannt wurden seine Machenschaften durch die Veröffentlichung der Panama Papers – oder der brasilianische Interimspräsident Temer keine Garanten für transparente Politik sind, wurde bereits deutlich. Doch das nützt der Linken derzeit nichts – unter anderem aus Gründen, auf die noch eingegangen wird.

Zweitens haben die linken oder Mitte-links-Regierungen die weitreichenden Ziele, die sie im Hinblick auf den notwendigen Umbau der historisch klientelistischen Staaten zu Beginn ihrer Amtszeiten formulierten, verfehlt. Nicht mehr der neoliberale Staat, sondern ein „post-neoliberaler“ Staat sollte eine größere Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft spielen. Zwar haben sich die Sozial- und Infrastruktur-

⇒ von Seite 23: VERPASSTE CHANCE

politiken in allen Ländern stark erhöht, was auch mit einem erheblich höheren Steuerertrag einherging. Doch wichtige und mittelfristig notwendige Strukturreformen blieben aus, die eben die Legitimität der Regierungen in der Bevölkerung erhalten hätten. So hätten die Regierungen den öffentlichen Sektor nicht nur quantitativ ausweiten, sondern auch die Qualität öffentlicher Dienstleistungen spürbar steigern müssen. Dazu wären unter anderem eine weitgehende Bildungsreform und die Qualifizierung des staatlichen Personals notwendig gewesen. Ebenso schafften es die Regierungen nicht, ein effektives und progressives Steuersystem zu errichten, das die Staaten auf eine solide und breitere Finanzierungsbasis stellt und damit die gefährliche Abhängigkeit von der schwankenden Rohstoffrente beendet oder zumindest vermindert.



Ecuador: Zahlreiche TeilnehmerInnen an den landesweiten Protesten vom August 2015 landeten vor Gericht

Und es wurden autoritäre Strukturen, Klientelismus und Korruption nicht zurückgedrängt.¹ Klaus Meschkat schreibt ganz richtig: „Solange die alten Kontrollinstanzen ausgeschaltet sind und eine neue rätendemokratische Kontrolle von unten nicht bis zur Staatsspitze hinaufreicht, ist zunehmende Korruption wohl eine unvermeidliche Folge des Neo-Extraktivismus.“² Und diese Korruption reicht vielerorts bis an die Staatsspitze.

Drittens besteht eine der bedrückendsten politischen Erfahrungen darin, dass die Regierungen – die ja zum großen Teil wegen starker linker sozialer Bewegungen überhaupt an die Macht kamen – sich zunehmend auf den Staat als politisches Kampffeld konzentrierten. Ergänzt wurde

dies durch die Fixierung auf Parteien sowie – in Ländern wie Venezuela, Ecuador und Bolivien – eine weitere Zentralisierung. Als aus oppositionellen Kräften Staatsparteien wurden, kam es zu einer Bürokratisierung und Vereinheitlichung der Organisationen. Dies erschwerte innerparteiliche Diskussionen um Alternativen und Fehler jedoch ganz entscheidend. Deutlich wurde dies etwa in Venezuela, wo Präsident Hugo Chávez Ende 2005 nach sechs enorm spannenden Jahren von Selbstorganisation, Verbesserung der Lebenssituation vieler Menschen und breiten Diskussionen um Möglichkeiten und Probleme populärer Politiken den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ verkündete und Partei und Staat zunehmend den Anspruch erhoben, sie wüssten den „richtigen Weg“.

Kritik wird ignoriert oder unterdrückt

Die politischen Diskurse wurden immer mehr im Schwarz-Weiß-Modus geführt: „Bist Du nicht für mich, dann bist Du gegen mich und auf der Seite der Rechten“. Diese Strategie verhinderte es, Probleme und Schwächen offen zu diskutieren. Soziale Bewegungen, die Kritik übten, wurden entweder ignoriert, kooptiert oder unterdrückt. Diese Einschränkung der Demokratie führte in den letzten Jahren nicht nur zu linken Mobilisierungen, sondern auch zu Protesten

von Menschen, die sich am Autoritarismus und den fehlenden offenen Diskussionen stießen. Die Proteste, die im Juni 2013 in Brasilien im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2014 begannen, sind dafür emblematisch.

Vor diesem Hintergrund argumentiert Massimo Modonesi von der Nationaluniversität UNAM in Mexiko Stadt, dass es nicht zu einem Ende des Modells kommt. Vielmehr tritt es von einer „hegemonialen“ Phase, in der es von breiten Bevölkerungsgruppen und Teilen der Eliten unterstützt wurde und für viele Menschen die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse und insbesondere der Konsummöglichkeiten brachte, in eine „regressive“ Phase, in der autoritäre und repressive Momente wich-

tiger werden. Die Regierungen betrieben weniger die Inklusion der Armen als deren Exklusion. Diskurse um „Sicherheit“ nehmen zu und begründen wiederum repressive Politiken und eine Stabilisierung bestehender Hierarchien. Die neuen und alten Mittelschichten tragen diesen neuerlichen Ausschluss der Armen weitgehend mit.

Das sind keine guten Aussichten für linke Politik. Gleichwohl sollte nicht vergessen werden, dass es in einigen Ländern weiterhin linke oder Mitte-Links-Regierungen gibt, deren Perspektiven bei künftigen Wahlen und im Hinblick auf die sich haltende oder abnehmende Unterstützung durch die Bevölkerung noch offen sind (auch wenn heftig gestritten wird, ob das Adjektiv „links“ noch passt). In Bolivien und Ecuador wird viel davon abhängen, ob die wachsenden Proteste und der Unmut in der Bevölkerung von den Regierungen aufgenommen werden. In Uruguay, dem einzigen Land mit einer ernsthaften Steuerreform, erfreut sich die linke Regierung gar weiterhin großer Zustimmung.

Ein abschließendes Wort zu den Debatten hierzulande. Die Linken in Deutschland und anderen Ländern tun sich keinen Gefallen, wenn sie weiterhin meinen, die „progressiven Regierungen“ in Lateinamerika vorbehaltlos unterstützen zu müssen. Das geschieht vielerorts und führt immer wieder zur Denunziation jener, die sich überhaupt um Räume bemühen, in denen Probleme angesprochen werden und unterschiedliche Perspektiven zu Wort kommen. Progressive Gesellschaftsprojekte machen notwendig Fehler und können sich nur entwickeln, wenn es solidarische Kritik gibt. ■

Ulrich Brand arbeitet als Professor für Internationale Politik an der Universität Wien und ist Mitglied der seit 2011 arbeitenden Permanenten Arbeitsgruppe „Alternativen zu Entwicklung“, die vom Quito-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert wird. Im Mai erschien das von ihm herausgegebene Buch „Lateinamerikas Linke. Ende des progressiven Zyklus?“. Ende 2016 erscheint ein Buch von Alberto Acosta und Ulrich Brand zu Degrowth und Post-Extraktivismus (zunächst auf Spanisch in Quito, Übersetzung ins Deutsche ist geplant).

¹ Dieter Boris: *Linksregierungen in der Defensive. Zehn Thesen zur politischen Entwicklung in Lateinamerika*, in: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus* 12/2015, 1-13.

² Klaus Meschkat: *Progressiver Wandel in Lateinamerika – Doppelte Transformation?*, in: Dieter Klein, Achim Wahl (Hrsg.): *Progressive Transformationsprozesse in Lateinamerika – Auf der Suche nach produktiven Balancen*. Berlin 2015, S. 67-76, hier: S. 71.

TODESSCHWADRON AUFGEDECKT

Seine Duldung außergerichtlicher Tötungen in den 1990er Jahren gilt als gerichtlich erwiesen und brachte dem damaligen Präsidenten Alberto Fujimori eine 25jährige Haftstrafe ein. Kürzlich zeigte sich, dass die exekutive Willkür jener Zeit in Teilen des Sicherheitsapparates überlebt hat. Die bis in jüngste Zeit reichenden Taten einer regelrechten polizeilichen Todesschwadron wurden durch interne Ermittlungen aufgedeckt. Dies ist nur ein Beispiel, wie die Gewalt des internen Krieges der 1980er und 90er Jahre die peruanische Gesellschaft weiter prägt.

Von Jürgen Kreuzroither

Einem Bericht der Generalinspektion der Polizei zufolge waren am Tod von 27 StraftäterInnen zwischen 2011 und 2015 insgesamt 16 Offiziere und 80 Unteroffiziere beteiligt, die Kommandant Enrique Prado Ravines unterstanden. Als Motivation vermutet Innenminister Carlos Basombrío, dass die Beteiligten „berufliche und wirtschaftliche Vorteile“ zu erlangen trachteten.

Die Vorgangsweise bestand offenbar darin, „falsche Schauplätze von Auseinandersetzungen“ zu schaffen. Die PolizeibeamtInnen ließen den StraftäterInnen wohl falsche Informationen zukommen, um Überfälle oder Entführungen zu provozieren und beim darauffolgenden Einschreiten deren vorsätzliche Tötung herbeizuführen. Der Lohn war eine Prämie von umgerechnet 130 Euro und für viele PolizistInnen eine Beförderung. Finanziert wurden die Unternehmungen laut der Tageszeitung *La República* von den Geheimdiensten der Nationalpolizei (DIRIN) und des Innenministeriums (DIGIMIN).

Verschleppte Untersuchungen

Bereits Anfang 2015 erstattete ein Beamter der Nationalpolizei, dessen Bruder bei einem Einsatz ums Leben gekommen war, Strafanzeige wegen mutmaßlichen Amtsmissbrauchs. Die Anzeige wurde polizeiintern durch Oberst Edgar Aybar bearbeitet und führte aufgrund der vermuteten größeren Dimension innerhalb von zwei Wochen zur Einrichtung einer Sonderkommission. Wenig später stellte man fest, dass an allen Einsätzen, bei denen StraftäterInnen zu Tode kamen, dieselbe Gruppe von PolizistInnen beteiligt war – mit offensichtlicher Unterstützung der Vorgesetzten. Nach dieser Entdeckung wurde die Staatsanwaltschaft eingeschaltet und die Untersuchung der beteiligten Polizeigeneräle beantragt.

Damit begann ab etwa Mitte 2015 die Verschleppung der weitergehenden Unter-

suchungen. Die Gruppe um Polizeikommandant Prado fühlte sich anscheinend weiterhin gedeckt, denn Ende Juni 2015 stiftete sie erneut zum Überfall auf eine Tankstelle in Lima an: Die fünf Täter wurden an Ort und Stelle erschossen. Ein unbeteiligter Straßenhändler überlebte schwer verletzt und konnte die Geschehnisse bezeugen – ohne Erfolg.

Im Mai 2016 riss Oberst Aybar der Guldofaden: Er beantragte die Außerdienststellung der 96 mutmaßlich involvierten BeamtInnen. In Reaktion darauf wurde er von der Sonderkommission abgezogen.

Erst mit der Publikation der Geschehnisse in der Tageszeitung *La República* Ende Juli kam wieder Bewegung in die Sache. Der scheidende Innenminister der Regierung Humala versuchte es mit der Ausrede, er wäre erst kürzlich informiert worden. Das warf erst recht Fragen zur Handhabung des Untersuchungsfalles auf.

Mit der neuen Regierung Kuczynski nahmen die Ermittlungen wieder an Fahrt auf. Spannend bleibt die Frage, ob neben den 96 identifizierten niederrangigen BeamtInnen auch höhere Dienststellen zur Verantwortung gezogen werden. Immerhin wurden die mutmaßlichen Taten während der Amtszeiten von insgesamt vier Innenministern und zwei Direktoren der Nationalpolizei verübt.

Eindrucksvoller Protest gegen Gewalt an Frauen

Vergangenen Juli erregte innerhalb weniger Tage der Ausgang zweier Gerichtsprozesse wegen versuchter Tötung von (Ex-)Partnerinnen angesichts der milden Urteile gegen die männlichen Täter Aufsehen. Die Täter wurden jeweils zu Haftstrafen auf Bewährung verurteilt. Die Opfer fürchten seither um ihr Leben.

Als Reaktion darauf bildete sich nach argentinischem Vorbild eine Facebook-Gruppe mit Namen *Ni una menos* („Nicht



PERU

eine weniger“), die innert kürzester Zeit 55.000 Mitglieder gewann. In Buenos Aires fand bereits 2015 ein Marsch gegen Gewalt an Frauen mit mehr als 300.000 TeilnehmerInnen statt*. Auch die peruanische Initiative setzte sich dies zum unmittelbaren Ziel: Schon am 13. August konnten in Lima mindestens 200.000 DemonstrantInnen mobilisiert werden sowie tausende weitere protestierende in den größeren Städten des Landes. Auch der frisch gebackene Präsident Pedro Pablo Kuczynski und zahlreiche Regierungs- und OppositionspolitikerInnen zeigten Präsenz.

Offensichtlich wurde ein Nerv getroffen, und die Zahlen belegen dies: Im Durchschnitt ereignen sich zehn Femizide pro Monat in Peru, die große Mehrheit von (Ex-)Partnern verübt. Die Behörden sind Teil des Problems: In vier von fünf angezeigten Fällen massiver Gewalt gegen Frauen wurden keine Maßnahmen zum Schutz der Opfer ergriffen und jede vierte Frau, die eine Anzeige einbrachte, wurde später tatsächlich ermordet.

Polizei und Justiz sind nur Teil einer machistischen Allianz: Auch die Massenmedien berichten oft tendenziös über Gewalt an Frauen. Gerne wird den Opfern eine Teilschuld zugeschrieben. Dass Peru laut OAS in Lateinamerika punkto Sexualverbrechen seit Jahren nur noch von Bolivien überholt wird, wird hingegen nicht weiter ergründet.

Perus Zivilgesellschaft hat gegen diese Zustände ein starkes Signal gesetzt. Erste Reformschritte innerhalb der Justiz wurden bereits gesetzt. Unter dem Motto „Ni una menos“ könnte sich eine kontinentale Bewegung formieren, wie Initiativen in anderen Ländern wie Chile, Uruguay und Mexiko andeuten, die ähnlich grassierende Missstände angehen. ■

* Weitere Demonstrationen gab es am 19. Oktober 2016 in Argentinien, Mexiko und etlichen weiteren Ländern Lateinamerikas.

DIE UNVOLLENDETE REVOLUTION

Venezuelas Scheitern aus historischer Perspektive

Wer kann das boliviarische Projekt noch retten? Über drei Jahre sind seit dem Tod von Hugo Rafael Chávez Frías vergangen. Sein Nachfolger Nicolás Maduro verwaltet mehr schlecht als recht das Erbe des im März 2013 an Krebs gestorbenen Comandante. Doch könnte es überhaupt jemand besser als der aus der Gewerkschaft stammende ehemalige Parlamentspräsident, Außenminister und Vizepräsident Maduro, der die Präsidentschaftswahlen im April 2013 mit 50,62% gegen Henrique Capriles, den Kandidaten des rechten Oppositionsbündnisses *Mesa de la Unidad Democrática* (MUD), knapp gewonnen hatte?

Von Christian Cwik, Trinidad und Tobago

Ich war im Juni 2000 nach Caracas gezogen, um mich der boliviarischen Revolution anzuschließen. Venezuela war mir zu diesem Zeitpunkt keine Unbekannte mehr, hatte ich doch das Land zweimal, 1994 und 1998, besucht und war jedes Mal schockiert, in welch schlechtem Zustand sich ein derart reiches Land präsentieren konnte. Insbesondere über die hohe Kriminalität, in die heute wie damals die Polizeikräfte des Landes verstrickt sind.

Hugo Chávez war gerade einmal 19 Monate im Amt, und schon gab es wieder Präsidentschaftswahlen. Die fünfte Republik war aus einer vom Volk ausgearbeiteten boliviarischen Verfassung hervorgegangen und der Präsident sollte auf Basis dieser gewählt werden. Irritierend für mich war, dass der Gegenkandidat von Chávez kein geringerer als Francisco Javier Arias Cárdenas war, einer der engsten Putschgefährten von Chávez im Februar 1992. Die Partei, für die er antrat, *La Causa R*, war 1971 aus der kommunistischen Partei Venezuelas hervorgegangen und hatte Cárdenas bereits 1995 erfolgreich für das Amt des Gouverneurs des Bundestaates Zulia unterstützt. In Erinnerung war mir zu diesem Zeitpunkt nur, dass die *Causa R* mit Aristóbulo Istúriz Almeida in den Jahren nach dem missglückten Putsch (1992-1996) auch den Bürgermeister von Caracas gestellt hatte und somit erfolgreicher war als alle anderen Abspaltungen der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Dabei war mir jedoch entgangen, dass sich 1997 *Patria para Todos* von der *Causa R* abgespalten hatte und letztere sich gegen einen Eintritt in das Wahlbündnis unter der Führung des *Movimiento Va República* (MVR) für die Präsidentschaftswahlen 1998 entschieden hatten. Der Putschversuch von 1992 einigte also keineswegs die revolutionären Kräfte,

selbst ultralinke Guerilleros wie Douglas Bravo Mora, Gabriel Puerta Aponte oder Teodoro Petkoff Malek wandten sich gegen das MVR (und die Liste derer, die sich mit den alten Parteien AD und COPEI verbündeten oder neutral blieben, ließe sich noch lange weiterführen). Misstrauen gegenüber dem Militär Chávez konnte angesichts von Francisco Arias Cárdenas u. a. Putschisten, die Chávez die Gefolgschaft verwehrt, nicht der Grund sein. Der überlegene Sieg von Chávez 1998 und 2000 trieb diese Linke in eine antichavistische Opposition, die von den USA finanziert wird und in der sich eine Art Fernsehbürgerforum *Primero Justicia* als rechtsliberale Speerspitze der Gegenbewegung bildete. Ihr Programm war und ist es, die boliviarische Reformpolitik zu stoppen, wobei ihnen jedes Mittel recht ist: Putsch, Streik, Sabotage, Betrug, Mord.

Zugegeben, selbst für KennerInnen lateinamerikanischer Politik stellt es eine große Herausforderung dar, hier den Überblick zu bewahren, vor allem wenn politische Größen wie der linke Luis Miquirena (mittlerweile 97 Jahre alt) und der argentinische Peronist (und Antisemit) Norberto Rafael Ceresole (er starb bereits 2003) gleichzeitig bei Chávez ein und aus gingen.

Aufbau von Parallelstrukturen

Erst 2006 gelang es mir, im boliviarischen System Fuß zu fassen, und ich wurde Professor für Kolonialgeschichte an der 2003 gegründeten Universidad Bolivariana de Venezuela (UBV) in Caracas, die nach dem Erdölstreik die Gunst der Stunde genutzt hatte und das Gebäude der PDVSA im Stadtteil Chaguaramas besetzt hatte. Nach dem überstandenen Putsch (2002) den Erdölstreiks (2002, 2003) und dem Abwahlreferendum (2004) war etwas

Ruhe eingekehrt und die Reformen (*Plan Bolívar*) und die *Misiones Bolivarianas* griffen langsam. Neben diesen sozialdemokratischen Maßnahmen setzte Chávez auf die Zerschlagung der bürgerlichen Medien und die Gründung von *Consejos Comunales* (Gemeinderäten), wobei er in seinen Diskursen meist den Modellen von Kropotkin und Gramsci folgte. Die Allianz mit Fidel Castro ließ auch die notwendige Umsetzung erhoffen, wobei es die Situation zusätzlich erschwerte, dass der Kapitalismus in den Köpfen der Venezolaner eine fixe Größe ist. Zum Leiter eines marxistischen Workshops an der UBV aufgestiegen, verzweifelte ich nicht selten an den teilweise merkwürdigen Ansichten der Genossen, mir den Sozialismus des 21. Jahrhunderts näher zu bringen, dabei jedoch oft nur eine Verpackung für ihre staatskapitalistischen Forderungen suchten.

Das größte Problem des Boliviarismus à la Chávez ist, dass er und sein Nachfolger es verabsäumt haben, das alte System (der Vierten Republik) zu zerschlagen. Stattdessen hat man Parallelstrukturen aufgebaut und gehofft, dass sich das alte System totläuft, ohne dass Gewalt angewendet werden muss. Doch die etwa 40 bis 50 Prozent, die den Kurs des Boliviarismus nie mitgetragen haben, konnten weiter in ihrer klientelistisch-kapitalistischen Welt leben, das Reformprojekt blockieren oder dort, wo sie sich Vorteile erhofften, sogar integrieren. Gerade in den Bezirken des urbanen Mittelstandes und der Oberschicht schossen die *Consejos Comunales* wie Pilze aus dem Boden. Die von der Regierung zur Verfügung gestellten Infrastrukturmittel nahm man mit Handkuss an.

Solange der Ölpreis hoch war – von 2004 bis 2008 und dann nochmals von 2010 bis 2013 – fiel der Protest der Reichen Venezuelas verhalten aus, schließlich profitierte man selbst von der aktiven Ölpolitik der Boliviaristen, auch wenn die Verstaatlichung der Rohstoffbetriebe voranschritt. Solange die ökonomische Elite übers Wochenende nach Miami fliegen konnte, war die Welt noch in Ordnung; allen Devisenbeschränkungen zum Trotz ermöglichten Doppelstaatsbürgerschaften den reibungslosen Geldverkehr der Reichen und „Schönen“.

Dass sich Chávez nicht immer auf Mehrheiten stützen konnte, zeigte bereits das verlorene Verfassungsreferendum vom Dezember 2007, das mit 51 zu 49 Prozent (bei einer Wahlbeteiligung von nur 56%) gegen die von einer Expertenkommission ausgearbeitete Änderung von 99 Artikeln der bolivarianischen Verfassung ausging. Dass Chávez in nur einem Jahr 13% (er wurde im Dezember 2006 von 62,8% gewählt) verlor, lag meiner Meinung nach an der Zerschlagung des MVR und der Gründung einer sozialistischen Einheitspartei, der PSUV, im März 2007, wodurch die hohe politische und soziale Diversität innerhalb der bolivarianischen Bewegung zu Grabe getragen wurde. Von nun an agierten Kommunisten, PPTistas und andere Unterstützer des bolivarianischen Projekts außerhalb der Partei und doch innerhalb der politischen Strukturen, was der Sache nicht dienlich war.

Ein gescheiterter Staat

Ich verließ Venezuela im Jahr 2009, weil mein Vertrag an der UBV nicht mehr verlängert wurde. Eine neue Rektorin war Ende 2008 installiert worden. Sie erklärte alle Projekte ihres Vorgängers für beendet und kündigte alle Mitarbeiter, die während seiner Amtszeit in die UBV eingetreten waren. Die Personalpolitik der Regierung Chávez war sicherlich eine Schwäche des verstorbenen Präsidenten und bleibt ein Hauptkritikpunkt. Der Verschleiß an Ministern überstieg nach neun Jahren im Amt die 300er-Grenze, eingereichte Projekte landeten oft über Nacht, weil vom Nachfolger bzw. der Nachfolgerin abgelehnt, im Mistkübel. Nachhaltige Arbeit in Venezuela zu verrichten, ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Doch was noch viel schwerer wiegt, ist die fehlende Staatlichkeit.

Venezuela zählt aus politikwissenschaftlicher Perspektive zu den sogenannten *failed states* (gescheiterten Staaten). Damit wird sehr grob gesagt ein Staat bezeichnet, der seine grundlegenden Funktionen nicht oder nicht mehr erfüllen kann. Im Fall von Venezuela wage ich die Hypothese, dass Venezuela seit Beginn seines Bestehens als „Staat“ im Jahre 1830 als gescheiterter Staat zu bezeichnen ist, wobei sich die Frage aufdrängt, ob die ehemalige spanische Kolonie aus politikwissenschaftlicher Perspektive jemals ein Staat war. Die Probleme, vor denen das Land heute steht, und damit ist vor allem die schlechte wirtschaftliche Lage sowie der ausufernde Föderalismus und die hohe Kri-

minalität gemeint, begleiten die Geschichte des an der Schnittstelle zwischen Karibik und Südamerika gelegenen Landes seit der Machtübernahme durch die weißen Eliten nach den Unabhängigkeitskriegen.

Hintergrund lassen sich Militärregierungen in Venezuela leicht erklären. Die Geschichte des Landes im 20. Jahrhundert weist zwischen 1900 und 1945 vier sowie von 1948 bis 1958 drei Militärdiktatoren



„Venezuela wird nie eine Kolonie der USA sein – und auch von sonst niemandem“

Weder existiert in Venezuela sozialistische Planwirtschaft, noch kann die Zentralregierung die Wirtschaft im Land nachhaltig lenken, da der Staat, wie eingangs erwähnt, nicht flächendeckend operieren kann. Einerseits kann er große Flächen bis heute gar nicht kontrollieren (Orinokodelta, Guyanesisches Bergland und Amazonas sowie teilweise Gebiete in den Llanos), andererseits widersetzen sich die föderalen Regierungen – Venezuela besteht aus 23 Staaten – in vielen Fällen den Anweisungen der Zentralregierung. Die einzige nationale staatlich operierende Institution sind die seit ihrer Gründung im Jahre 1908 operierenden *Fuerzas Armadas Nacionales de Venezuela*, die selbst in den abgelegenen Regionen (Frontier) ihre Posten beziehen und das Gesicht des Staates, vor allem als *Guardia Nacional*, repräsentieren.

Jede andere bewaffnete öffentlich operierende Institution (Polizei, Sicherheitsdienste etc.) ist entweder bundestaatlichen, kommunalen, städtischen Regierungen oder privaten Unternehmen verpflichtet. Staatliche Ordnung traut man ergo nur den Militärs zu. Der Wunsch nach einem nationalen Flächenstaat, womöglich nach europäischem Muster, in dem jeder Quadratmeter staatlich erfasst und kontrolliert werden kann, war das Ziel, an dem sich die Regierungen der letzten fast 200 Jahre die Zähne ausgebissen haben. Vor diesem

aus. Was Venezuela mit anderen lateinamerikanischen Staaten ebenso teilt, ist die ökonomische und politische Umarmung durch die USA, die im Fall von Venezuela über die Erdölindustrie gespielt wird und aus deren imperialer Umklammerung die Regierungen seit jeher, manche weniger, manche mehr, zu flüchten versuchen.

Kein Bruch mit dem Imperium

Die seit 1999 im Amt befindlichen bolivarianischen Regierungen der Präsidenten Hugo Chávez (bis 2013) – auch er verkörperte den präsidentialen Militär – sowie Nicolás Maduro (seit 2013) haben sich diesem Kampf verschrieben, ohne jedoch mit dem Imperium zu brechen, wie dies etwa Kuba (1960/61), das sandinistische Nicaragua (1980) oder das revolutionäre Grenada (1983) taten. Und hierin liegt auch das eigentliche Problem der bolivarianischen Revolution: Sie blieb bislang unvollendet und wird dies, wie es derzeit aussieht, auch bleiben.

Im Mai 2015 endete meine fünfjährige physische Abwesenheit von Venezuela. Seit 2013 unterrichte ich ca. 30 Kilometer östlich der venezolanischen Küste auf der Insel Trinidad an der University of the West Indies, wodurch ein gewisses Verlangen genährt wird. Die nur elf Kilometer breite Drachenstraße trennt mich von der venezolanischen Halbinsel Paria im

⇒ von Seite 27: VENEZUELA

östlichsten Bundesstaat Sucre. Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise 2013 als Folge des Erdölpreisverfalls, unter dem auch Trinidad als Erdöl produzierender Staat zu leiden hat, steigt die Zahl der venezolanischen Wirtschaftsflüchtlinge in der ehemaligen britischen Kolonie an. Die Meinungen der Flüchtlinge über Venezuela sind unterschiedlicher Natur, die Klage über die schlechte Wirtschaftslage und die hohe Kriminalität verbindet jedoch alle, auch jene, die seit den 1980er Jahren in Trinidad eine neue Heimat gefunden haben.



Angesichts der sich zuspitzenden Wirtschafts- und Versorgungskrise sinkt das Vertrauen breiter Bevölkerungsschichten in die Lösungskompetenz von Präsident Maduro.

Trotz aller Horrormeldungen über Venezuela haben sich noch immer keine Massen Richtung Trinidad in Bewegung gesetzt, die Szene ist noch immer leicht überschaubar. Pedro Rubio, seit zwei Jahren Koch in einem Hotel an der Nordküste Trinidads, hat die Hoffnung auf ein Durchstarten der Revolution noch nicht aufgegeben und führt als Beispiel den von der Gouverneurin Yelitze Santaella regierten Bundesstaat Monagas an, in dem die Wirtschaft große Fortschritte mache. „Sie muss Präsidentin werden und endlich das Land einen“, so Pedro. „Die ganze Hoffnung Venezuelas lastet auf ihren Schultern, Maduro muss weg.“ Es gibt also scheinbar doch noch fähige Politiker des Bolivarismus abseits der in den Medien gehandelten Nachfolger Maduros wie Diosdado Cabello, Elías Jaua oder Tibisay Lucena

Ramírez, die dem Establishment in Caracas angehören.

Meine Reise nach Venezuela 2015 galt in erster Linie der Verifizierung der Meldungen in unseren gleichgeschalteten Medien über fehlendes Klopapier und leere Läden. Abgesehen vom weiteren Verfall der Währung – die Inflation der 1980er und 1990er Jahre ist wieder zurück – konnte ich jedoch kaum Veränderungen in den von mir besuchten Orten in Venezuela feststellen. Klopapier gab es überall, die Bäckereien hatten ein gutes Angebot und waren gut besucht, auch in den Restaurants bekamen wir alles, was das Herz begehrt.

Trotzdem ist die Stimmung im Land schlecht. Von allen Seiten hört man, dass

man nicht mehr weiter weiß, dass das Land vollends von Desperados übernommen wurde und ganze Landstriche unter Kontrolle von Warlords sind. Weder die Regierung noch die sogenannte Opposition hat noch einen Einfluss darauf. Z. B. ist das Gebiet zwischen Kilometer 88 und der Grenze zu Brasilien (St. Élena de Uiarén) vollständig unter Kontrolle indigener Gruppen wie der *Akawaio*, *Arekuna* und der *Pemon*. Sie haben sich Polizeiuniformen angezogen und kontrollieren alle Durchreisenden. Der Staat in Venezuela existiert nicht mehr oder hat eigentlich nie wirklich existiert. Was Venezuela jetzt am dringendsten benötigen würde, ist eine Revolution. ■

Der Autor ist Vorsitzender von KonaK Wien, des Forschungs- und Kulturvereins für Kontinentalamerika und die Karibik, www.konak-wien.org

GEWALTSAMER

Rodolfo Illanes, für Polizeifragen zuständiger Vizeminister im bolivianischen Innenministerium, ist tot, erschlagen von protestierenden Bergarbeitern. Illanes war Jurist, Hochschullehrer und gehörte seit 2006 zunächst als juristischer Berater und später in verschiedenen Funktionen dem Regierungsteam von Präsident Evo Morales an. In seiner Laufbahn hat er immer wieder mit dem Gewerkschaftsbund COB zusammengearbeitet – insbesondere mit den Bergarbeitern. Er wurde 58 Jahre alt.

Von Robert Lessmann

Als Illanes am 25. August bei Straßenblockaden von Bergarbeitern des Kooperativensektors vermitteln und einen Dialog wieder anknüpfen wollte, wurde sein Fahrzeug gegen zehn Uhr angehalten. Er und der ihn begleitende Sicherheitsbeamte wurden als Geiseln genommen. Der Innenminister solle zurücktreten, lautete die Forderung. Zuvor waren beim Versuch der Polizei, die Straßenblockaden aufzuheben, Kumpel (insgesamt ist von fünf die Rede) getötet worden. Es gibt Videoaufnahmen von Illanes' Gefangennahme. Er starb an Hirnblutungen. Die Obduktion ergab, dass er wohl sieben bis acht Stunden lang geschlagen und gefoltert worden war. Sein Leichnam wurde in den Straßengraben geworfen. Dort fand man auch den ihn begleitenden Sicherheitsbeamten, der überlebte, nachdem man ihn zunächst für tot gehalten hatte. Selbst die an gewaltsame Austragung sozialer Proteste gewöhnte Öffentlichkeit in Bolivien war schockiert über dieses Ausmaß an Brutalität.

Es war wohl die Nähe zu den Bergarbeitern – angeblich kannte er einige der *dirigentes* persönlich – weshalb gerade Illanes nach gescheiterten Verhandlungen an diesem Morgen auf der Straße La Paz-Oruro bis zum Ort Panduro fuhr, ohne nennenswerte Sicherheitsvorkehrungen, in eine hochaufgeladene Situation. Die Straße wurde dort durch teilweise bewaffnete Bergarbeiter der *Federaciones de Cooperativas Mineros* (FENCOMIN) seit Tagen blockiert; auch der Abschnitt Oruro-Cochabamba war blockiert. Der Konflikt hatte sich bereits drei Wochen zuvor an der Verhaftung von Kumpels entzündet, denen

TOD EINES VIZEMINISTERS



erste Bergbauminister der Regierung Morales, Walter Villaroel, kam aus den Reihen der FENCOMIN, und diese verstand sich lange als Teil des *proceso de cambio*.

Der Genossenschaftssektor im bolivianischen Bergbau ist ein nicht aufgearbeitetes Erbe des Neoliberalismus. Er entstand nach dem Zinnkrach Mitte der 80er Jahre und dem Niedergang der staatlichen

Bergbaugesellschaft COMIBOL. Entlassene Kumpel wanderten in die Armutsgürtel der Städte ab und in die Kokaanbaugebiete. Einige blieben und arbeiteten in den aufgelassenen Stollen der COMIBOL auf eigene Faust weiter – mit prekären Mitteln, ohne Versicherung oder Schutzmaßnahmen. Die Bezeichnung Kooperative ist in den meisten Fällen ein Euphemismus, hinter dem prekäre Kleinstunternehmen oder Einmannbetriebe stehen. Der am 31. Juli dieses Jahres viel zu früh verstorbene Schweizer Fotograf Jean-Claude Wicky hat ihr Leben und ihre Arbeitsbedingungen, die zweifellos zu den härtesten gehören, über Jahrzehnte begleitet und ebenso eindrucksvoll wie einfühlsam dokumentiert.

Ein schweres Erbe

Auseinandersetzungen zwischen den *cooperativistas* und der staatlichen COMIBOL – in der Regel um Schürfrechte – rissen nicht ab. Die Tragödie von Huanuni bei Oruro vom 5. und 6. Oktober 2006, bei der 18 Kumpel in bewaffneten Auseinandersetzungen starben, war bereits kurz nach Morales' Amtsantritt im Jänner 2006 ein Fanal. Die Minenstadt Potosí erlebte im Laufe der letzten zehn Jahre angesichts gestiegener Mineralienpreise zunächst einen Boom und Zulauf, dann mit dem Preisverfall neuerlich Armut und Abwanderung. Nicht befriedigte Begehrlichkeiten der Bergarbeiterstadt erklären auch, weshalb Potosí als einstige Hochburg der MAS bei Wahlen abhanden kam: Konsequenzen einer fragmentierten Wirtschaft, die unverändert auf Extraktivismus basiert.

Tatsache ist, dass es der Regierung der sozialen Bewegungen im Jahrzehnt seit der

Tragödie von Huanuni nicht gelungen ist, die Beziehungen zwischen dem Kooperativensektor, dem staatlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor in einer befriedigenden Weise neu zu regeln. Dabei stehen 119.000 *cooperativistas* 7.500 Arbeitern im staatlichen (COMIBOL) und 8.000 im privatwirtschaftlichen Sektor gegenüber. Wenn es stimmen sollte, dass Privatisierungsabsichten im Spiel waren, so wäre dies eine Parallele zu indigenen Guarani-Gemeinschaften im Chaco, die infolge des gescheiterten Autonomieprojekts der Regierung damit beginnen, auf eigene Faust Verträge mit ausländischen Gesellschaften über die Nutzung von Öl- und Gasvorkommen zu schließen. Neben allem Misstrauen gegenüber dem „imperio“ darf man nicht vergessen, seine Hausaufgaben zu machen.

Dazu gehört auch ein unverändert eigentümlicher Umgang mit Fragen der öffentlichen Sicherheit, so als gehöre Gewalt gewissermaßen zur Folklore der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung. An Beispielen mangelt es nicht: Als im Jahr 2009 das Wochenendhaus des Aymara-Intellektuellen und ehemaligen Vizepräsidenten Víctor Hugo Cárdenas von einem 500köpfigen Mob tagelang besetzt, verwüstet und Familienangehörige verprügelt wurden, reagierte die Regierung erst nach Tagen und mehr achselzuckend als energisch. Im Jahr 2011 wurde Außenminister David Choquehuanca von Teilnehmern eines Protestmarsches gegen die geplante Straße durch das Indigena- und Naturschutzgebiet TIPNIS als Geisel genommen; zuvor hatten sie auf Verhandlungen gerade mit ihm bestanden, weil er auch Indígena sei und sie nur zu ihm Vertrauen hätten. Damals ging das glimpflich aus.

Anfang dieses Jahres stürmte eine Elterndemonstration das Rathaus der zweitgrößten Stadt El Alto. Feuer wurde gelegt und fünf Menschen starben. Bereits 2012 wurde ein Verbot von Dynamit bei sozialen Protesten erlassen und wieder zurückgenommen. Selbst der Vizepräsident ließ Bergarbeiter dazu auf, „ausländischen Dieben unserer Rohstoffe“ mit ihren Dynamitkartuschen entgegen zu treten. Das Dynamitverbot wurde nun unter dem Schock der Ermordung von Rodolfo Illanes erneuert: ein Schritt im *proceso de cambio* im Bereich der politischen Kultur – und hoffentlich nicht der letzte auf dem Weg zu institutionalisierten Konfliktlösungen. ■

der Diebstahl von Mineralien vorgeworfen wurde. Man forderte deren Freilassung. Gleichzeitig richteten sich die Proteste gegen eine Reform des Gesetzes *Ley General de Cooperativas*, mit dem die gewerkschaftliche Organisation von Hilfsarbeitern im Kooperativensektor gefördert werden sollte, und gegen ein neues Bergbaugesetz mit strengeren Umweltauflagen sowie wirksameren Maßnahmen gegen die Privatisierung von Kooperativenminen.

Die Regierung sieht hinter den auch für Bolivien ungewöhnlich radikalen Protesten Putschabsichten der politischen Rechten und des „imperio“ – also Washingtons. Die Führung von FENCOMIN habe im Laufe der Verhandlungen ihren Forderungskatalog immer wieder erweitert und schließlich den Verhandlungstisch verlassen, sagt Bergbauminister César Navarro. Einige der *dirigentes* von FENCOMIN würden die illegale Privatisierung ihrer Minen betreiben, angeblich gebe es bereits 31 entsprechende Verträge mit Privatfirmen.

Durchaus denkbar, dass die parteipolitisch desolate politische Rechte und ausländische Gegner der Regierung die Gunst der Stunde nach dem gescheiterten Wiederwahlreferendum vom Februar genutzt haben könnten, um zu zündeln und zu destabilisieren. Doch selbst wenn dem so ist, greift der reflexartige Verweis auf „la derecha“ und „el imperio“ als Erklärung zu kurz, weshalb sich ausgerechnet traditionelle proletarische Unterstützer der MAS und ihres *proceso de cambio* nun derart rabiät gegen diese Regierung wenden, beziehungsweise wie es so weit kommen konnte, dass sie – wenn es denn überhaupt zutreffen sollte – sich zu Erfüllungsgehilfen der Rechten hergegeben haben. Der

IM LABYRINTH DER STEUERVERMEIDUNG

Lateinamerika im Spiegel der Panama-Papiere

Die ersten Reaktionen auf dem Subkontinent auf das Anfang April 2016 öffentlich gewordene Datenleck der panamaischen Rechts- und Wirtschaftsberatung Mossack Fonseca, das einmal mehr die Bedeutung von Steueroasen in der Weltwirtschaft illustrierte, lassen sich als zwiespältig bis zurückhaltend bezeichnen.

Von Jürgen Kreuzroither

Grafik: alai

Das mag zum einen an der aktuellen politischen Konjunktur in Lateinamerika liegen: Wenn liberale und konservative Kräfte gegen linke Regierungen eine Offensive reiten, „um die Wirtschaft zu retten“, würden offenbarte Steuervermeidungsmanöver durch einige ihrer Repräsentanten nicht ins Bild passen. Da trifft es sich gut, dass Lateinamerikas Medienlandschaft von wenigen privaten Konzernen dominiert wird und dass das die weltweite Recherche koordinierende Internationale Konsortium für Investigativen Journalismus (ICIJ, engl.) mehrheitlich dem wirtschaftsliberalen Lager nahestehende nationale Partnermedien ausgewählt hatte.

Im anderen politischen Lager erregte hingegen die Tatsache, dass sich unter den ertappten Reichen kaum US-Amerikaner befanden, Misstrauen. In dieses Bild passt auch der Umstand, dass das ICIJ durch eine Anzahl von US-Milliardärsstiftungen finanziert wird. Der britische Menschenrechtsaktivist Craig Murray spricht von einem „kontrollierten Datenleck“ und bezeichnet es als Fehler, dass die Daten nicht WikiLeaks zur Veröffentlichung überlassen wurden.

Den Kritiken lässt sich jedenfalls teilweise entgegenhalten:

* Das ICIJ hat inzwischen eine Datenbank mit den Inhalten der verschiedenen Affären ins Internet gestellt (für das ICIJ waren die Panama Leaks bereits die vierte Enthüllung mit Bezug zu Steueroasen).

* Mit dem argentinischen Präsidenten Mauricio Macri ist auch ein prominenter Träger der Rechtswende betroffen. Noch sitzt er fest im Sattel, aber die Untersuchungen laufen.



* US-Amerikaner waren möglicherweise deshalb kaum vertreten, weil es genug US-interne Steueroasen gibt (Delaware, Wyoming, Nevada).

Jenseits der Rezeption sind Fragen nach der Einordnung und Bedeutung von Steueroasen wahrscheinlich weiterführend.

„Freihandel“ und Steueroasen

Die Volkswirtschaften von etwa der Hälfte des Subkontinents (Mexiko, Zentralamerika, Caricom, Peru, Kolumbien, Chile) sind derzeit am Paradigma des Freihandels ausgerichtet. Damit einher gehen Abkommen mit Ländern inner- und außerhalb der Region. Dieser Logik verschließen sich (noch) die Länder des Mercosur sowie Ecuador und Bolivien.

Freihandelsabkommen werden meist von Verträgen zum Investitionsschutz und von Doppelbesteuerungsabkommen begleitet. Letztere privilegieren transnationale Investitionen, weil in ihnen standardmäßig das „Firmensitzprinzip“ und nicht das „Quellprinzip“ festgeschrieben wird. Ein ausländisches Unternehmen entrichtet seine Einkommensteuer nicht dort, wo es die entsprechenden Umsätze erzielt hat, und auch nicht im Herkunftsland, sondern dort, wo es aus strategischen Gründen seinen Firmensitz hin verlegt hat.

Lateinamerika erlebt derzeit eine Rechtswende. Die Pazifik-Allianz (Chile, Peru, Kolumbien, Mexiko) gewinnt Anhänger in der Region und auch im Mercosur machen Regierungen Druck, das gemeinschaftliche Vertragswerk so zu än-

dern, dass der Abschluss von Freihandelsverträgen möglich wird. So sollen die Verhandlungen mit der EU wieder aufgenommen werden, die bereits entsprechende Abkommen mit Zentralamerika, Mexiko, Chile, Peru und Kolumbien unterhält.

Die Staaten der Pazifik-Allianz plus Costa Rica sind auch Verhandlungspartner für ein globales Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TISA, engl.), das kritische Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Wasser, Gemeindeservices, Post und Transport der transnationalen Konkurrenz öffnen würde. Mexiko, Peru und Chile sind darüber hinaus bereits Mitglied der Transpazifischen Partnerschaft (TPP, engl.).

Dimensionen der Steuervermeidung

Nach Schätzungen der NGO *Global Financial Integrity* sind aus Lateinamerika allein von 2004 bis 2013 eine Billion Euro an illegalen Finanzmitteln abgeflossen. Das sind unkontrollierte und unbesteuerte Finanzströme. 60 bis 90 Prozent dieser unvorstellbaren Summe stammen dabei nicht aus kriminellen Machenschaften, sondern aus Mitteln regulärer Geschäftstätigkeit, die dann aber zwecks Abgabenvermeidung mit diversen Methoden der Steuerplanung Steueroasen zugeschrieben werden.

Die vor allem von transnationalen Unternehmen im konzerninternen Handel angewandten Methoden sind im Wesentlichen: Überfakturierung von Importen, Unterfakturierung von Exporten. Dies betrifft

sowohl Warenflüsse als auch Dienstleistungen – letztere werden zum Teil einfach erfunden – und hilft Wertschöpfung rechnerisch an Orte zu transferieren, wo die Abgabenbelastung möglichst gering ausfällt.

Operationen dieses Ausmaßes sind nur unter Mitwirkung der großen multinationalen Banken und der „Big Four“, der vier führenden Wirtschaftsprüfungsunternehmen (KPMG, Deloitte, PwC, Ernest & Young) machbar. Allein vom „Rechtsdienstleister“ Mossack Fonseca wurden in den vergangenen 40 Jahren für Klienten über 214.000 Offshore-Gesellschaften gegründet, die auf 21 steuerschonende Territorien verteilt sind (mehr als die Hälfte davon sind allein auf den britischen Jungferninseln registriert).

Mexiko und Brasilien sind die wichtigsten Herkunftsländer illegaler Finanzströme in Lateinamerika. Beide Staaten befinden sich auch unter den weltweiten Top Ten, unter denen bezeichnender Weise nur Länder des Globalen Südens aufgelistet sind. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der Verlust für die kleinen Länder Zentralamerikas jedoch am gravierendsten: Aus Honduras, Costa Rica und Nicaragua wird jeweils etwa ein Drittel des jährlichen Volkseinkommens mittels falscher Fakturierung unbesteuert außer Landes geschafft, und auch bei Panama sind es immerhin noch fast 10% des BIP.

Extraktionssektor ganz vorne

Wie erwähnt, stellt das Panama-Datenleck nur ein Glied in einer Kette von Enthüllungen der globalen Steueroasen-Maschinerie dar. Begonnen hatte es 2013 mit den Offshore-Leaks, gefolgt von den Lux-Leaks 2014 und Swiss-Leaks 2015 (2016 folgte nach den Panama Papers im September noch Bahamas-Leaks).

Die prominente Rolle, die der Rohstoffsektor einnimmt, führt uns sofort wieder nach Lateinamerika, den Schauplatz eines nie gekannten Rohstoffexportbooms in den 2000er Jahren (vor der Finanzkrise 2009). Der Sektor ist durch die Unstetigkeit internationaler Investitionen, die Einbindung in den Weltmarkt und die Dominanz transnationaler Konzerne geprägt. Dies bringt nicht nur die Einräumung von Steuervorteilen für Extraktionsprojekte mit sich, sondern erleichtert auch die Nutzung von Steueroasen, um noch mehr Gewinn außer Landes zu bringen. Vier Beispiele illustrieren dies:

Soja ist ein Hauptexportgut **Argentiniens**. Mit der Einführung einer Exportsteuer durch die frühere Kirchner-Regierung wurde die Soja vermehrt schwarz an Briefkastenfirmen verkauft. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung Macri war eine Senkung der Steuer, um den dank internationaler Beihilfe erleichterten Schwarzhandel einzudämmen.

Brasilien ist der weltweit größte Exporteur von **Eisenerz**, China der größte Verbraucher. Dennoch sitzen die wichtigsten Käufer nicht in China, sondern in der Schweiz und auf den Caiman-Inseln. **Vale**, Brasiliens großer Eisenerzförderer, geriet bei der Nutzung von Steueroasen beim Export allerdings mit dem brasilianischen Fiskus in Konflikt. 2013 einigte man sich auf die Bezahlung der Hälfte der angelaufenen Steuerschuld von 13 Mrd. Euro in Raten. 2014 führte die Regierung Rousseff für multinationale Konzerne bei Nutzung von Steueroasen eine Pauschalabgabe ein, da die Finanzbehörde nicht die Mittel hatte, die komplexen Finanzoperationen komplett zu kontrollieren.



Grafik: charlie hebdo

Die Panama-Papiere lassen vermuten, dass gut 90 Mrd. Euro an **kolumbianischem Geldvermögen** in Steueroasen geparkt sind. Die auffallend niedrige Steuerleistung des Bergbausektors fiel schon in früheren behördlichen Untersuchungen auf. So wurde bekannt, dass einige Kohleförderer mit Verlusten an in Steueroasen beheimatete Filialen verkaufen, von wo dann zum doppelten Preis nach Europa abgesetzt wird. Kolumbien reagierte 2012 teilweise mit einer Steuerreform. Das Problem besteht jedoch weiterhin, weil bestehende Freihandelsabkommen die verschachtelten Operationen begünstigen und die Finanzbehörde auch hier zu wenig Personal hat.

In **Costa Rica** hat die **Ananas** in den letzten Jahren als agrarisches Ausfuhrgut zur Banane und zum Kaffee aufgeschlossen. Zwei Drittel von Produktion und Ex-

port liegen in Händen des **Multi Fresh Del Monte**, dessen Hauptsitz sich mittlerweile in der Karibik befindet. Bei der Fakturierung der über die Caiman-Inseln nach Europa gelieferten Ananas verdreifacht sich der ursprünglich an Costa Rica bezahlte Preis. Das Ursprungsland verliert so schätzungsweise 550 Millionen Euro pro Jahr.

Auswege

Die auf diese und ähnliche Weise in Steueroasen angesammelten Vermögen schätzt der französische Forscher Gabriel Zucman – eine Koryphäe auf dem Gebiet – für 2013 auf weltweit 5,8 Billionen Euro oder 8% der gesamten privaten Finanzvermögen. Davon sind etwa 80% unbesteuert, woraus ein – vorsichtig kalkulierter – Abgabenverlust von 130 Mrd. Euro pro Jahr resultiert. Für Lateinamerika sind die Zahlen noch um einiges dramatischer: Das offshore gebunkerte private Finanzvermögen beträgt etwa 650 Mrd. Euro, das sind 22% oder fast das Dreifache vom globalen Durchschnitt und bedeutet einen jährlichen Steuerverlust von um die 20 Mrd. Euro.

Was dagegen zu tun wäre? Vorweg eine Bemerkung: Wenn häufig in der Presse und auch in diesem Beitrag von „komplexen Finanzoperationen“ oder dergleichen die Rede ist, so handelt es sich nicht im technischen Sinn um schwer zu durchblickende Konstruktionen, um Vermögen der Besteuerung so weit wie möglich zu entziehen. Es ist die internationale rechtliche Dimension, die die Sache für den Fiskus kompliziert macht. Die transnationale Klasse der Begüterten des 21. Jahrhunderts bedient sich vielfach eines Konzepts aus dem 19. Jahrhundert, dem der nationalen Souveränität, um ihre Vermögen zu verstecken.

Drei Maßnahmen würden insbesondere die transnationalen Unternehmen in ihren Möglichkeiten der „steueroptimierten Planung“ einschränken:

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>
E-mail: poonal@npla.de; als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

MEXIKO

Zapatisten kündigen Präsidentschaftskandidatin für 2018 an

Die EZLN (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional*) hat angekündigt, für die nächste Präsidentschaftswahl im Jahr 2018 eine eigene Kandidatin zu stellen. Getroffen wurde diese Entscheidung im Rahmen des 5. *Congreso Nacional Indígena* in Cristóbal de las Casas (Chiapas), an dem ca. 500 indigene Delegierte aus dem gesamten Staatsgebiet teilnahmen. Zwar ist bis jetzt noch keine konkrete Kandidatin bestimmt worden, doch hat die EZLN, neben der Tatsache, dass es sich um eine Frau handeln soll, außerdem verlauten lassen, dass explizit nach einer Frau aus der indigenen Bevölkerung gesucht werde. Man sei momentan auf der Suche nach einer geeigneten Kandidatin. Die EZLN setzt sich seit ihrer Gründung am 1. Januar 1994 für die Rechte der indigenen Bevölkerung Mexikos ein, doch die aktive Teilnahme an Präsidentschaftswahlen ist historisch einzigartig. Sie hatte sich stets dagegen ausgesprochen, am – ihrer Ansicht nach – korrupten politischen System Mexikos teilzuhaben. Nun jedoch sei es an der Zeit, in die Offensive zu gehen, eine neue Nation zu errichten und die antikapitalistische Linke zu stärken. Ob sie für ihr Vorhaben staatliche Subventionen, die sie selbst stets kritisierte, erhalten wird, steht noch nicht fest.

www.quetzal-leipzig.de

HAITI

Kritik an Militarisierung der humanitären Hilfe

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Parteien in Haiti haben sich gegen die Militarisierung der humanitären Hilfe nach dem Hurrikan Matthew Anfang Oktober

ausgesprochen. Unter Bezugnahme auf die Verfassung des Landes, die keine Stationierung ausländischer Truppen gestattet, fordern sie den Abzug sämtlicher Truppen der Vereinten Nationen.

Durch die Militarisierung der humanitären Hilfe komme

es zu zahlreichen Verletzungen von Grundrechten während der Verteilung von Hilfsgütern, so das Nationale Netzwerk für Menschenrechte (RNDDH). Als Beispiel nannte die Organisation einen Vorfall, bei dem in Dame-Marie ein 18-Jähriger getötet und fünf weitere Personen verletzt wurden. Verzweifelte Personen sollen versucht haben, sich Zugang zu den verteilten Hilfsgütern zu verschaffen. Die anwesenden UN-Truppen und lokale Polizei haben daraufhin Schüsse abgefeuert, um die Kontrolle über die Situation zurückzugewinnen.

Scharfe Kritik üben die Parteienkoalition der politischen Kräfte der Nation (*Copol*) oder die Alternative Liga für den Fortschritt und die Emanzipation Haitis (*Lapeh*) auch an der Regierung, der sie Misswirtschaft in der Verteilung von Hilfsgütern vorwerfen, und fordern eine „ehrliche und patriotische“ Organisation. Derzeit landen Spenden von anderen Ländern in der Staatskasse, die laut Berichten der Zeitung *Le Nouvelliste* von Abgeordneten, Senatoren und Beamten kontrolliert wird. Die Verantwortlichen für die Verteilung, der Zivilschutz und das Innenministerium, können nicht garantieren, dass die Hilfszahlungen auch da ankommen, wo sie benötigt werden.

So leben laut dem kolumbianischen UN-Experten Gustavo Gallón allein in der haitianischen Stadt Jérémie, die besonders schlimm vom Hurrikan getroffen wurde, 3.000 Flüchtlinge, darunter 20 schwangere Frauen, in „unmenschlichen Bedingungen“ ohne Zugang zu ausreichend Nahrung, Wasser und sanitären Einrichtungen. Während des Hurrikans sind nach offiziellen Angaben 546 Menschen ums Leben gekommen, über hundert werden noch vermisst, 175.000 sind obdachlos geworden. Zwei Millionen Menschen sind insgesamt von den Folgen der Naturkatastrophe betroffen, von denen 1,4 Millionen dringend auf Hilfe angewiesen sind.

Serena Pongratz, *amerika21*

GUATEMALA

Regierung von Jimmy Morales in bisher schwerster Krise

Die guatemalteckische Regierung unter Präsident Jimmy Morales steckt in ihrer schwersten Krise der acht Monate seiner bisherigen Amtszeit, seit bekannt wurde, dass Morales' Bruder und sein ältester Sohn mutmaßlich in einen Korruptionsfall verstrickt sind. Allerdings ist das nur einer der Konfliktpunkte, um die sich die Regierung kümmern muss.

Morales, der bis zu seiner Wahl als TV-Komiker beschäftigt war, hat seinen Wahlkampf 2015 mit dem Slogan „weder korrupt, noch ein Dieb“ geführt und so die Mehrheit der Stimmen der Guatemalteken hinter sich vereinen können. Sein Vorgänger Otto Pérez Molina und dessen Vizepräsidentin Roxana Baldetti mussten wegen Korruptionsvorwürfen zurücktreten; sie sitzen zurzeit im Gefängnis und warten auf diverse Strafprozesse.

Zwar gibt es bisher keine Ermittlungen gegen den Präsidenten – wohl aber gegen seine Familie, Abgeordnete des Regierungslagers und sein Sicherheitsteam. Darüber hinaus sieht sich Morales' Vizepräsident, Jafeth Cabrera, Vorwürfen der Vetternwirtschaft ausgesetzt.

Zu den jüngsten Anschuldigungen gegen die Regierung von Jimmy Morales gehört die Bildung einer Parallelstruktur innerhalb des Sicherheitsministeriums (SAAS), um soziale AktivistInnen auszuspiionieren; dies wurde von der Oppositionspartei UNE aufgedeckt. Nach Angaben der UNE waren die Köpfe dieser Struktur Herberth Melgar Padilla und Jorge López, die beide Jimmy Morales im Wahlkampf sehr nahe standen. Das Innenministerium begann sofort zu ermitteln und López wurde als Chef des SAAS abgesetzt.

Die Krise wurde auch durch die Vetternwirtschaft innerhalb der Regierung angefangen. Vizepräsident Jafeth Cabrera hatte freimütig bestätigt, dass mehrere seiner Verwandten für den Staat arbeiten: Sein Schwiegersohn Francisco Gross Hernández-Kramer ist Botschafter in der Schweiz, dessen Vater, Fernando Molina Girón, Botschafter in Spanien. Zudem sind mehrere Verwandte von Morales im Ministerium für Wohlfahrt der Ehefrau des Präsidenten (SOSEP) sowie im Grundbuchamt beschäftigt.

Einer der ersten Vorwürfe gegen die Regierung von Morales war die Nähe zum

Ex-Militär und jetzigen Abgeordneten Edgar Justino Ovalle Maldonado und dessen Rolle im Bürgerkrieg. Zudem droht der Partei von Morales der Verlust von acht ihrer 37 Abgeordneten, falls sie im Prozess um Diskriminierung und Machtmissbrauch gegen die Gouverneurin von Alta Verapaz, Estela Ventura, unterliegt.

Gegen den Sohn des Präsidenten José Manuel und dessen Bruder Sammy ermitteln die Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straflosigkeit und die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit (CICIG). Bei diesem Korruptionsverdacht geht es um eine Quittung für eine Leistung, die nicht erbracht worden ist.

EL SALVADOR

Schiedsgericht der Weltbank entscheidet für El Salvador

Mitte Oktober wies ein Schiedsgericht der Weltbank eine Klage des kanadisch-australischen Bergbaukonzerns *Oceana-Gold* gegen El Salvador zurück und gestand dem mittelamerikanischen Land die Summe von acht Millionen US-Dollar für entstandene Kosten zu. Damit endete ein sieben Jahre dauernder, vorwiegend hinter verschlossenen Türen geführter Prozess vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten der Weltbank (ICSID). 2009 hatte *Oceana-Gold*, damals noch *Pacific Rim*, El Salvador vor dem internationalen Schiedsgericht verklagt. Der Konzern behauptete, ihm seien Gewinne in Höhe von mehreren hundert Millionen US-Dollar entgangen, weil eine von ihm geplante Mine den Betrieb nicht aufnehmen konnte.

Zwei Jahre zuvor hatte El Salvadors Regierung dem Konzern Pacific Rim die Genehmigung zum Betrieb der Goldmine *El Dorado* verweigert. Sie begründete dies mit dem hohen Wasserbedarf der Mine und zu befürchtenden Wasserverunreinigungen. Schon heute entsprechen 90% der Oberflächengewässer des an Wassermangel leidenden Landes nicht den internationalen Standards für Trinkwasser. Einer der größten Wasserverunreiniger ist der Bergbau, der bei der Metallgewinnung große Mengen an Zyanid einsetzt.

Auch wenn die Klage des Bergbaukonzerns abgewiesen wurde, ist El Salvadors Kampf um den Schutz seiner Wasserressourcen nicht beendet. Seit Jahren ist die linksgerichtete Regierung darum

bemüht, das Recht auf Zugang zu Wasser in die Verfassung aufnehmen zu lassen. Dies wurde bisher durch den von rechten Parteien dominierten Kongress verhindert.

Erschwert wird die Umsetzung solcher fortschrittlicher Gesetzesvorhaben auch dadurch, dass ausländische Unternehmen dagegen wegen entgangener Profite klagen könnten.

HONDURAS

Wieder Attentate auf COPINH-Mitglieder

Am 9. Oktober wurden an zwei verschiedenen Orten Mordanschläge auf Führungsmitglieder des Rats indigener und Volksorganisationen von Honduras (COPINH) verübt, wie die Organisation mitteilte. Dabei wurden sowohl auf den Generalsekretär des COPINH, Tomás Gómez Membreño, als auch auf den Gemeindeführer Alexander García Schüsse abgegeben. „Im Morgengrauen kamen Unbekannte zum Haus von Alexander García und gaben von außen mehrere Schüsse auf die Eingangstür und das Fenster des Zimmers ab, in dem er mit seiner Frau und seinen Kindern schlief“, heißt es in der Mitteilung. In derselben Nacht schoss eine Person auf den Kleinbus von COPINH. Am Steuer saß dessen Generalsekretär Tomás Gómez Membreño; er kam vom Begegnungszentrum *Utopia* und war auf dem Weg nach Hause.

Auf García waren bereits zwei Attentate verübt worden. Am 6. Mai wurde er beim Verlassen seines Hauses vom Ex-Militär Benedicto Alvarado angeschossen und verletzt. Zurzeit wird gegen Alvarado ein Prozess geführt, weshalb seine Familie García bedroht, um ihm zur Rücknahme seiner Anzeige zu zwingen.

Wie COPINH weiter mitteilt, nimmt die Einschüchterung ihrer Mitglieder kein Ende. So würden Gangster im Auftrag des Unternehmens DESA regelmäßig Gewehrsalven auf Siedlungen der Lenca abfeuern, vorwiegend in der Gegend um Río Blanco.

Die Umweltaktivistin und Anführerin des Volkes der Lenca, Berta Cáceres, wurde vor bereits sieben Monaten ermordet. Fünf Personen sitzen deswegen unter Mordverdacht in Haft. Weder Regierung noch Behörden haben bisher auf die Forderung reagiert, eine unabhängige Untersuchung zu dem Mord zuzulassen. Auch wurde

weder das Gebiet der Lenca entmilitarisiert, noch wurden die Großprojekte eingestellt, die zu Lasten der anliegenden Gemeinden gehen. COPINH zeigt sich daher weiter entschlossen, gegen das DESA-Staudammprojekt von Agua Zarca sowie ein weiteres in der Gemeinde Colomoncagua zu kämpfen.

CHILE

Verluste für Regierung bei Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen vom 23.10. stimmte die chilenische Bevölkerung landesweit über ihre Bürgermeister und Stadträte ab. Während das Ergebnis für das Oppositionsbündnis *Chile Vamos* (ein Verbund von Parteien aus dem zentralen und rechten Spektrum) einen Erfolg darstellt, musste das Regierungsbündnis *Nueva Mayoría* (ein Zusammenschluss aus Parteien des zentralen und linken Spektrums) herbe Verluste einstecken. Letzten Auszählungen zufolge erhielt *Nueva Mayoría* insgesamt 36,36% der Stimmen und stellt damit 139 Bürgermeister; bei den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2012 waren es noch 167. *Vamos Chile* wurde dagegen mit 38,56% zur stärksten Kraft gewählt und darf damit 143 Bürgermeister stellen (im Jahr 2012 waren es lediglich 121). Unabhängige Kandidaten erhielten insgesamt 17,3% der Stimmen und stellen 53 Bürgermeister.

Neben dem insgesamt niedrigen Ergebnis ist für *Nueva Mayoría* besonders der Verlust der Hauptstadt Santiago de Chile bitter. Zwar bildet diese nur die fünftgrößte Gemeinde, dennoch hat diese Entwicklung politischen Symbolcharakter. Die Wahlbeteiligung war mit 34% äußerst gering. Damit wurden die 43% aus dem Jahr 2012 noch einmal unterboten. Präsidentin Michelle Bachelet erklärte, sie sehe in diesem Ergebnis keineswegs einen Ausdruck generellen politischen Desinteresses, eher einen Ausdruck des Ärgers über fehlende Rechtschaffenheit, fehlende Ideen und fehlende Neuerungen seitens der politischen Führung. Diese Kommunalwahlen könnten als ein Barometer für die im November 2017 stattfindenden Präsidentschaftswahlen gedeutet werden.

www.quetzal-leipzig.de

⇒ von Seite 31: IM LABYRINTH DER STEUERVERMEIDUNG

1. Länderweise Berichte, in denen die Unternehmen über die Anzahl ihrer Tochterfirmen samt Personalumfang und Finanzdaten und wo diese tätig sind, informieren müssen.

2. Ein weltweiter Finanzkataster, der zeigt, wem welche Wertpapiere (Aktien, Anleihen, Fondsanteile) gehören. Solche Register existieren auf nationaler Basis und teilweise auch auf internationaler Ebene. Sie müssten vernetzt werden.

3. Ein automatischer internationaler Austausch von Steuerinformationen, um die Finanzbehörden über Vermögenswerte ihrer Bürger in anderen Jurisdiktionen in Kenntnis zu setzen. Grundlage dafür bildet Punkt 2.

Schwierig durchzusetzen? Kommt darauf an. Die Steueroasen sind kleine Staaten, die sich durch handelspolitische Maßnahmen leicht disziplinieren lassen. Es geht wohl mehr um den politischen Willen, dass die Regierungen ihren jeweiligen elitären Klienten weh tun müssten. Da hilft nur der Druck einer informierten Öffentlichkeit.

Die bisherigen Reaktionen auf die Datenleckserie waren jedenfalls scheuklappenbewehrt: Die USA haben mit FATCA einen Mechanismus in Gang gesetzt, um Finanzinformationen ihrer Bürger in aller Welt einzufordern, verweigern aber im Gegenzug entsprechende Daten aus den bereits erwähnten Bundesstaaten, die als wachsende Steueroasen fungieren. Die Europäische Union erstellt schwarze Listen und schafft es dabei irgendwie, die eigenen schwarzen Schafe [Luxemburg, Niederlande (Niederländische Antillen), Großbritannien mit seinen Inseln mit Sonderstatus in Europa (Isle of Man, Guernsey und Jersey) und den Überseeterritorien (Bermuda, Britische Jungferninseln, Cayman-Inseln)] unbehelligt zu lassen.

Nicht zuletzt solche Scheinheiligkeit hat auch den zwiespältigen Reaktionen in Lateinamerika auf die Panama Papiere Nahrung gegeben. ■

Grafik: alai



LESERBRIEF

„VERZICHT AUF GOLDFÖRDERUNG REALITÄTSFERN“

Als Reaktion auf die Veröffentlichung eines Offenen Briefs der Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“ in der Ausgabe 3/2016 haben wir von FAIRTRADE Österreich die folgende Reaktion erhalten:

Liebe Redaktion des Lateinamerika-Anders Magazins, Liebe Fr. Kerschbaumer,

wir haben Ihren aktuellen Artikel „Der Dunkle Glanz von Gold“ gelesen. Wir freuen uns, dass dieses wichtige Thema, nämlich die Missstände bei der Goldproduktion, thematisiert werden. Die Argumente im von Ihnen abgedruckten Auszug des Offenen Briefs der Kampagne „Bergwerk Peru“ können wir jedoch aus verschiedenen Gründen teilweise nicht nachvollziehen.

Zur Verwendung von Zyanid und Quecksilber: Uns ist bewusst, dass Gold-Kleinbergbau immer ökologisch problematisch ist. Die schrittweise Beendigung des Einsatzes von Quecksilber und der Einführung alternativer Gewinnungstechniken sind Pflichtkriterien des FAIRTRADE-Standards für Gold, ebenso wie umfangreiche Kriterien zu besserem Arbeitsschutz mit toxischen Substanzen, v.a. auch im Umgang mit Quecksilber. Alternative Methoden sind in größerem Umfang jedoch nach unserem Wissensstand wirtschaftlich nicht machbar. Unser Zugang ist es, schrittweise strengere Kriterien umzusetzen. Die Realitäten vor Ort und die Möglichkeiten der Produzenten vor Ort müssen mitberücksichtigt werden. Denn ein Standard, der nicht erfüllt werden kann, nützt weder Mensch noch Natur.

Wir halten den Verzicht auf jegliche Goldförderung für realitätsfern. Nur rund die Hälfte des weltweit verwendeten Golds kommt aus Recycling-Quellen. Unser Ziel ist es, die Produktion der anderen Hälfte möglichst fair zu gestalten. Es ergibt sich eine große Dringlichkeit, die tatsächlichen Verhältnisse in der (kleingewerblichen) Goldgewinnung soweit wie irgendwie möglich zu verbessern.



Die Struktur von FAIRTRADE ist demokratisch und partizipativ. FAIRTRADE ist keine NGO mit typischem „Nordblick“, sondern eine zivilgesellschaftliche Organisation, in der die Vertreter der Produzentenorganisationen aus dem globalen Süden 50% der Stimmrechte haben. FAIRTRADE wird also durch die Produzentenorganisationen im globalen Süden mandatiert und vertritt deren Interessen. Auch der FAIRTRADE-Goldstandard wurde durch die Produzentenorganisationen selbst gefordert und initiiert.

Wir teilen auch nicht die Befürchtung, dass FAIRTRADE-Gold „dem Image des FAIRTRADE-Siegels und der Idee fairen Handels schadet“. FAIRTRADE ist dort tätig, „wo es weh tut“, und wo vielseitige Probleme vorherrschen, die nicht über Nacht gelöst werden können. Als ergänzende Strategie zur klassischen EZA steht die FAIRTRADE-Bewegung seit ihrer Gründung immer wieder neuen großen Herausforderungen gegenüber, so auch im kleingewerblichen Bergbau-Sektor.

Auch in Österreich ist übrigens seit kurzem FAIRTRADE-Gold verfügbar. Hier können Sie unsere Pressemitteilung dazu nachlesen:

<https://www.fairtrade.at/newsroom/presse/pressemitteilungen/details/erstmal-fairtrade-goldsiegel-in-oesterreich-1185.html>

Hartwig Kirner,
Geschäftsführer FAIRTRADE
Österreich, www.fairtrade.at



BUCHBESPRECHUNG

CHRONIK DER ORGANISIERTEN BRUTALITÄT

Óscar Martínez: Eine Geschichte der Gewalt. Leben und Sterben in Zentralamerika

Aus dem Spanischen von Hans-Joachim Hartstein; Kunstmann Verlag, München 2016, 300 S., € 25,50

Als Instrument der Fremdenverkehrswerbung für Zentralamerika taugt dieses Buch nicht. Der mehrfach ausgezeichnete investigative Journalist aus El Salvador erzählt anhand konkreter Schicksale über die oft tödliche Reise durch Mexiko in die USA, wo Migranten der Willkür von Polizisten und der Skrupellosigkeit von Menschenhändlern ausgesetzt sind. Von Frauen, die für die sexuelle Ausbeutung verkauft werden, von überfüllten Gefängnissen, wo jeder spürt, dass das nächste Massaker in der Luft liegt.

Die Bandenkriminalität in Mexiko und den nördlichen Staaten Zentralamerikas (Guatemala, El Salvador, Honduras) hat unbeschreibliche Ausmaße angenommen: Jugendgangs (*maras*), die ganze Stadtteile terrorisieren, Drogenbanden, die die Gesellschaft, die Politik, die Polizei und die Justiz unterwandern und parallele Herrschaftsstrukturen aufgebaut haben, denen der Staat nur mit ohnmächtiger Gewalt zu begegnen weiß. Martínez beschreibt das Unbeschreibliche in akribisch recherchierten Reportagen. Er verzichtet dabei auf jede dramatisierende Ausschmückung. Die Realität, dokumentiert durch Interviews mit Verbrechern, Ministern, Polizisten, Opfern, durch gerichtsmedizinische Gutachten, Gerichts- und Polizeiprotokolle, ist dramatisch und blutig genug.

Die Bande bietet – zumindest vorübergehend – den Schutz, den der Staat versagt: den Schutz gegen andere Banden, gegen Polizeigewalt und gegen Übergriffe von Mithäftlingen. Sie bietet die Geborgenheit eines brutalen Vaters, der schikaniert, aber nach außen verteidigt wird.

Der Autor hat seinen Band in drei thematische Teile strukturiert: Einsamkeit, Wahnsinn und Flucht. Die Einsamkeit ist die der Menschen, die in Regionen leben, aus denen sich der Staat zurückgezogen hat, wo „die Ärmsten der Armen allein“ zurückbleiben und unter neuen Regeln leben müssen, „die von den neuen Macht-



habern mit Klingen und Kugeln durchgesetzt werden“. Der Wahnsinn ist der des alltäglichen Grauens, wo Gewalt allgegenwärtig ist. Die Flucht schließlich ist der Ausweg, den Tausende suchen, der aber oft in einem schmierigen Bordell oder einem Grab der Namenlosen endet. Martínez geht dem Schicksal von Frauen nach, die sich in die Prostitution zwingen ließen, und dem von 72 Migranten, die in Mexiko von einer Drogenbande hingerichtet wurden.

Nebenbei erfahren wir, dass Guatemala unter dem Druck der USA fast 40 Prozent des Budgets für innere Sicherheit für den Kampf gegen den Drogenhandel ausgeben muss, dass nur jedes 30. Opfer von Menschenhandel entdeckt und befreit werden kann und dass die großen Fische nur dann festgenommen werden, wenn die USA deren Auslieferung begehren. Würde man sie im eigenen Land vor Gericht stellen und einsperren, wären sie durch Bestechung oder Gewalt bald wieder frei. Deswegen konzentriert man sich lieber auf die kleinen Fische.

Óscar Martínez erzählt in der lapidaren Sprache des Chronisten, was Armut und Gewalt aus den Menschen machen. Aus materieller Not verkaufen sie ihre Körper, später verkaufen sie ihre Seelen und werden zu brutalen Tötungsmaschinen. Dieses Buch ist nichts für Zartbesaitete. Es gibt aber Einblicke in eine Welt, mit der wir lieber nicht in Berührung kommen.

Ralf Leonhard

VON HELDEN UND HALUNKEN

Ralf Leonhard: Zentralamerika, Portrait einer Region

Christoph Links Verlag, Berlin, Oktober 2016, 247 Seiten, € 18,50

Das Buch ist der jüngste Band einer Edition des Berliner Verlags, die Interessierten aus dem deutschsprachigen Raum einzelne Länder oder Regionen näherzubringen sucht. Reisende werden keine praktischen Tipps vorfinden, dafür aber „einen Begleiter, der vor und während der Reise über die Region und ihre Geschichte informiert“, wie es der Autor selbst im Vorwort formuliert.

Besteht Zentralamerika historisch gesehen aus den fünf Staaten Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica, so wurde die Region für den vorliegenden Band geografisch gefasst, wodurch mit Panama und Belize zwei Länder hinzukamen, die eine ganz andere Geschichte durchlebt haben.

Die sieben Staaten werden zunächst in ebenso vielen Kapiteln einzeln vorgestellt, wobei Leonhard den Schwerpunkt auf die Geschichte ab dem 20. Jahrhundert legt und – Vorurteil hin oder her – sich nicht scheut, von den zentralamerikanischen Nachbarn zugeschriebene „nationale Charaktereigenschaften“ zu zitieren. In der Regel gelingt ihm auch, das sprichwörtliche Körnchen Wahrheit dieser Zuschreibungen im Form einer geschichtlichen Ableitung herauszuarbeiten.

Klar wird aus diesen Einzelbeschreibungen schließlich auch, dass die Region, die von außen gerne als Einheit wahrgenommen wird, doch aus Republiken mit vielen Unterschieden besteht, die nicht zuletzt fortwährende Rivalitäten befeuern.

Auf die Einzelportraits folgen übergreifende Kapitel, in denen anhand einzelner Themen Gemeinsamkeiten, aber auch wieder Unterschiede der Region aufgezeigt werden. Während im Kapitel „Helden und Halunken“ prägende historische Persönlichkeiten vorgestellt werden, geht es im darauf folgenden um das länderübergreifende Phänomen der Oligarchen, die ihre Stellung auch in einem globalisierten Umfeld zu wahren scheinen.

Das prägende Verhältnis zu den USA wird durchaus differenziert vom kruden Interventionismus bis hin zur dennoch bestehenden kulturellen Anziehungskraft

weiter Seite 36 ➔

⇒ von Seite 35: BUCHBESPRE- CHUNGEN

des „american way of life“ geschildert. Dabei wird auch klar, dass die lokalen Eliten nicht nur als „US-Lakaien“ zu verstehen sind: Kennedys Modernisierungsangebot der 1960er Jahre, das den Oligarchen einen – moderaten – Machtverlust abverlangt hätte, wussten sie erfolgreich zu torpedieren.

Was folgte, war eine Reihe interner Kriege, die die Region in den 1980er Jahren zu einem Synonym für brutale Unterdrückung und Völkermord werden ließ, ungeachtet von Gegenbeispielen (Costa Rica). Die Gewalt, wenn auch in anderer Form, hält die Gesellschaften vieler Länder der Region bis heute in ihrem Bann und ist Auslöser einer gewaltigen Fluchtbewegung Richtung Norden.

Die widersprüchlichen Situationen von Indigenen und Frauen sind Gegenstand der nachfolgenden Kapitel. Beide Gruppen litten und leiden überdurchschnittlich an der gesellschaftsimmanenten Gewalt, sind aber auch Protagonisten eines langsamen Emanzipationsprozesses.

Beiträge zur sich ändernden religiösen Landschaft – Stichwort Vormarsch der Evangelikalen –, zu den regionalen Integrationsbemühungen, zur Rolle deutscher Einwanderer sowie zu kulinarischen Fragen und eine Kurzvorstellung repräsentativen Literaturschaffens aus der Region runden das Portrait ab.

Eine kurzweilige Darstellung der Region auf der Höhe der Zeit ist dem Autor da gelungen, der nicht umsonst viele Jahre vor Ort gelebt hat und auch danach journalistisch mit Zentralamerika verbunden geblieben ist.

Jürgen Kreuzroither

MYTHOS KUBA ZERTRÜMMERT

Hannes Bahrmann: Abschied vom Mythos
Ch. Links Verlag, Berlin, 2016. 248 Seiten,
€ 18,50

In Kreisen der Kuba-Solidarität – soviel ist sicher – wird sich Hannes Bahrmann mit diesem Buch keine Freunde machen. Wie der Titel schon andeutet, wird ein Mythos demontiert: der Mythos, dass ein sozialistisches Paradies durch die unmenschliche Blockadepolitik der USA seit

bald sechs Jahrzehnten daran gehindert wird, sich als solches zu entfalten. Bahrmann schildert die kubanische Misere als Abfolge von Fehlentscheidungen, deren Konsequenzen immer absehbar gewesen seien, aus ideologischen Gründen aber ignoriert wurden. Fidel Castro, der ursprünglich eher von bürgerlich liberalen Motiven getrieben war, habe sich unter dem Einfluss von Che Guevara zum Kommunisten gewandelt und Jahrzehnte lang darauf vertraut, dass die Sowjetunion aus geostrategischen Gründen verpflichtet sei, das Land durchzufüttern.



Che Guevara selbst, den Fidel Castro in Mexiko kennenlernte und in sein Team von Revolutionären aufnahm, wird als von Ideologie getriebener Abenteurer geschildert, der Stalin verehrte. Dessen Rezepte für die Industrialisierung um jeden Preis und die Schaffung des neuen Menschen fand er auch für Kuba tauglich: Massenerschießungen und Umerziehungslager für politische Abweichler und Homosexuelle. Als er Produktionsanreize abschaffte und rein auf das revolutionäre Bewusstsein der Kubaner vertraute, brach die Wirtschaft dramatisch ein. Zuerst habe er Kubas Wirtschaft ruiniert und dann in aussichtslosen Guerillakriegen in Afrika und Bolivien die Weltrevolution voranzutreiben versucht. Der Bruch mit Fidel, der diesen internationalistischen Abenteuern vorausging, wurde lange Jahre geheim gehalten. Der

Abschiedsbrief an Fidel lässt aber, was die Differenzen der beiden Revolutionäre betrifft, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Niemand kann behaupten, Kuba sei vor der Revolution ein unterentwickeltes Land gewesen. Alphabetisierungsrate und Gesundheitsindikatoren waren schon vor 1959 auf hohem Niveau, allerdings beschränkt auf die Städte. Die Armut auf dem Land war denn auch der fruchtbare Boden, auf dem die Rebellion gedeihen konnte, unterstützt von den linken Bewegungen in Havanna, vor allem im Dunstkreis der Universität. Castro, der noch im April 1959 vor der *American Society of Newspaper Editors* in Washington die Pressezensur der Diktatoren angeprangert hatte, räumte bald mit der Pressefreiheit auf und ließ politische Dissidenten für viele Jahre hinter Gefängnismauern verschwinden.

Mit einem Starrsinn, der schon Bewunderung abverlangt, traf Fidel Castro immer wieder falsche Entscheidungen und ruinierte die vorher florierende Wirtschaft nachhaltig. Stets besorgt, dass auch ein Minimum an freiem Markt dem Kapitalismus die Tür öffnen könnte, beharrte er auf staatlich gelenkter Planwirtschaft, die noch nie ihre Pläne erfüllt hat. Das System förderte Korruption und Diebstahl in den Betrieben und sorgt noch heute dafür, dass dieses fruchtbare Land nicht imstande ist, die eigene Bevölkerung vernünftig zu ernähren.

Hannes Bahrmann, der als ehemaliger DDR-Bürger weiß, was es heißt, in einer unfreien Gesellschaft aufzuwachsen, zerpfückt den Mythos Kuba nach allen Regeln der Kunst, ohne jemals in den Tonfall der rechten Kritiker zu verfallen. Er kann Castro aber nicht verzeihen, dass er General Arnaldo Ochoa, den erfolgreichen Feldherren, der in Angola die südafrikanische Intervention zurückschlug, unter falschen Anschuldigungen fusilieren ließ, um Kuba vom Vorwurf des Drogenhandels reinzuwaschen.

Das Buch schließt mit einem optimistischen Ausblick auf eine gewaltfreie Transformation und einem Zitat der Schriftstellerin Wendy Guerra, die nach dem umjubelten Besuch von Barack Obama resümierte: „Seit Sie uns verlassen haben, sind wir noch ein bisschen einsamer, weil wir uns einen anderen Feind suchen müssen“.

Ralf Leonhard

„MI BUENOS AIRES QUERIDO“

„Was tun Sie“, wurde Herr K. gefragt, „wenn Sie einen Menschen lieben?“ „Ich mache mir einen Entwurf von ihm“, sagte Herr K., „und Sorge, dass er ihm ähnlich wird.“ „Wer? Der Entwurf?“ „Nein“, sagte Herr K., „der Mensch“. (Bertolt Brecht)

Buenos Aires zu lieben, könnte ebenfalls mit „Entwürfen“ beginnen, mit Bildern aus dem Buch „111 Orte in Buenos Aires, die man unbedingt gesehen haben muss.“ Und wenn der Eindruck beim Besuch dieser Plätze den „Entwurf“ in den Schatten stellt, hat dieser ja genau seinen Zweck erfüllt: eine liebevolle Anregung gegeben zu haben, die Vielfalt dieser Weltstadt erahnen und schrittweise – im wahrsten Sinne des Wortes! – entdecken zu lassen.

Das Buch ist angesichts der Fülle der Vorschläge keine „To Do-Liste“, nach dem Motto: „Top Ten“-Sehenswürdigkeiten, wie man sie sonst in manchen Reiseführern findet, sondern eine von den AutorInnen liebevoll gestaltete Sammlung verschiedenster Orte, die diese in einjähriger Recherche selbst für sich entdeckt und mit der Kamera festgehalten haben. Dabei wurden sie selbst immer wieder überrascht.

Insider-Tipps gibt es viele: das *Cafe Rayuela* in der Nähe von Julio Cortázers Geburtshaus. Nur einige *cuadras* davon entfernt die Agrarfakultät mit einem Zoo – Pardon! – Freiluftgehege für Lamas, Wildschweine und andere Tiere. Oder man besucht den Stadtteil *San Telmo* nicht wegen des sonntäglichen Touristenspektakels am Antiquitätenmarkt, sondern um im *Zanjón de Granados* unter die Erde zu steigen und das alte Tunnelsystem zu bestaunen. Einen authentischen Antiquitätenmarkt gibt es dafür in *San Isidro*, ein wenig außerhalb der Stadt.

Auch der *Tango*, diese „getanzte Traurigkeit“, kommt nicht zu kurz. In der *Boliche de Roberto* kann man Tango hören und im Museum des Tangos erfährt man die letzten Neuigkeiten bezüglich Milongas und andere Tango-relevante Termine. Dann erspart man sich die obligate touristische Tango-Show mit vorherigerem Steakverzehr. Denn diese Köstlichkeit bekommt man im *Manzanito*, in der Villa Puerryton am Rande der Stadt. Dort grillt Eryberto, und das Steak, das seinen Namen trägt, reicht für zwei Personen, worauf der Besitzer nicht ohne Stolz hinweist. Selbstverständlich wird auch die Geschichte



Argentiniens, besonders die Zeit der Militärdiktatur, durch mehrere sehr empfehlenswerte Vorschläge abgedeckt: Der *Parque de la Memoria* an der Stelle der ehemaligen ESMA und einige Nebenlager werden beschrieben und auch im Zentrum der Stadt, der *Plaza de Mayo*, gibt es einiges zu sehen: Einschusslöcher als Erinnerung an einen Putschversuch gegen Präsident Juan Domingo Perón, eine kleine Holocaust-Gedenktafel in der Kathedrale und jeden Donnerstag der Protestmarsch der Madres de la Plaza de Mayo. Natürlich sind auch der Regierungssitz, die *Casa Rosada*, mit angeschlossenem *Museo del Bicentenario* einen Besuch wert.

Immer wieder wird darauf hingewiesen, wenn Gegenden für Touristen zu gefährlich werden könnten. Das gilt z.B. für die *Villa 31*, welche man als Tourist einfach meiden sollte, weniger wegen der vermeintlichen Gefahr, sondern vielmehr, weil sich Armutstourismus ganz einfach verbietet.

Formal wird jeder dieser 111 Orte mit einem Bild auf der rechten Seite und der dazugehörigen Beschreibung auf der linken Seite dargestellt. Hinweise auf genaue Adresse, Verkehrswege, Öffnungszeiten erleichtern die Planung. Am Ende des Buches gibt es mehrere Stadtpläne, wo man mit einem Blick die Lage der Orte erkennen und weitere in der Nähe liegende Sehenswürdigkeiten finden kann. Ein Hinweis fehlt jedoch, der mir durchaus wichtig erscheint. Gewisse Spanischkenntnisse wären für eine solche Reise schon von

Vorteil, zumal abseits von Touristenhochburgen Englischkenntnisse nicht vorausgesetzt werden können. Und ein Spanischkurs macht doch Sinn! Schließlich will man ja wiederkommen. Dieses Mal mit „Volver“ auf den Lippen.

Wolfgang Schweiger

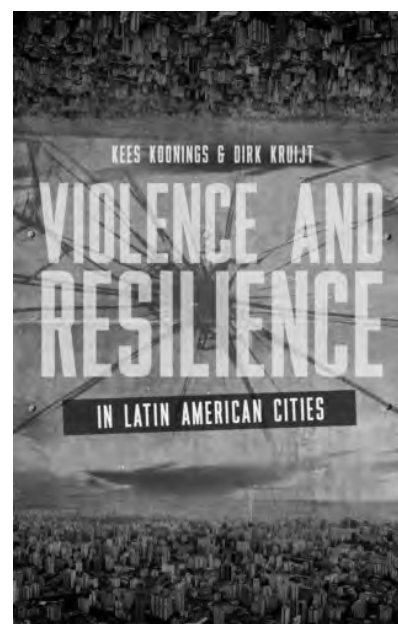
Benjamin Haas/Leonie Friedrich: 111 Orte in Buenos Aires, die man unbedingt gesehen haben muss

Emon Verlag, Köln, 2016. 240 Seiten, € 17,50

LETZTER AUSWEG EMIGRATION

Kees Koonings, Dirk Kruijt (Hg.): Violence and Resilience in Latin American Cities

Zed Books, London, 2015, 195 Seiten, ca. 27 Euro



Acht der zehn Städte mit den weltweit höchsten Mordraten liegen in Lateinamerika. Die Autoren dieses Sammelbandes untersuchen Ursachen und Auswirkungen der ausufernden Gewalt und beleuchten Lösungsansätze.

Von den 60er bis in die 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts haben Diktaturen und Guerillabewegungen, paramilitärische Gruppen und Bürgerkriegsfraktionen das Leben in vielen lateinamerikanischen Städten geprägt. Inzwischen haben die Diktatoren weitgehend abgedankt, die bewaffneten Konflikte sind fast überall be-

weiter Seite 38 ➔

⇒ von Seite 37: BUCHBESPRECHUNGEN

endet. Aber die Gewalt hat nicht ab-, sondern zugenommen: 2009 starben in Rio de Janeiro mehr Menschen durch über-schießende Polizeigewalt, als während der 21-jährigen Militärdiktatur in ganz Brasilien getötet oder zum Verschwinden gebracht wurden. In El Salvador wurden nach dem Friedensabkommen 1992 mehr Menschen durch Banden oder die Polizei ermordet als während des gesamten Bürgerkriegs von 1979 bis 1992.

Dass diese Entwicklung etwas mit der rasanten Verstärkung und dem Anwachsen der Elendsviertel zu tun hat, liegt auf der Hand. Und doch warnt das niederländische Herausgeberduo davor, einen direkten Zusammenhang zwischen Armut und Gewalt herzustellen. Sie betonen, dass vor allem soziale Ausgrenzung, Mangel an legalen Einkommensquellen und fehlende staatliche Präsenz Unsicherheit und Gewalt generieren – gepaart mit der allzu leichten Verfügbarkeit von Feuerwaffen, die die bewaffneten Konflikte hinterlassen haben.

Für ihre Analyse vergleichen sie Städte mit ähnlichen Charakteristika wie beispielsweise Bogotá und Caracas, die zentralamerikanischen Hauptstädte San Salvador und San José, oder auch die karibischen Metropolen Kingston und Santo Domingo. Bogotá galt noch vor 20 Jahren als eine der gefährlichsten Städte der Welt, heute ist die dortige Mordrate vergleichsweise gering. In Caracas ist es genau umgekehrt. „Von der Zweigstelle des Himmels zur urbanen Hölle“ heißt das Kapitel, in dem beschrieben wird, wie die Regierung von Hugo Chávez Caracas verändert hat. So erlaubte die wenige Monate nach Chávez' Amtsantritt 1999 verabschiedete Reform Festnahmen nur, wenn Täter in flagranti erwischt werden – und verbot eine Untersuchungshaft von mehr als zwei Jahren. Deshalb wurden praktisch über Nacht über 8000 potentielle Gewalttäter aus der Untersuchungshaft entlassen – 35 Prozent der gesamten Gefängnispopulation. Polizisten, die ihre Autorität erschüttert sahen, ließen Verbrecher lieber laufen, als sie festzunehmen. Dazu kam, dass Hugo Chávez die Verfassung und damit auch die Rechtsordnung attackierte und die alte Weisheit „Gewalt ist die Waffe der Dummen“ in Frage stellte.

In Bogotá dagegen konnte in den 1990er Jahren Bürgermeister Antanas

Mockus mit seinem Konzept der Bürgererziehung sowie mit Verbesserungen des Transportwesens und anderer städtischer Infrastruktur einen bereits vorhandenen Trend zur Abkehr von der Gewalt noch verstärken.

In San Salvador drosselte im Jahr 2012 ein Abkommen zwischen Staat und Bandenchefs die von Jugendbanden ausgehende Gewalt. In der Folgezeit sank zwar vorübergehend die Zahl der Morde – Drogenhandel und Schutzgelderpressungen aber bestehen fort, und die Bewohner sind noch heute gezwungen, sich irgendwie zu arrangieren: Eltern halten ihre Kinder an, zu Hause zu bleiben. Die Freizeit verbringt man nicht auf der Straße, wo man von den Banden entweder schikaniert oder zum Mitmachen animiert wird, sondern in den von privaten Sicherheitsdiensten geschützten Shopping Malls. Als letzter Ausweg bleibt die Emigration in die USA.

Dieser auf neuer Feldforschung und Fallstudien basierende Band bietet sowohl wissenschaftlich Arbeitenden als auch Politikern und allen Lateinamerika-Interessierten wertvolle Ansätze und Informationen. Ein Patentrezept gegen die ausufernde Gewalt wird nicht geliefert. Zu unterschiedlich sind die Erfahrungen. Doch überall dort, wo es gelungen ist, die Mordrate zu senken, haben kommunale Verwaltungen mit Initiativen der Zivilgesellschaft an einem Strang gezogen.

Ralf Leonhard

GESCHÄFT ENTFÜHRUNG

Loretta Napoleoni: *Menschenhändler. Die Schattenwirtschaft des islamistischen Terrorismus*
Rotpunktverlag, Zürich 2016, 270 S.,

Bei der Lektüre fiel mir ein Freund und Kollege ein, der mir vor einigen Jahren berichtet hatte, dass er rasch nach Kolumbien müsse. Sein Schwiegervater sei dort mehrmals von Entführern bedroht worden. Er müsse herausfinden, wer da eigentlich dahinter stecke. Die Lage war schwierig: Die Paramilitärs kamen in Frage oder die Guerilla, aber auch gewöhnliche Kriminelle. Nach der Zerschlagung der großen „Drogenkartelle“ hatte sich ein Teil ihrer Hilfsarbeiter auf Entführungen verlegt. Nicht selten verkauften sie ihre Opfer an die Guerilla oder die

Paras weiter, die besser dazu in der Lage waren, Lösegeld zu erpressen.

Die Entstehung regelrechter Entführungsindustrien ist nicht neu. Ebenso wenig, dass sich vielfach bewaffnete Aufständische – Sendero Luminoso, FARC, Taliban – aus kriminellen Geschäften finanzieren, was mehr und mehr zum Selbstzweck wird, sei es Entführung oder Drogenhandel, häufig beides.



Die italienische IS-Expertin Loretta Napoleoni zeichnet diese Entwicklung für den Fall des kriminellen Jihadismus nach: Syrien, Irak, Libyen, Somalia. Terrornetzwerke finanzieren sich durch Entführungen und profitieren vom Menschen-smuggel. „Neunzig Prozent der Migranten, die nach Europa kommen, hatten bei ihrer Reise Unterstützung von kriminellen Organisationen“, wird der Direktor von Europol zitiert. Zum Teil hatten diese „Jihadisten“, wie ein wichtiger Flügel der „Al Qaida im Islamischen Maghreb“, von vornherein kriminelle Wurzeln. Napoleoni schreibt kenntnisreich und mit schockierenden Einzelheiten. Schon zu Muammar al Gaddafis Zeiten wurden Flüchtlinge, die gegen viel Geld durch die Sahara zur Mittelmeerküste geschleust wurden, in Libyen als „Illegale“ verhaftet und in ein Lager an der Grenze zum Sudan gebracht, wo die Leitung versuchte, von ihren Angehörigen Lösegeld zu erpressen. Kamen sie frei, so begann die Odyssee von neuem.

Napoleoni kritisiert aber auch das vielfältige Versagen von Behörden und Regierungen in dieser Situation, und Politiken, die solche Machenschaften fördern, statt sie wirksam zu bekämpfen, oder sie überhaupt erst ermöglichen.

Robert Lessmann

Buchpräsentation: „Ich verkaufe dir einen Hund“

(„Te vendo un perro“) von Juan Pablo Villalobos, 15. 11., 19:00 Uhr
Genussbuchhandlung *tiempo nuevo*,
Taborstraße 17a, 1020 wien

Lesung und Gespräch mit dem Autor Lauf Spanisch und Deutsch. Wie viele Kakerlaken passen in einen Aufzug? Hilft Adorno gegen amerikanische Missionare? Lebt die Revolution? Und vor allem: Was steckt wirklich in einem *taco*? Fragen über Fragen, die Juan Pablo Villalobos in seinem rasanten Seniorenroman aufs Vergnüglichsste beantwortet.

Ringvorlesung „¿Fin del Ciclo?“

Eine Bestandsaufnahme nach 15 Jahren „Progresismo“ des berufs begleitenden Universitätslehrgangs „Interdisziplinäre Lateinamerika-Studien“, jeweils in HS 32 im Hauptgebäude der Universität Wien

Do, 17. 11., 18:30–21:00 Uhr, Lateinamerikanisiert Europa? Linker Populismus als Krisenantwort, *Tobias Boos* (Universität Wien)

Do, 24. 11., 18:30–21:00 Uhr, Sozialpolitik und Mittelamerika, *Anne Tittor* (Universität Bielefeld)

Dienstag, 29. 11., 18:30–21:00 Uhr, **Alberto Acosta** (FLACSO Ecuador): *Procesos constituyentes*, Veranstaltungsort (!): Institut für Kultur- und Sozialanthropologie, HS A

Buchpräsentation: „Zentralamerika“ von Ralf Leonhard

30.11., 19:00 bis 21:00, LAI-Europasaal, Türkenstr. 25, 1090 Wien

Vorstellung des Buchs „Zentralamerika. Porträt einer Region“ und Lesung einiger Passagen durch den Autor. Gelegenheit für Fragen. Anschließend kleiner Umtrunk.

Die sieben Staaten der Landbrücke zwischen dem nordamerikanischen und dem südamerikanischen Kontinent – Panama, Costa Rica, Nicaragua, Honduras, El Salvador, Guatemala und Belize – eint einiges: eine spanisch geprägte, oft blutige Kolonialgeschichte, eine ungerechte Verteilung von Reichtum, faszinierende Naturlandschaften sowie ein großes kulturelles Erbe. Doch so einheitlich die Staaten aus der Ferne erscheinen, so groß sind

die Unterschiede, wenn ein Kenner der Region genau hinschaut: Ralf Leonhard kann erklären, warum Costa Rica sich zum Musterland der Region und beliebten Ziel von NaturliebhaberInnen mauserte, oder wie sich das indigene Erbe in den verschiedenen Ländern darstellt. Auch den Geldwaschanlagen in Panama geht der IGLA-Mitarbeiter und ehemalige Korrespondent der *taz* nach.

VIII. Mittelamerikanisches Filmfestival

1. bis 7. 12., Metro Kinokulturhaus, 1010 Wien, Johannesgasse 4

Programminfo: www.centroamerica.at

Solidaritätsreise nach Kolumbien

1.-10. Februar 2017

Der über 50 Jahre dauernde Krieg hat tiefe Spuren in der kolumbianischen Gesellschaft hinterlassen. So bedeutet das „Nein“ zum Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC nicht, dass Kolumbien keinen Frieden will, sondern vielmehr, dass es ganz verschiedene Vorstellungen zum Frieden gibt. Die Solidaritätsreise bietet die Möglichkeit zu erfahren, was Frieden für jene Menschen bedeutet, die am meisten von Krieg betroffen sind. In Begegnungen mit bäuerlichen und städtischen Gemeinschaften, Vertriebenen, Wehrdienstverweigerern und lokalen MenschenrechtsverteidigerInnen lernen die TeilnehmerInnen die Konfliktstrukturen kennen und erleben vielfältige Strategien, um aus dem Kreislauf der Gewalt auszusteigen und einen nachhaltigen Frieden aufzubauen.

Information: www.versehnungsbund.at

Geschichten vom Verschwinden

Das von Erika Harzer gestaltete Feature (Regie: Friederike Wigger, Produktion: Deutschlandradio Kultur 2016, Länge: ca. 54'30) kann nach seiner Ausstrahlung am 5.11. noch einige Zeit auf der Website von Deutschlandradio Kultur angehört werden.

<http://eha-media.de/index.php/termine/copy-of-copy-of-der-geist-ruft-aus-der-ferne-geschichte-eines-kulturrubs-2-1>

Fort, unauffindbar, verloren, verschollen, verschwunden. Es gibt viele Synony-

me für das Verschwinden. Menschen aus Syrien, Palästina und afrikanischen Ländern sterben auf ihrer Flucht nach Europa beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Flüchtlinge aus Mittelamerika erleben das gleiche Schicksal auf ihrem gefährlichen Weg durch Mexiko in die USA. Auch wenn das Verschwinden im Mittelmeer sich von jenem in Mexiko unterscheidet, gibt es doch eine gemeinsame Ursache: die illegalen Wege, die Menschen einschlagen müssen, um vor Krieg und Gewalt zu fliehen.

Geschichten vom Verschwinden ist für Erika Harzer die Fortsetzung ihres Features „Der mittelamerikanische Exodus, Wenn Kinder nur noch weg wollen“, das für den Medienpreis 2016 der Kindernothilfe nominiert ist und am 29. September 2016 mit dem Peter-Scholl-Latour Preis 2016 ausgezeichnet wurde.

Jurymitglied Paul-Josef Raue fasst die Bewertung des Radio-Features wie folgt zusammen: „Wer sich dieses Feature anhört, dem kommen die Bilder der Kinder ganz nah. Kinder, die auf Züge springen, die mit Schleusern ringen, die sterben. Diese Bilder werden so lebendig. Es ist faszinierend erzählt, fast ein Hörspiel. Man wird gebannt, richtig reingezogen in diesen Hör-Film. Er ist preiswürdig ohne Ende.“

Nachzuhören auf BR-Bayern 2 Kultur: <http://www.br.de/radio/bayern2/kultur/radiofeature/der-mittelamerikanische-exodus-wenn-kinder-nur-noch-weg-wollen-102.html>

Sie kommen aus Guatemala, El Salvador und Honduras. Sie sind Kinder oder Jugendliche und durchqueren alleine Mexiko: eine mörderische Route, die sie nur mit viel Glück unversehrt hinter sich bringen können, ohne dabei in die Hände von Drogenkartellen, Entführern, Menschenhändlern oder auch der Migrationspolizei zu gelangen.

All die Gefahren halten sie nicht davon ab, sich auf den Weg zu machen. Zu Hunderten sitzen sie dicht gedrängt auf Dächern von Güterzügen und hoffen täglich aufs Neue, ihr Ziel zu erreichen, die USA. Dort glauben sie, ein Leben führen zu können, das ihnen mehr bietet, als der gewalttätige Alltag, den sie in ihren Heimatländern erlitten haben. Die Geschichte der Kinder einer vergessenen Region, die Geschichte einer humanitären Katastrophe. *Erika Harzer lebt in Berlin und ist Autorin zahlreicher Radiofeature und Dokumentarfilme.* <http://eha-media.de/index.php/radio/180-der-mittelamerikanische-exodus>